



Betreff:

öffentlich

**Gestaltungssatzung "Babelsberg Nord"
Satzungsbeschluss**

Einreicher: Fachbereich Stadtplanung

Erstellungsdatum 11.01.2021

Eingang 502: 11.01.2021

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
27.01.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ (gemäß Anlage 1) wird nach Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß Anlagen 4 und 5) als örtliche Bauvorschrift gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 87 Abs. 8 S. 1 BbgBO als Satzung beschlossen; die zugehörige Begründung (gemäß Anlage 2) wird gebilligt.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen?

Nein

Ja

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen**

Fazit Finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5

Begründung:

Die Gestaltungssatzung reiht sich ein in den Rahmen etlicher Rechtsinstrumente, die Ziele der Sanierungsmaßnahme, welche mit der Aufhebung des Sanierungsgebietes in Kürze nicht mehr rechtlich wirksam sind, in dauerhafte rechtliche Bindungen überführen sollen.

Die Gestaltungssatzung soll die bereits seit 1999 geltenden gestalterischen Sanierungsziele ersetzen und der Verstetigung der Sanierungsziele dienen. Andernfalls würden gestalterische Gesichtspunkte bei der Beurteilung von Bauvorhaben nach Aufhebung der Sanierungssatzung ersatzlos entfallen. Parallel zur Gestaltungssatzung gilt für „Babelsberg Nord“ noch die Erhaltungssatzung „Babelsberg Nord / Weberviertel“ der Stadt Potsdam vom 21.08.1992 gemäß § 172 Absatz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches. Bauliche Maßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches der Erhaltungssatzung sind genehmigungspflichtig, auch wenn es sich im Sinne der Brandenburgischen Bauordnung § 61 um genehmigungsfreie Vorhaben handelt.

Viele Gebäude wurden in den letzten Jahren behutsam, überwiegend im Sinne der Gestalterischen Sanierungsziele, welche seit 1999 für das Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ gelten, modernisiert und instandgesetzt.

Die Gestaltungssatzung soll die bereits seit 1999 geltenden Gestalterischen Sanierungsziele ersetzen und der Verstetigung der Sanierungsziele dienen.

Nach Aufhebung der Sanierungssatzung „Babelsberg Nord“ besteht die Gefahr von Veränderungen bzw. Überformungen der besonderen Bau- und Gestaltmerkmale, wie unter anderem:

- Veränderung von Dachformen und Störungen durch Belichtungselemente bei Dach-ausbauten,
- Veränderung der Öffnungsformate, Einbau von Kunststoffelementen,
- Anbringen von gestaltungstypischen Balkonen und anderen Anbauten,

Für große Teile des Satzungsgebietes gilt die Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs „Nowawes“, am 30.11.2000 mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Potsdam Ausgabe 15/2000 bekannt gemacht. Der Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzung umfasst jedoch nicht das gesamte Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ und ist in seiner Abgrenzung kleiner als der künftige Geltungsbereich der Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“. Die Denkmalbereichssatzung stellt die Gebäude im Geltungsbereich unter Schutz. Sie enthält jedoch keine Regelungen zu deren denkmalgerechter Sanierung. In Zusammenarbeit mit der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Bereich Stadterneuerung wurden die Gestalterischen Sanierungsziele erarbeitet und stellen für die Denkmalpflege, vorbehaltlich der Einzelprüfung, ein Regelwerk zum Umgang mit Gebäuden dar. Dies wird durch die Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ fortgeführt.

Die rechtliche Grundlage für die nachfolgenden Bestimmungen soll durch die Gestaltungssatzung (örtliche Bauvorschrift) gemäß § 87 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) geschaffen werden.

Den betroffenen Bürgern und den berührten Trägern öffentlicher Belange ist gemäß § 87 Abs. 8 S. 3 BbgBO in der Zeit vom 04.02.2019 bis zum 08.03.2019 Gelegenheit gegeben worden, Stellungnahmen zum Satzungsentwurf abzugeben. Von den zehn angeschriebenen Trägern öffentlicher Belange haben acht geantwortet. Es haben sich sieben Bürger zu der Gestaltungssatzung geäußert. Sechs der Bürger haben im Sinne des Klimaschutzes mehr gestalterische Freiheiten für Solaranlagen gefordert. Auf diese Forderung wurde eingegangen. § 6 Abs. 16 der Satzung wurde gegenüber dem Satzungsentwurf geändert. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch auf zum öffentlichen Straßenraum hin orientierten Dächern Solaranlagen möglich.

Anlagen:

- Anlage 1: Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ - Satzungstext mit Geltungsbereich (14 Seiten)
- Anlage 2: Begründung der Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ (3 Seiten)
- Anlage 3: Broschüre Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ - Satzungstext mit Erläuterungen (28 Seiten)
- Anlage 4: Abwägungsvorschlag zu den Stellungnahmen der Öffentlichkeit (13 Seiten)
- Anlage 5: Abwägungsvorschlag zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (6 Seiten)

Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ der Landeshauptstadt Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat in ihrer öffentlichen Sitzung am die folgende Satzung beschlossen:

Rechtsgrundlagen:

- § 87 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 8 und Abs. 10 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I/20, [Nr. 44], S. 9)
- § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38], S. 1).

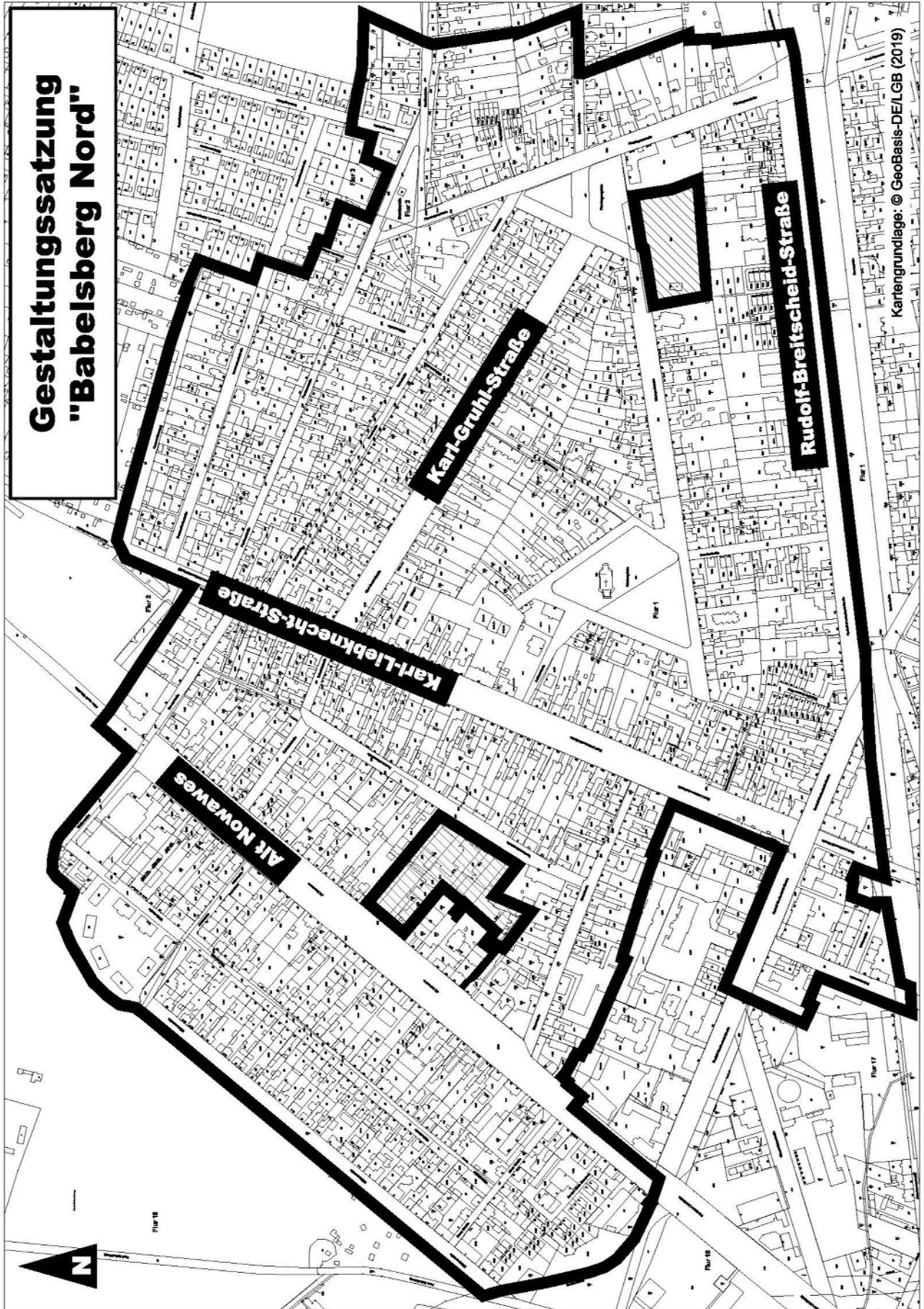
§ 1 Geltungsbereich

(1) Die Satzung gilt für den in der Karte 'Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“' markierten, nördlich der Bahnlinie gelegenen Teil von Babelsberg und umfasst die folgenden Straßen:

Alt Nowawes 22-130 gerade, 39-107 ungerade
Behringstraße 1-5b ungerade
Bendastraße
Bruno-H.-Bürgel-Straße 1
Concordiaweg 60
Daimlerstraße 1, 4-12 gerade
Goetheplatz
Goethestraße 2-10 gerade, 1-25 ungerade
Grenzstraße
Jutestraße
Karl-Gruhl-Straße
Karl-Liebknecht-Straße 4-47, 91, 91a, 91b-127, 136-137
Kreuzstraße
Lessingstraße 1-5 ungerade, 2-16 gerade
Lutherstraße
Mühlenstraße 1-24 Müllerstraße
Neue Straße
Pasteurstraße 1-23 (ohne 23 A-C), 25-44
Plantagenhof
Plantagenplatz
Plantagenstraße
Rudolf-Breitscheid-Straße 15-37 ungerade, 32-38 gerade, 39-85 alle
Schornsteinfegergasse
Semmelweisstraße 1-40
Spindelstraße
Theodor-Hoppe-Weg Tuchmacherstraße Turnstraße
Voltastraße 2-7
Weberplatz
Wichgrafstraße 1-28, 30
Wollestraße

(2) Die Karte Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ ist Bestandteil der Satzung. Im Zweifelsfall gilt die Darstellung der Karte.

Karte Geltungsbereich Babelsberg Nord



§ 2 Sachlicher Geltungsbereich

(1) Vom Geltungsbereich dieser Satzung sind alle Grundstücke, samt Gebäuden, baulichen Anlagen und Freiflächen erfasst. Hinsichtlich der Entstehungszeit wird unter anderem nach den folgenden Haustypen unterschieden:

- die Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (mit ihren späteren Anbauten)
- die Bauten des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild der Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (s.g. Sekundärbauten)
- die spätklassizistischen Wohnhäuser
- die gründerzeitlichen Wohn-/ Mietshäuser
- Bauten aus den 20iger und 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts
- einzelne bedeutende Bauten für die geschichtliche Entwicklung von Nowawes (wie z.B. Friedrichskirche, Bahnhof Babelsberg, die Schulbauten, der Friedhof)
- die Gebäude der Nachkriegszeit bis 1990 (z.B. Wohnkomplex Wollestr. 64-74)
- Nachwendebauten (z.B. Weberpark, Theodor-Hoppe-Weg)

(2) Alle Veränderungen, Umbauten und Erweiterungen bestehender baulicher Anlagen, sowie bauliche Neuanlagen und Wiederaufbauten, die das äußere Erscheinungsbild und die Gestaltung betreffen, unterliegen den Festsetzungen dieser Satzung.

(3) Nach § 59 Abs. 2 BbgBO gelten die Festsetzungen dieser Satzung unabhängig davon, ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen ist.

(4) Gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen, die sich mit dem räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung überschneiden haben Vorrang vor den Festsetzungen dieser Satzung. Über gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen hinaus gelten die Festsetzungen dieser Satzung.

(5) Die Bestimmungen des Denkmalschutzes bleiben von dieser Satzung unberührt.

§ 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper

(1) Gliedernde oder schmückende Fassadendetails sind, soweit im Bestand vorhanden, zu erhalten. Sind nicht mehr vorhandene Fassadengliederungen anhand von Planunterlagen oder Fotos nachweisbar, so ist die Rekonstruktion zulässig. Ursprünglich vorhandene Fassadenelemente wie Gesimse, Stuckornamente, Fenstereinfassungen und Mauervorlagen sind bei Erneuerung und Instandsetzung in ihrer ursprünglichen Art zu gestalten.

(2) Die Straßenfassaden müssen durch eine durchlaufende, horizontale Gliederung wie Dachgesims, Traufbalken, Traufgesims oder –kasten vom Dach getrennt werden, so dass ein Vorsprung von 0,10 bis 0,20 m entsteht. Die Ausbildung eines Giebelgesimses ist nicht zulässig.

(3) Gliederungselemente einer Fassade dürfen nicht durch Vordächer oder Kragdächer überdeckt werden. Gleiches gilt für gestaltbildende Zierelemente.

(4) Vom öffentlichen Straßenraum einsehbare Drepel im Bestand sind zu erhalten. Neue Drepel sind bei Gebäuden mit mind. drei Vollgeschossen bis zu einer Höhe von 0,50 m zulässig.

(5) Balkonüberdachungen sind als leichte Stahl-Glas-Konstruktionen nur hofseitig bei Neubauten zulässig. Rekonstruktionen nachgewiesener Balkonüberdachungen sind zulässig.

(6) Straßenseitig sind Balkone nur einzeln auskragend zulässig. Altane (aufgeständerte Balkone) sind straßenseitig unzulässig.

(7) Zur Einfassung von Balkonen und Loggien sind nur durchsehbare filigrane Stahlgeländer und massive Mauerwerksbrüstungen in der Oberflächengestaltung der Fassade (Putz oder Klinker) zulässig.

(8) Erkerfenster dürfen die Brüstungs- und Sturzhöhen der angrenzenden Fenster nicht über- und unterschreiten. Erker müssen unterhalb der Traufe enden. Sie können mit einem Balkon im obersten Normalgeschoss oder mit einem Dach abgeschlossen werden. Erker und Balkone als Übereckkonstruktionen mit Kragelementen, die sich auf die Giebelfassaden erstrecken, sind nicht zulässig.

(9) Zwerchhäuser sind bei Gebäuden straßenseitig zulässig, bei denen sich zwei oder mehr Geschosse unterhalb der Traufe befinden. Pro Gebäude ist jedoch höchstens ein Zwerchhaus zulässig, das entweder mittig oder seitlich am Gebäudeabschluss anzuordnen ist.

(10) Freitreppen sind mit historischen Materialien wie Naturstein, Ziegeln oder Stahl auszuführen.

(11) An der Fassade oder im Bereich der Dachflächen angebrachte außenliegende Klimageräte sind nur hofseitig zulässig und dürfen vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sein.

§ 4 Fassadenmaterialien und –farben

(1) Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) erhaltene bzw. analog zu vergleichbaren Bautypen nachweisbare Putz-, Materialstrukturen und Farbgebungen sind straßenseitig und an Giebelflächen, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, aufzuarbeiten oder bei Erneuerung in gleicher Art herzustellen. Die vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fassadenflächen sind mit Glattputz zu versehen, insbesondere wenn die ursprüngliche Putzstruktur nicht erhalten bzw. nicht nachzuweisen ist.

(2) Das nachträgliche Verkleiden von vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbaren Putzfassaden ist nur ausnahmsweise nach Prüfung im Einzelfall zulässig, wenn abschließend die ursprüngliche Putzstruktur bzw. ein Glattputz ausgebildet wird.

Nicht zulässig sind:

- Baustoffe, deren Erscheinungsbild ein anderes Material vortäuscht,
- Materialien, die ein glänzendes, metallisches, reflektierendes oder gläsernes Erscheinungsbild aufweisen.

(3) Sockel aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) der Gebäude sind zu erhalten, die Rekonstruktion ist zulässig. Rücksprünge bezogen auf das Fassadenniveau sind nicht zulässig. Im Bestand vorhandene Versprünge zur Ziegelsteinvorlage sind zu erhalten. Bei Erneuerung ist Putz in einer bündigen Ausführung zur Gesamtfassade vorzusehen.

(4) Für den Sockelbereich sind geputzte Flächen sowie gemauerte Ziegelflächen zulässig. Hierzu gehören auch Spaltklinker und Klinkerriemchen. Verkleidungen und Bekleidungen mit Fliesen, polierten Materialien wie Naturstein, Marmor, Spiegelflächen und Stahlplatten sind unzulässig. In Ausnahmefällen sind Naturstein- und Kunststeinsockel mit rauer und matter Oberflächenstruktur zulässig.

(5) Alle mineralischen Oberflächen müssen nach Abschluss der Baumaßnahme ein mattes Erscheinungsbild aufweisen. Die Fassade von Neubauten ist in Putz oder Klinker mit matter Oberflächenstruktur auszuführen.

(6) Sohlbankabdeckungen sind aus Zinkblech oder wenn im Bestand vorhanden auch aus Klinker oder Ziegel auszuführen. Bei Holzkastenfenstern mit Klappläden an Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind nur Holzfensterbänke zulässig. Andere Sohlbankausbildungen können, soweit aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes nachweisbar, gestattet werden.

(7) Eingangsstufen im Bereich der Hauseingangstüren und Ladeneingängen sind aus Naturstein, Ziegel, Terrazzo und Metall zulässig. Die Materialien sind so auszuwählen, bzw. so zu behandeln, dass matte Oberflächen entstehen.

(8) Verputzte oder gestrichene Fassaden sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Gelb bis Gelbrot:

S1005-Y bis S1005-Y30R
S1010-Y bis S1010-Y50R
S1020-Ybis S1020-Y40R
S2020-Y10R.....bis S2020-Y50R
S2030-Y10R... bis S2030-Y50R
S3010-Y bis S3010-Y40R
S3020-Y bis S3020-Y50R

Grau:

S2010-Y bis S2010-Y50R
S2005-Y.....bis S2005-Y50R
S1005-Y20R.....bis S3005-Y20R
S1005-G80Y.....bis S3005-G80Y
S1002-Y bis S2502-Y

Grün bis Grüngelb:

S2005-G40Y.....bis S2005-G90Y
S2010-G40Y.....bis S2010-G90Y
S3010-G60Y bis S3010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzung oder bei Einzeldenkmälern können abweichend verputzte oder gestrichene Fassaden entsprechend der nachgewiesenen Farbtöne einer restauratorischen Befunduntersuchung ausgeführt werden.

§ 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen

(1) Bei Fassaden von bestehenden Gebäuden ist straßen-, giebel- und hofseitig die Anordnung, das Format und die Größe der Wandöffnungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zu erhalten oder wiederherzustellen. Aufgrund mangelnder Belichtung können Ausnahmen zugelassen werden. Notwendige Be- und Entlüftungsöffnungen in der Fassade sind so anzuordnen, dass diese vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Die Brüstungshöhe der Fenster hat abgesehen von Schaufenstern im Erdgeschoss mindestens 80 cm zu betragen.

(2) Im gesamten Geltungsgebiet sind giebelseitige Fensteröffnungen bei Mehrgeschossern, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig. Aus Gründen mangelnder Belichtung können Ausnahmen gestattet werden. Beim Gebäudetypus der eingeschossigen Kolonistenhäuser (Weberhäuser) sind giebelseitige Fensteröffnungen nur unter Bezugnahme auf das Vorbild aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zulässig. Anordnung, Öffnungsmaße und Fensterformate, insbesondere der s.g.

Traufkammerfenster, sind verbindlich einzuhalten. Zusätzliche giebelseitige Öffnungen sind nicht zulässig, Ausnahmen aufgrund denkmalpflegerischer Forderungen sind zulässig.

(3) Abweichend von Abs. 1 sind im Bereich der Hoffassaden und bei Nebengebäuden französische Fenster an max. zwei Achsen erlaubt.

(4) Fenster dürfen nur als Einzelfenster bzw. Fenstergruppen von zwei und drei Fenstern im stehenden Rechteckformat mit geradem Sturz oder einem Segmentbogen ausgebildet werden. Eine Fenstergruppe muss insgesamt ein stehendes Format haben.

(5) Die Fenster sind mind. 0,10 m bis max. 0,20 m von der äußeren Fassadenebene zurückzusetzen, so dass eine ausreichende Leibungtiefe entsteht.

(6) Fenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind zu erhalten, bei Erneuerung sind die Fenster in Anlehnung an historische Vorbilder in Holz auszuführen. Andere Materialien sind, soweit sie aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes vorhanden bzw. nachweisbar sind, zulässig. Kunststoff und Aluminium sind als Materialien für die Fenster im gesamten Geltungsbereich ausgeschlossen; dies gilt auch für Neubauten.

(7) Jegliche Fensterteilung durch Kämpfer, Stulp oder Pfosten ist als konstruktive und funktionelle Teilung auszuführen. Soweit vorhanden oder nachweisbar sind straßenseitige Kastenfenster mit Fensterläden entsprechend dem historischen Vorbild auszustatten. Wenn erforderlich, sind Öffnungen für eine Zwangsentlüftung in Fenstern nicht sichtbar (z.B. in einer Aussparung der Wetterschenkel) einzufügen.

(8) Für von außen sichtbare Rahmen, Pfosten, Stulp, Kämpfer und Sprossen werden folgende Breitenmaße einschließlich der jeweiligen Falze festgelegt:

- für den äußeren Rahmen incl. Fensterflügel max. 5,50 cm
- für den unteren Querrahmen bis 9,50 cm
- für den Stulp incl. Rahmen der Fensterflügel 10,00 – 13,00 cm
- für den Pfosten incl. Rahmen der Fensterflügel sowie Stulp desselben Fensters 12,50 – 16,00 cm
- für den Kämpfer incl. Rahmen der Fensterflügel 12,00 – 17,00 cm
- für die Sprossen 2,00 – 3,50 cm.

Dabei ist ein Kämpfer breiter als ein Pfosten bzw. Stulp auszuführen. Beim Nachbau noch vorhandener Originalfenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind abweichende Maße zulässig. Regenschienen dürfen von außen nicht sichtbar sein. Die energetische Ertüchtigung sowie den Schallschutz verbessernde Maßnahmen an Bestandfenstern, sind durch den Einbau einer zusätzlichen Fensterebene, welche im Inneren der Gebäude angeordnet wird, zulässig.

(9) Verspiegelte Glasflächen und Fensterscheiben sind nicht zulässig. Bleiverglasungen, Ornamentverglasungen und farbige bzw. getönte Gläser der Fenster- und Türscheiben sind nicht zulässig. Ausnahmen bilden Fenster, für die eine derartige Ausführung baugeschichtlich nachweisbar ist. Glasbausteine sind nur an nicht vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fenstern zulässig. Bei Einbau von Wärmeschutzverglasung ist nur transparente, neutralfarbene Beschichtung gestattet.

(10) Großflächige Verglasungen, wie verglaste Loggien und Wintergärten sind straßenseitig und in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, nicht zulässig. Kunststoff ist auch bei diesen großflächigen Verglasungen unzulässig.

(11) Treppenhausfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. in Anlehnung an die Fenster aus der jeweiligen Entstehungszeit (vgl. §2) wiederherzustellen. Die diesen Fenstertyp

kennzeichnende Fensteraufteilung ist beizubehalten.

(12) Kellerfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. nach vorhandenem Vorbild in Holz oder Stahl zu erneuern. Straßenseitige Lichtschächte sind bei Erneuerung in Mauerwerk oder Beton auszuführen.

(13) Horizontale und vertikale Fensterbänder sind nicht zulässig.

(14) Tore und Hauseingangstüren aus dem Bestand sind zu erhalten. Bei Erneuerung oder Ersatz sind sie diesem Erscheinungsbild anzugleichen und in Holz oder Stahl auszuführen. Die Leibungstiefe muss mind. 0,10 m betragen.

(15) An Toren und Hauseingangstüren sind gewölbtes, farbiges oder Ornamentglas nicht zulässig. Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene oder nachgewiesene, derartige Verglasungen sind zulässig. Bauzeitliche Gläser sind zu erhalten oder entsprechend dem vorhandenen Bestand zu ergänzen.

(16) Durchfahrtstore und Garagentore sind mit zwei flügeligen Holz- oder Stahltores, in Angleichung an die im Gebiet bauzeitlich nachweisbare Ausführung, vollkommen zu schließen.

(17) Wandöffnungen im Sinne von Schaufenstern sind im Erdgeschoss nur bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe zulässig. Der Ladeneingang und ein benachbartes Schaufenster können auch als gestalterische Einheit ausgeführt werden. Schaufenster müssen ein stehendes Rechteckformat oder ein quadratisches Format mit geradem Sturz aufweisen. Davon abweichende, aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene oder nachgewiesene Schaufenster sowie die nachträgliche Anpassung an den Sturz der übrigen Wandöffnungen des Erdgeschosses sind zulässig.

(18) Benachbarte Schaufenster sind durch einen Pfeiler mit einer Mindestbreite von 0,50 m zu trennen.

(19) Schaufenster sind so anzuordnen, dass der gestalterische und architektonische Zusammenhang mit den Fenstern der Obergeschosse auf der Grundlage folgender Festlegungen gewahrt bleibt:

- Schaufenster sind axial zu den darüber liegenden Fenstern der Obergeschosse anzuordnen. Die seitlichen Bezugslinien dieser Fenster dürfen nur so weit überschritten werden, dass die Symmetrie gewahrt bleibt.
- Abweichend davon können Schaufenster zwischen den äußeren seitlichen Bezugslinien zweier darüber liegender Fensterachsen angeordnet sein.

(20) Schaufensteranlagen sind in Holz oder Metall auszuführen. Schaufenster sind 0,10 m bis 0,20 m von der Fassadenfläche zurückgesetzt anzuordnen. Vorhandene Fensteranlagen in bündiger Anordnung sind entsprechend dem baugeschichtlichen Ursprung des Gebäudes zu erhalten.

(21) Schaufenster mit einer Breite über 3,00 m sind durch glasteilende Pfosten mit einer Breite zwischen 0,05 m und 0,15 m in Abschnitte zu gliedern. Die größte Glasfläche darf dabei max. 2,50 m in der Breite betragen. Stützen hinter Glasfronten gelten nicht als gliedernde Elemente.

(22) Bei Eingeschossern sind zurückgesetzte Ladeneingänge nicht zulässig. Bei Zwei- und Mehrgeschossern sind erschließungs- bedingte Einschnitte für Ladeneingänge in Abhängigkeit von Treppenpodest und -lauf zulässig. Aus der Fassadenflucht herausragende Schaufenster sind nicht zulässig.

(23) Fenster, Schaufenster, Fensterläden, Türen und Tore sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Brauntöne:

S4010-Y10R.....	bis S4010-Y50R
S4020-Y	bis S4020-Y40R
S4030-Y	bis S4030-Y40R
S5010-Y10R	bis S5010-Y50R
S5020-Y	bis S5020-Y60R
S5030-Y	bis S5030-Y60R
S5040-Y10R	bis S5040-Y90R
S6010-Y10R	bis S6010-Y90R
S6020-Y	bis S6020-Y90R
S6030-Y10R	bis S6030-Y90R
S7010-Y10R	bis S7010-Y90R

Grautöne / Gebrochenes Weiß:

S3010-Y	bis S3010-Y30R
S2005-Y	bis S2005-Y30R
S0505-Y20R	bis S4005-Y20R

Grüntöne:

S5010-G10Y	bis S5010-G90Y
S5020-G30Y	bis S5020-G70Y
S6010-G10Y	bis S6010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzung oder bei Einzeldenkmälern können abweichend Farbtöne verwendet werden, die im Rahmen einer restauratorischen Befunduntersuchung nachgewiesen sind.

§ 6 Dächer und Dachfenster

(1) Die Dachform und die Dachneigung bestehender Gebäude sind zu erhalten oder bei Umbau dem Zustand aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes anzupassen. Die Neigungswinkel der Dachflächen auf Vorder- und Rückseite des Gebäudes müssen gleich sein (symmetrische Dachneigung). Im Bestand vorhandene Mansarddächer mit unterschiedlichen Neigungswinkeln sind zu erhalten. Unterschiedliche Neigungswinkel sind zulässig, wenn die rückseitigen, seitlichen Dachflächen oder die seitlichen Giebelflächen nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind.

(2) Die Dächer der an den Straßen gelegenen Gebäude sind als Satteldächer, Mansarddächer, Berliner Dächer, Walm- oder Krüppelwalmdächer auszuführen. Tonnendächer, Pultdächer und reine Flachdächer sind unzulässig. Pult- und Flachdächer sind nur bei untergeordneten Gebäuden bzw. Gebäudeteilen zulässig. Die Ausbildung von Staffelgeschossen ist bei Gebäuden die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig.

(3) Die Dacheindeckung ist einheitlich auf der gesamten Dachfläche auszuführen. Bei vorhandenen Mansarddächern dürfen auf Teilflächen mit unterschiedlicher Dachneigung verschiedene Materialien verwendet werden. Bei Vorderhäusern mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe mit geneigten Dächern sind Biberschwanzziegel zu verwenden. Abhängig von der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes (18. bzw. 19. Jahrhundert) sind die Dachflächen als Doppel- oder Kronendeckung in ziegelroter Farbgebung (unglasiert, nicht engobiert) auszubilden. Bei rückwärtigen Gebäuden sind auch andere keramische Dacheindeckungen möglich. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der

Traufe sind geneigte Dachflächen entweder mit keramischen Dacheindeckungen (Biberschwanz- oder Falzziegel) in ziegelroter bis rotbrauner Farbigkeit oder mit Naturschieferplatten einzudecken. Dacheindeckungen bzw. Dachabdichtungen aus anthrazitfarbenem Bitumen bzw. Gründächer sind nur bei flach geneigten Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Bei allen Gebäudetypen sind vorhandene, nachgewiesene oder sonstige Dacheindeckungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes bei Erneuerung zulässig. Die Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.

(4) Sämtliche notwendigen Verblechungen auf dem Dach sind in Zinkblech auszuführen. Wenn aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes ein anderes Material (z.B. Kupfer) nachgewiesen werden kann, ist auch dieses zulässig.

(5) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind die Abschlussziegel ohne Holzverlattung anzuputzen. Ortgangziegel oder Windleisten aus Zinkblech sind nicht zulässig. Bei anderen Haustypen können auch Windleisten aus Zinkblech von max. 0,10 m Höhe verwendet werden. Diese Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.

(6) Bei allen Gebäudetypen dürfen traufseitig Dachüberstände nicht mehr als 0,30 m, giebelseitig nicht mehr als 0,08 m in Bezug auf die Fassadenfläche vorspringen. Straßenseitig sind Traufgesimse, -balken oder -kästen auf eine max. Ausladung von 0,10- 0,20 m zu begrenzen. Die Dachkonstruktion inkl. Eindeckung darf die Traufausbildung nur max. 0,08 m überragen. Soweit im Bestand vorhanden bzw. nachweisbar, ist ein Dachüberstand bis max. 0,60 m zulässig. Bei allen Gebäudetypen sind abweichende Dach- und Gesimsüberstände, die anhand der bauzeitlichen Bestandspläne nachgewiesen werden, zu erhalten bzw. zu rekonstruieren.

(7) Dachkehlen sind mit dem Dacheindeckungsmaterial einzudecken oder soweit zu überdecken, dass konstruktiv unvermeidbare Blechverwahrungen nicht mehr sichtbar sind.

(8) Gaubenkonstruktionen sind mit Fenstern im stehenden Format auszuführen. Die Neigung der Abschleppungen darf bei Einzelgauben max. 7° betragen. Die Ausführung ist als Pult- oder Satteldach in Zink ggf. auch mit anthrazitfarbener Dachpappe zulässig. Bei breiteren Gauben mit Satteldach ist eine Neigung bis max. 12° zulässig. Fledermausgauben sind ausnahme- weise zulässig.

(9) Gauben sind in Beziehung zu den jeweiligen Fensterachsen der Fassade anzuordnen. Die Summe der Breiten der einzelnen Dachaufbauten darf die Hälfte der Gebäudebreite bzw. des Fassadenabschnittes nicht überschreiten. Abhängig von der Anzahl der Fensterachsen kann die Anordnung über den Fensterachsen, mittig zwischen zwei Fensterachsen oder als eigenständiges System auf der Dachfläche gestattet werden. Dabei ist eine Ordnung bezogen auf die Dachfläche und/oder die Fassadengliederung einzuhalten. Vor Gauben muss die Dachfläche in einer Breite von mind. 0,90 m durchlaufen. Der Abstand zum First hat das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Gauben sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Sind aus dem Bestand abweichende Maße für die Gauben nachweisbar, so sind die Gauben bei allen Gebäudetypen, entsprechend den überlieferten Plänen oder historischen Fotos zu rekonstruieren.

(10) Bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Einzelgauben mit einer max. Breite von 1,30 m zulässig. Breitere Gauben sind mit einer max. Breite von 2,00 m zulässig, sofern sie vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Dachgauben als Einzelgauben mit einer Ansichtsfläche bis 2,50 m² zulässig. Eine Gaube mit zwei bis drei

nebeneinanderliegenden Fenstern und einer Gesamtbreite bis max. 3,00 m ist über betonten Fassadenabschnitten im Bereich der Dachfläche zulässig.

(11) Die vorderen Ansichtsflächen von Gauben sind als Fenster auszuführen und müssen bei einer Fläche zwischen 0,30 m² und 1,00 m² eine senkrechte Teilung erhalten. Größere Gaubenfenster sind wie die Fenster der Normalgeschosse zu gliedern; ein Kämpfer ist ab einer Fensterrahmenhöhe von 1,50 m auszubilden. Die Höhe der Gaubenfenster ist in Abhängigkeit von den Proportionen der Gaube festzulegen. Der Fensterrahmen bei Einzelgauben darf bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe eine Höhe von max. 1,30 m und bei allen anderen Gebäuden eine Höhe von max. 1,50 m, bei breiteren Gauben eine Höhe bis zu 2,00 m betragen. Abweichungen sind in Bezug auf Fensterabmessungen und Fensterteilungen bei Fluchtfenstern unter Beachtung der erforderlichen lichten Öffnungsmaße (0,90 m x 1,20 m) zulässig.

(12) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten ist die äußere Seitenfläche der Gauben mit Holz zu verkleiden. Bei anderen Gebäuden müssen die Seitenwände der Gauben bei keramischer Dacheindeckung mit Holz oder Zinkblech, bei Schiefereindeckung der Dachflächen mit Schiefer oder Zinkblech verkleidet werden. Bei allen Gebäudetypen können die Seitenwände der Gauben auch als Fenster bzw. Festverglasungen ausgebildet werden. Bei allen Gebäudetypen ist die Ausbildung von Gauben als Stahl- Glas-Konstruktion, bestehend aus schlanken Stahlprofilen (sichtbare Konstruktion incl. Flügel max. 0,12 m) mit einem hohen Glasflächenanteil mit seitlicher und/oder oberer Verglasung zulässig. Zusätzliche Aufbauten für außenliegende Verschattungselemente dürfen nicht angebracht werden. Die Ausbildung von Fensterteilungen, insbesondere des Kämpfers ist bei Stahl-Glas-Gauben nicht erforderlich.

(13) Bei Vorderhäusern sind Dachflächenfenster mit einer Fläche über 0,25 m² nur auf Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind. Der Einbau der Dachflächenfenster muss bündig mit der Dacheindeckung erfolgen. Konstruktionsbedingte Überstände, insbesondere für außenliegende Verschattungselemente etc. sind nicht erlaubt. Dacheinschnitte für Terrassen sind straßenseitig unzulässig. Sie können hofseitig innerhalb der Dachfläche zugelassen werden. Dabei darf der Abstand zum First das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Dachterrassen sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Abweichend davon können zusätzlich Öffnungen bzw. Fenster gestattet werden, die als notwendiger Dachausstieg bzw. der Entrauchung des Treppenhauses dienen.

(14) Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, zusammenhängende Firstverglasungen innerhalb der Dachfläche gestattet werden. In begründeten Ausnahmefällen ist die Unterteilung der Firstverglasung zulässig. Die Aneinanderreihung von einzelnen Fensterelementen ist nicht zulässig. Der Einbau ist bündig zur Dacheindeckung bzw. mit max. Überstand von 0,10 m herzustellen. Die Verglasung darf eine max. Höhe von 1,50 m bezogen auf die geneigte Dachfläche nicht überschreiten. Der seitliche Abstand zu Dachrandbreiten, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss mind. 1,25 m betragen.

(15) Technisch notwendige Dachaufbauten sind auf der vom öffentlichen Verkehrsraum und von öffentlichen Grünflächen abgewandten Gebäudeseite anzuordnen. Sie dürfen das Erscheinungsbild des jeweiligen Gebäudes nicht mehr als unvermeidbar beeinflussen. Die Schornsteinköpfe der Kolonistenhäuser sind zu erhalten.

(16) Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) sind abweichend von Absatz 3 zulässig, sofern sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Für die Anlagen gilt: Die Oberflächen sollen matt und nicht reflektierend sein. Auf

Dachflächen über 15° Dachneigung muss eine technisch notwendige konstruktive Aufständering parallel zur Dachfläche erfolgen. Auf Dachflächen mit einer Dachneigung weniger als 15° kann die technisch notwendige konstruktive Aufständering auch mit einem Anstellwinkel größer als 15° gestattet werden. Bei Flachdächern können abweichend davon Ausnahmen zugelassen werden. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind entsprechend den Regelungen in Absatz 14 (Firstverglasungen) Anlagen zur Energiegewinnung gestattet werden. Die Festlegungen gelten auch für Neubauten. Ausnahmen sind für innovative Lösungen von Anlagen zur Energiegewinnung möglich (beispielsweise Solarziegel), wenn sich diese in Form, Größe, Materialität, Gestaltung und in den Proportionen in die städtebauliche Eigenart der Umgebung einfügen.

§ 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen

(1) Die Anbringung von Markisen an der Fassade ist straßenseitig nur bei Schaufenstern im Erdgeschoss zulässig.

(2) Die Markisen sind als bewegliche Markisen auszuführen. Die Halterungen, Konstruktionen und Verwahrungen von Markisen dürfen bei geschlossenem Zustand der Markise nicht über das äußere Maß der Fassadengliederungen hinausragen.

(3) Markisen sind als Einzelmarkisen bezogen auf die jeweilige Breite des Schaufensters bzw. der Schaufenstergliederung auszubilden. Durchlaufende Markisen über mehrere Fenster- bzw. Türachsen sind nicht zulässig. Der Ladeneingang und ein unmittelbar benachbartes Schaufenster können mit einer Markise überdacht werden, wenn Eingang und Schaufenster eine gestalterische Einheit bilden.

(4) Markisen dürfen die Fassadengliederung nicht unterbrechen. Die Markise ist in der Form des Sturzes auszuführen. Korbmarkisen sind nur möglich, wenn vorherrschende Gestaltungselemente wie z.B. ein Rundbogenfenster diese Markisenform erfordern.

(5) Hinweis: Markisen, Überdachungen etc., die mit Werbung versehen sind, unterliegen der jeweils aktuellen Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam und sind erlaubnispflichtig.

(6) Überdachungen die dem Sonnen- bzw. Witterungsschutz dienen sind nur als freistehende oder mobile Konstruktionen zulässig. Als Überdachung gelten Sonnenschirme, Sonnensegel, freistehende Markisenanlagen, Zelte und Pavillons etc. Abweichungen sind in Paragraph 9 geregelt.

(7) Pro Einzelhandels- bzw. Gastronomiebetrieb ist nur eine Art/Typ Überdachung bzgl. Form, Material, Größe und Farbe zulässig. Freistehende Überdachungen dürfen nur direkt über der Nutzungsfläche aufgestellt werden. So genannte Ampelschirme sind nicht zulässig.

(8) Bei der Materialwahl der Überdachungen ist die Bespannung nur in textilem Material in gedeckten Farben zulässig. Bei der Farbgestaltung der Überdachungen sind grelle Farben unzulässig. Folien aller Art sind unzulässig. Fremdwerbung auf den Überdachungen ist unzulässig. Eine dezente Eigenwerbung am Randbereich der Überdachung kann zugelassen werden.

(9) Überdachungen dürfen eine max. Höhe im geöffneten Zustand von 3,00 m nicht überschreiten. Überdachungen dürfen eine max. Kantenlänge bzw. einen Durchmesser von 4,00 m nicht überschreiten.

(10) Für eine Überdachung darf nur die öffentliche Fläche in Anspruch genommen werden, die der Breite der Straßenfront des dazugehörigen Einzelhandels- bzw. Gastronomiebetriebes entspricht.

(11) An Überdachungen, ebenso wie an Vordächern, Balkonen, etc. dürfen keine Waren aufgehängt werden.

(12) Überdachungen dürfen nur in Bodenhülsen befestigt werden. Ortsfeste Verankerungen (Bodenhülsen etc.) sind nur unter Berücksichtigung stadtgestalterischer, tiefbautechnischer und verkehrlicher Belange zulässig. In Bereichen, in denen es nicht möglich ist, Bodenhülsen für Überdachungen in den Boden einzulassen (Untertunnelung, oberflächennahe Ver- und Entsorgungsleitungen, Fundamente, Kellerdecken etc.) dürfen ausnahmsweise mobile Befestigungen/Schirmständer verwendet werden.

(13) Fensterläden und Fensterkästen sind zu erhalten. Bei Erneuerung sind sowohl Fensterläden, als auch Fensterkästen baugleich bzw. in Anlehnung an die nachgewiesenen Muster zu rekonstruieren. Nach der im Geltungsbereich weit verbreiteten Ausführung sind die Scharniere der Fensterläden am äußeren Holzrahmen des Holzkastenfensters soweit vorhanden, ohne seitlichen Abstand anzubringen.

(14) Rollläden für Fenster, die vom öffentlichen Raum aus sichtbar sind, sind ausschließlich in Holz zulässig. Rollläden für Schaufenster sind in Holz oder Leichtmetall auszuführen.

(15) Vom öffentlichen Raum aus sichtbare Rollläden müssen mind. 0,10 m hinter der Fassadenebene liegen und dürfen im geöffneten Zustand nicht sichtbar sein. Der nachträgliche Einbau von Rollläden darf die Dimension oder Proportion des Fensters nicht verändern. Außenliegende aufgesetzte Rollladenkästen sind nicht zulässig. Laufschiene sind so im Putz bzw. Mauerwerk einzulassen, dass die straßen- und giebelseitig nicht sichtbar sind. Die Schürzen sind, soweit vorhanden, zu erhalten.

(16) Sonnenschutzanlagen an den Fenstern können straßenseitig als Holzjalousetten oder Stoffbahnen, hofseitig auch in Leichtmetall ausgeführt werden.

(17) Rollläden der Fenster bzw. Sonnenschutzanlagen müssen auf der gesamten Fassade bzw. den Fassadenabschnitten farbig einheitlich und baugleich ausgeführt werden. Rollladenkästen und Sonnenschutzanlagen dürfen nicht außenliegend angebracht werden, sondern müssen innerhalb der Fensteröffnungen liegen.

(18) Vordächer, Kragdächer oder andere den Zusammenhang zwischen den Geschossen unterbrechende Bauglieder sind nicht zulässig. Ausnahmen bestehen bei der Überdachung des rückwärtigen bzw. Hofeinganges mit einem Kragdach.

(19) Antennen- und Satellitenempfangsanlagen, nachfolgend Antennen genannt, sind als Unterdachantenne auszuführen, sofern dies die örtliche Empfangssituation und die Konstruktion des Dachraumes zulassen. Bei notwendiger äußerer Anbringung ist bei Flachdächern ein Standort im rückwärtigen Viertel der Dachfläche und bei geneigten Dachflächen ein Standort auf der zur erschließenden Straße abgewandten Seite der Dachfläche zu wählen. Bei geneigten Dachflächen darf die Antenne nicht mehr als 1,00 m über den höchsten Punkt der Dachfläche hinausragen. Die Anordnung von Antennen an Fassaden oder Balkonen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, sowie Antennen im Bereich von Vorgärten sind nicht zulässig.

(20) Kabel, Befestigungen, Leitungen, Rohre und dergleichen sind auf straßenseitigen und seitlichen Dach-, Fassaden- oder sonstigen Außenwandflächen nicht zulässig. Ausnahmen bestehen für Sicherheitsleitern auf Dachflächen, für Dachrinnen und Fallrohre sowie für Schneefanggitter.

§ 8 Außenanlagen, Nebenanlagen, Garagen, Carports und Einfriedungen

- (1) Vom Straßenraum sichtbare Garagen sind ausschließlich aus Mauerwerk oder Beton mit Glattputz zulässig.
- (2) Carports, Fahrradabstellanlagen einschließlich ihre Überdachungen sowie Garten- und Gerätehäuser dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (3) Einfriedungen und Einhausungen von Abfallbehältern und Müllcontainern dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (4) Briefkästen und Klingelanlagen können in Holzlattenzäune und Mauern bündig integriert werden. Die Integration in schmiedeeiserne Zäune ist nicht möglich.
- (5) Straßenseitige Einfriedungen sind als blickdichte Holzlattenzäune bzw. -tore, in Sichtmauerwerk bzw. verputztem Mauerwerk in Verbindung mit Holzlattentoren oder als metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinkern oder Beton auszuführen. Die Verwendung von Stacheldraht, Maschendraht oder Stabmattenzäunen als sichtbare Eingrenzung ist nicht zulässig.
- (6) Holzlattenzäune und Mauern sind in einer Höhe bis maximal 1,80 m auszuführen. Metallene Einfriedungen dürfen straßen- seitig eine mittlere Höhe bis zu 1,40 m aufweisen. Diese Festlegung gilt nicht, soweit es sich um die Rekonstruktion von Einfriedungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes handelt.
- (7) Vorgärten sind mit offenen Zäunen (metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinker oder Beton) einzufrieden.
- (8) Straßenseitige Grundstückseinfriedungen sind direkt an die Grundstücksgrenze zu setzen und dürfen nicht eingerückt auf dem Grundstück angeordnet werden.

§ 9 Abweichungen

- (1) Abweichungen sind zulässig zu den Festlegungen der §§ 3, 4, 5, 6, 7 und 8.
- (2) Abweichungen sind schriftlich zu beantragen und zu begründen
- (3) Abweichungen werden genehmigt, wenn sie aus Gründen des Brandschutzes, der Barrierefreiheit oder anderen rechtlichen Anforderungen erforderlich sind.
- (4) Bei Neubauten werden Abweichungen hinsichtlich der Materialien von Bauteilen und Gebäudeteilen genehmigt, wenn sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind.
- (5) Die Abweichung ist zu genehmigen, wenn städtebaulich gleichwertige Lösungen beantragt sind, welche hinsichtlich des verwendeten Materials und des Erscheinungsbilds ortstypisch sind und sich einfügen oder auf Grundlage von denkmalpflegerischen Befunden.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 85 Abs. 1 Nr. 1 BbgBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- entgegen den Anforderungen in § 3 Fassadengliederungen ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen § 3 Balkone, Erker, Loggien oder Zwerchhäuser errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 4 Fassaden, Tore, Türen und Fenster farbig gestaltet;
- entgegen den Anforderungen in § 5 Fenster und Türen erneuert, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 6 Dacheindeckungen mit anderen Materialien vornimmt bzw. Dachausbauten errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 7 Sicht- und Sonnenschutzelemente ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 8 Vorgartengestaltungen und Einfriedungen errichtet, ändert oder beseitigt.

Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 85 Abs. 3 BbgBO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

§ 11 In-Kraft-Treten

(1) Die Gestaltungssatzung tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Potsdam, den

Mike Schubert
Oberbürgermeister

Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ Örtliche Bauvorschrift der Landeshauptstadt Potsdam Begründung

Der Stadtteil Babelsberg zeichnet sich durch seine besondere Lage zwischen dem Zentrum von Potsdam und Berlin sowie durch seine besonders gute Verkehrsanbindung (u.a. S-Bahn) aus. Darüber hinaus liegt Babelsberg inmitten der durch Gewässer und Parkanlagen geprägten Berlin–Potsdamer Kulturlandschaft. Babelsberg liegt südöstlich des Stadtzentrums und ist mit rund 24.500 Einwohnern der größte Stadtteil von Potsdam. Dabei ist Babelsberg für Potsdam nicht nur ein bedeutender Wohnstandort, sondern auch ein wichtiger und gut erschlossener Gewerbe- und Dienstleistungsstandort.

Der historische Kern des Stadtteils Babelsberg wurde aufgrund erheblicher städtebaulicher Missstände bereits 1993 durch die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam als Sanierungsgebiete „Babelsberg Nord“ und „Babelsberg Süd“ festgesetzt. Das Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ liegt nördlich der Bahnlinie und des S-Bahnhofs Babelsberg. Es umfasst das ursprüngliche Nowawes (neues Dorf), auch Weberviertel genannt, mit dem Stadtteilzentrum Babelsberg.

Nowawes wurde ab 1750 aufgrund einer Anweisung des preußischen Königs Friedrich II als Dorf für religiös verfolgte Böhmen angelegt. Heute ist das Weberviertel durch kleinteilige Grundstücke mit sehr unterschiedlichen Gebäudetypen geprägt. Das Stadtbild wird vom direkten nebeneinander eingeschossiger Weberhäuser und bis zu fünfgeschossigen Gebäuden der Gründerzeit geprägt.

Historischer Überblick und Stadtgestalt

Nowawes (Babelsberg Nord) ist die größte friderizianische Plansiedlung, eine Handwerkerkolonie für böhmische Weber und Spinner. Sie ist ein Zeugnis des preußischen Toleranzgedankens, ein Dokument der Wirtschafts- und Siedlungsplanung des 18. Jahrhunderts und in dieser Form ein einmaliges Kulturdenkmal.

Auf Befehl König Friedrichs II. wurde die „Kolonie bei Potsdam“ in den Jahren 1751 bis 1754 angelegt und, unterbrochen durch den Siebenjährigen Krieg, in den Jahren 1764-1767 erweitert. Grundlage für die städtebauliche Anlage bildeten die beiden bereits vorhandenen Neuendorfer Viehtriften: der Königsweg zwischen Zehlendorf und Potsdam (die heutige Rudolf-Breitscheid-Straße) und die Allee nach Glienicke (heute Alt Nowawes). Diese beiden Wegeführungen bildeten das Grundgerüst für die Siedlungsstruktur, mit dem dreieckigen Kirchplatz (Weberplatz) im Zentrum der Kolonie. Alle anderen Straßen und Wegeführungen wurden in dieses Grundgerüst eingefügt.

Im ersten Bauabschnitt zwischen 1751 und 1755 wurden 155 Kolonistenhäuser errichtet. Diese fünfachsigen eingeschossigen schlichten Gebäude bilden den Kern des Gebietes Babelsberg Nord. In einem zweiten Bauabschnitt wurden zwischen 1764 und etwa 1767 weitere 55 Kolonistenhäuser errichtet. Die Kolonistenhäuser wurden aus einfachen Materialien wie Fachwerk mit Ziegelausfachung gebaut. Sie waren mit Sprossenfenstern versehen und besaßen sorgfältig schreinermäßig gearbeitete Hauseingangstüren. Prägend für die Gebäude war das ausgewogene Verhältnis von Höhe, Breite und Dachfläche, von Öffnungen und Wandflächen. Das Innere der Kolonistenhäuser war symmetrisch aufgebaut und in der Mitte durch

einen Flur geteilt, da die Häuser für zwei Familien gedacht waren. Die Wohnungen bestanden jeweils aus einer Stube, in der die Weber an ihren Webstühlen arbeiteten, einer Kammer und einer Küche. Infolge der Industrialisierung erfolgte ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine bauliche Verdichtung mit zeitlich typischen mehrgeschossigen Gebäuden entlang der Laufgassen und Gartenwege sowie durch Grundstücksteilung oder Abbruch vorhandener Kolonistenhäuser zwischen der vorhandenen eingeschossigen Bebauung. An die Weberhäuser wurden zu dieser Zeit oftmals auch weitere Hausachsen angefügt. Hinzu kam ein stetiges Wachstum an den Außenrändern der Kolonie.

Erfordernis und Ziele für die Aufstellung einer Gestaltungssatzung

Der Schutz dieses Ortsteils und seiner charakteristischen städtebaulichen und baugestalterischen Eigenart sind Anliegen der Gestaltungssatzung. Die für das Land Brandenburg einzigartige städtebauliche Situation mit dem seit dem 19. Jahrhundert weitgehend unveränderten Stadtgrundriss soll dauerhaft bewahrt werden.

Während das historische Weberviertel vor der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme erhebliche Missstände bzw. Defizite aufwies, war aber auch festzustellen, dass der historische Stadtkern Babelsberg in seiner städtebaulichen Struktur weitgehend erhalten war. Noch heute kann man den Prozess der Stadtentwicklung über die Jahrhunderte mit seiner schrittweisen Verdichtung sehr gut nachvollziehen. Typisch dafür sind die Sprünge der Gebäudehöhen von den Weberhäusern über die Gebäude des 19. Jahrhunderts hin zu den Gründerzeithäusern Anfang des 20. Jahrhunderts.

Die Durchführung der Sanierungsmaßnahme „Babelsberg Nord“ hat dazu beigetragen, dass die erheblichen städtebaulichen Missstände und Defizite innerhalb des Gebietes unter Berücksichtigung der Sanierungsziele und des Denkmalschutzes weitgehend behoben wurden. Viele Gebäude wurden in den letzten Jahren behutsam, überwiegend im Sinne der gestalterischen Sanierungsziele, welche seit 1999 für das Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ gelten, saniert. Die gestalterischen Sanierungsziele legen die Rahmenbedingungen für die äußere Gestaltung sämtlicher auf den Grundstücken befindlicher baulicher Anlagen fest. Die spezifischen Regelungen zur Gestaltung berücksichtigen die besondere regionale, städtebauliche und architektonische Struktur des Gebietes. Die gestalterischen Sanierungsziele sollen im Zuge der erforderlichen Erneuerungsarbeiten innerhalb des Sanierungsgebietes zur Verbesserung des Ortsbildes sowie zur Wahrung schützenswerter Bausubstanz beitragen.

Bei der Ausführung künftiger Instandsetzungen, An-, Um- und Neubauten ist die Anpassung an heutige Qualitäts- und Anpassungsstandards, einschließlich entsprechender Materialien, zu erwarten. Ebenso werden viele Eigentümer eine umfassende Ausnutzung von Wohn- und Nutzflächen anstreben. Dabei besteht das erwartete Risiko, dass bei diesen Ausführungen den städtebaulichen Gestaltungsqualitäten in Babelsberg-Nord keine ausreichende Bedeutung zukommen. Ohne Gestaltungssatzung drohen daher nach Aufhebung des Sanierungsgebietes „Babelsberg-Nord“, und schon jetzt zu beobachten, immer wieder Zerstörungen und Überformungen der besonderen Bau- und Gestaltmerkmale wie:

- Veränderung von Dachformen und Störungen durch Belichtungselemente bei Dachausbauten,
- Veränderung der Öffnungsformate, Einbau von Kunststoffelementen,
- Verkleidung der Fassaden mit gebietsuntypischen Materialien,
- Anbringen von gestaltungstypischen Balkonen und anderen Anbauten,
- Versiegelung von Vorgärten, Standardisierung von Einfriedungselementen.

Für die Zukunft muss die städtebauliche und architektonische Qualität des ehemaligen Weberviertels und seiner Gebäude weiterhin geschützt werden, um Beeinträchtigungen durch gestaltverändernde Modernisierungen und Umbauten sowie Neubauten mit ortsfremder Architektur zu verhindern. Dazu gehört auch, die erkennbaren historischen Parzellenstrukturen und die teilweise offene Bauweise, welche oftmals die Einsehbarkeit der hofseitigen Fassaden ermöglicht, zu erhalten.

Rahmenbedingungen / Zusammenwirken mit der Erhaltungssatzung und Denkmalschutz

Nach § 87 Abs. 1 Satz 2 BbgBO kann die Gemeinde eine Gestaltungssatzung erlassen, soweit dies zur Verwirklichung baugestalterischer und städtebaulicher Absichten oder zum Schutz bestimmter Bauten, Straße, Plätze und Ortsteile von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung sowie von Baudenkmalen und Naturdenkmalen erforderlich ist.

Die Gestaltungssatzung soll der Verstetigung der städtebaulichen und stadtgestalterischen Ziele im Gebiet Babelsberg Nord dienen und dabei an die bereits seit 1999 geltenden Gestalterischen Sanierungsziele im Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ anknüpfen. Städtebaulicher Ausgangspunkt ist dabei die für Babelsberg Nord bezeichnende Stadtgestalt und Stadtbildqualität sowie geschichtliche Bedeutung. Parallel zur Gestaltungssatzung gilt für Babelsberg Nord die Erhaltungssatzung „Babelsberg Nord / Weberviertel“ der Landeshauptstadt Potsdam vom 21.08.1992 gemäß § 172 Absatz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches. Im Geltungsbereich der Satzung zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt, bedürfen Rückbau, Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung baulicher Anlagen der Genehmigung, dies gilt auch wenn es sich genehmigungsfreie Vorhaben im Sinne § 61 der Brandenburgischen Bauordnung handelt. Die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit baulicher Maßnahmen gem. Erhaltungssatzung erfolgte bisher parallel zum Sanierungsrecht. Nach Aufhebung der Sanierungssatzung, würden die Gestaltungsvorgaben gem. der Gestalterischen Sanierungsziele als Beurteilungsgrundlage wegfallen.

Für große Teile des Geltungsbereichs der Gestaltungssatzung gilt darüber hinaus die Satzung zum Schutz des Denkmalsbereichs „Nowawes“, die am 30.11.2000 mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam Ausgabe 15/2000 bekannt gemacht wurde. Der Geltungsbereich der Denkmalsbereichssatzung umfasst jedoch nicht das gesamte Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ und ist in seiner Abgrenzung kleiner als der künftige Geltungsbereich der Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“.

Die Bestimmungen gemäß des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes sind bei Einzeldenkmalen und Gebäuden im Denkmalsbereich vorrangig zu berücksichtigen. Der Umgebungsschutz gilt für die Errichtung von Neubauten entsprechend.

Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“

Örtliche Bauvorschrift der Landeshauptstadt Potsdam

Über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen und anderer Anlagen und Einrichtungen sowie an Einfriedungen in Babelsberg-Nord

Satzungstext mit Erläuterungen



Inhaltsverzeichnis

I.	Vorwort.....	3
	Stadtgestalt und historischer Überblick.....	3
	Stadtbildqualität	3
	Erfordernis zur Aufstellung einer Gestaltungssatzung.....	3
	Rahmenbedingungen / Zusammenwirken mit Erhaltungssatzung und Denkmalschutz	4
II.	Satzungstext.....	6
	§ 1 Geltungsbereich	6
	§ 2 Sachlicher Geltungsbereich.....	8
	§ 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper	8
	§ 4 Fassadenmaterialien und.....	9
	§ 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen	10
	§ 6 Dächer und Dachfenster.....	12
	§ 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden,	16
	§ 8 Außenanlagen, Nebenanlagen, Garagen, Carports und Einfriedungen.....	18
III.	Regelungen zum Verfahren.....	18
	§ 9 Abweichungen	18
	§ 10 Ordnungswidrigkeiten	19
	§ 11 In-Kraft-Treten	19
IV.	Erläuterungen.....	19
	Zu § 1 Räumlicher Geltungsbereich.....	19
	Zu § 2 Sachlicher Geltungsbereich.....	20
	Zu § 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper	20
	Zu § 4 Fassadenmaterialien und – farben	21
	Zu § 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen.....	22
	Zu § 6 Dächer und Dachfenster.....	24
	Zu § 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen	27
	Zu § 8 Außenanlagen, Nebenanlage, Garagen, Carports und Einfriedungen	28
	Zu § 9 Abweichungen.....	28

I. Vorwort

Der Stadtteil Babelsberg zeichnet sich durch seine besondere Lage zwischen dem Zentrum von Potsdam und Berlin sowie durch seine besonders gute Verkehrsanbindung (u.a. S-Bahn) aus. Darüber hinaus liegt Babelsberg inmitten der durch Gewässer und Parkanlagen geprägten Berlin– Potsdamer Kulturlandschaft. Babelsberg liegt südöstlich des Stadtzentrums und ist mit rund 24.500 Einwohnern der größte Stadtteil von Potsdam. Dabei ist Babelsberg für Potsdam nicht nur ein bedeutender Wohnstandort, sondern auch ein wichtiger und gut erschlossener Gewerbe- und Dienstleistungsstandort.

Der historische Kern des Stadtteils Babelsberg wurde aufgrund erheblicher städtebaulicher Missstände bereits 1993 durch die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam als Sanierungsgebiete „Babelsberg Nord“ und „Babelsberg Süd“ festgesetzt. Das Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ liegt nördlich der Bahnlinie und des S-Bahnhofs Babelsberg. Es umfasst das ursprüngliche Nowawes (neues Dorf), auch Weberviertel genannt, mit dem Stadtteilzentrum Babelsberg.

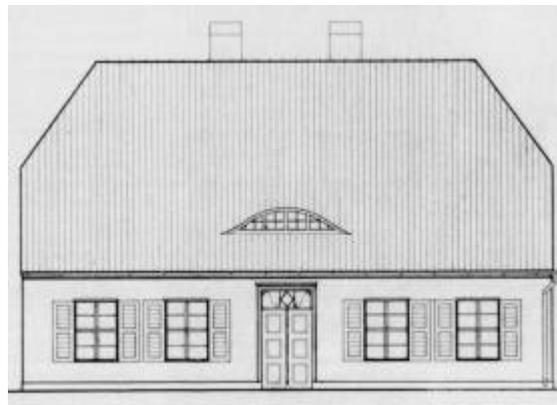
Stadtgestalt und historischer Überblick

Nowawes (Babelsberg Nord) ist die größte friderizianische Plansiedlung, eine Handwerkerkolonie für böhmische Weber und Spinner. Sie ist ein Zeugnis des preußischen Toleranzgedankens, ein Dokument der Wirtschafts- und Siedlungsplanung des 18. Jahrhunderts und in dieser Form ein einmaliges Kulturdenkmal.

Auf Befehl König Friedrichs II. wurde die „Kolonie bei Potsdam“ in den Jahren 1751 bis 1754 angelegt und, unterbrochen durch den Siebenjährigen Krieg, in den Jahren 1764-1767 erweitert. Grundlage für die städtebauliche Anlage bildeten die beiden bereits vorhandenen Neuendorfer Viehtriften: der Königsweg zwischen Zehlendorf und Potsdam (die heutige Rudolf-Breitscheid-Straße) und die Allee nach Glienicke (heute Alt Nowawes). Diese beiden Wegführungen bildeten das Grundgerüst für die Siedlungsstruktur, mit dem dreieckigen Kirchplatz (Weberplatz) im Zentrum der Kolonie. Alle anderen Straßen und Wegführungen wurden in dieses Grundgerüst eingefügt.

Im ersten Bauabschnitt wurden 155 Kolonistenhäuser errichtet. Diese fünfachsigen eingeschossigen schlichten Gebäude bilden den Kern des Gebietes Babelsberg Nord. In einem zweiten Bauabschnitt wurden weitere 55 Kolonistenhäuser errichtet. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts

erfolgte eine Verdichtung der Bebauung durch Teilung von Grundstücken sowie durch eine Bebauung entlang der Laufgassen und Gartenwege. Im Norden und Nordosten kam es zu Erweiterungen an den Rändern der Kolonie.



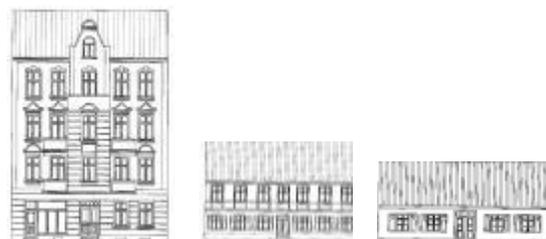
Schematische Darstellung eines typischen Kolonistenhauses

Die Gebäude waren nun zweigeschossig, später auch drei- und viergeschossig.

Wesentlicher Faktor für diese Entwicklung war auch die Errichtung der Eisenbahnlinie Berlin- Potsdam im Jahre 1838.

Stadtbildqualität

Die zuvor beschriebene, für das Land Brandenburg einzigartige städtebauliche Situation mit dem seit dem 18. Jahrhundert nahezu unveränderten Grundriss von Nowawes und der sehr heterogenen Bebauung (ein- bis viergeschossige Bebauung stehen teilweise unmittelbar nebeneinander) gilt es zwingend zu erhalten. Dazu gehören auch die erkennbaren historischen Parzellenstrukturen und die erhaltene offene Bauweise, welche oftmals die Einsehbarkeit der hofseitigen Fassaden ermöglichen.



Typische Höhenversprünge in der Bebauung

Erfordernis zur Aufstellung einer Gestaltungssatzung

Der Schutz dieses Ortsteils und seiner charakteristischen städtebaulichen und baugestalterischen Eigenart sind Anliegen der Gestaltungssatzung. Die für das Land Brandenburg

einzigartige städtebauliche Situation mit dem seit dem 19. Jahrhundert weitgehend unveränderten Stadtgrundriss soll dauerhaft bewahrt werden.

Während das historische Weberviertel unmittelbar nach der Wende erhebliche Missstände bzw. Defizite aufwies, war aber auch festzustellen, dass der historische Stadtkern Babelsberg in seiner städtebaulichen Struktur weitgehend erhalten war. Noch heute kann man den Prozess der Stadtentwicklung über die Jahrhunderte mit seiner schrittweisen Verdichtung sehr gut nachvollziehen. Typisch dafür sind die Sprünge der Gebäudehöhen von den Weberhäusern über die Gebäude des 19. Jahrhunderts hin zu den Gründerzeithäusern Anfang des 20. Jahrhunderts.

Die Durchführung der Sanierungsmaßnahme „Babelsberg Nord“ hat dazu beigetragen, dass die erheblichen städtebaulichen Missstände und Defizite innerhalb des Gebietes und Berücksichtigung der Sanierungsziele und des Denkmalschutzes weitgehend behoben wurden. Viele Gebäude wurden in den letzten Jahren behutsam, überwiegend im Sinne der Gestalterischen Sanierungsziele, welche seit 1999 für das Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ gelten, saniert. Durch die Aufhebung des Sanierungsgebietes „Babelsberg Nord“, die erforderliche Anpassung an heutige Qualitäts- und Ausstattungsstandards und eine von vielen Eigentümern angestrebte „effektive“ Ausnutzung von Wohn- und Nutzflächen drohen jedoch immer wieder Zerstörungen und Überformungen der besonderen Bau- und Gestaltmerkmale wie:

- Veränderung von Dachformen und Störungen durch Belichtungselemente bei Dachausbauten,
 - Veränderung der Öffnungsformate, Einbau von Kunststoffelementen,
 - Verkleidung der Fassaden mit gebietsuntypischen Materialien,
 - Anbringen von gestaltungstypischen Balkonen und anderen Anbauten,
 - Versiegelung von Vorgärten, Standardisierung von Einfriedungselementen.

Für die Zukunft muss die städtebauliche und architektonische Qualität des ehemaligen Weberviertels und seiner Gebäude weiterhin geschützt werden, um Beeinträchtigungen durch gestaltverändernde Modernisierungen und Umbauten sowie Neubauten mit ortsfremder Architektur zu verhindern. Dazu gehört auch, die erkennbaren historischen Parzellenstrukturen und die teilweise offene Bauweise, welche oftmals die Einsehbarkeit der hofseitigen Fassaden ermöglicht, zu erhalten.



Beispiel für ein denkmalgerecht saniertes Kolonistenhaus

Rahmenbedingungen / Zusammenwirken mit Erhaltungssatzung und Denkmalschutz

§ 87 Abs. 2 BbgBO erlaubt einer Gemeinde eine Gestaltungssatzung zu erlassen, soweit dies zur Verwirklichung baugestalterischer und städtebaulicher Absichten oder zum Schutz bestimmter Bauten, Straße, Plätze und Ortsteile von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung sowie von Baudenkmalen und Naturdenkmalen erforderlich ist.

Die Gestaltungssatzung soll der Verstetigung der städtebaulichen und stadtgestalterischen Ziele im Gebiet Babelsberg Nord dienen und dabei an die bereits seit 1999 geltenden Gestalterischen Sanierungsziele im Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ anknüpfen. Städtebaulicher Ausgangspunkt ist dabei die für Babelsberg Nord bezeichnende Stadtgestalt und Stadtbildqualität sowie geschichtliche Bedeutung. Parallel zur Gestaltungssatzung gilt für Babelsberg Nord die Erhaltungssatzung „Babelsberg Nord / Weberviertel“ der Landeshauptstadt Potsdam vom 21.08.1992 gemäß § 172 Absatz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches. Im Geltungsbereich der Satzung zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt, bedürfen Rückbau, Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung baulicher Anlagen der Genehmigung. Dies gilt auch wenn es sich um genehmigungsfreie Vorhaben im Sinne § 61 der Brandenburgischen Bauordnung handelt. Die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit baulicher Maßnahmen gem. Erhaltungssatzung erfolgte bisher parallel zum Sanierungsrecht. Nach Aufhebung der Sanierungssatzung, würden die Gestaltungsvorgaben gem. der Gestalterischen Sanierungsziele als Beurteilungsgrundlage wegfallen.

Für große Teile des Geltungsbereichs der Gestaltungssatzung gilt darüber hinaus die Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs „No-Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“

wawes“, die am 30.11.2000 mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam Ausgabe 15/2000 bekannt gemacht wurde. Der Geltungsbereich der Denkmalschutzsatzung umfasst jedoch nicht das gesamte Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ und ist in seiner Abgrenzung kleiner als der künftige Geltungsbereich der Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“.

Die Bestimmungen gemäß des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes sind bei Einzeldenkmälern und Gebäuden im Denkmalbereich vorrangig zu berücksichtigen. Der Umgebungsschutz gilt für die Errichtung von Neubauten entsprechend.

Da die Anwendung der Gestaltungssatzung und das Zusammenwirken mit den anderen Rechtsvorschriften sehr komplex sind, empfiehlt es sich für Bauherren oder Architekten vor Einreichen eines Bauantrages oder Antrages auf bauliche Veränderungen die Möglichkeit der Beratung wahrzunehmen. Dafür stehen die Mitarbeiter des Fachbereichs Stadtplanung und Stadterneuerung und ggf. des Bereichs Untere Denkmalschutzbehörde zur Verfügung.

Parallel zur Gestaltungssatzung gilt für Babelsberg-Nord noch die Erhaltungssatzung „Babelsberg Nord / Weberviertel“ der Stadt Potsdam vom 21.08.1992 gemäß § 172 Absatz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches, die die städtebauliche und bauliche Eigenart von Babelsberg-Nord sichert. Bauliche Maßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches der Erhaltungssatzung sind genehmigungspflichtig, auch wenn es sich im Sinne der Brandenburgischen Bauordnung § 61 um genehmigungsfreie Vorhaben handelt.

Der nördlich und westlich an den Geltungsbereich angrenzende Park Babelsberg unterliegt den Bestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes. Bereiche von Babelsberg-Nord, die von den Wegen und Aussichtsplätzen des Parks Babelsberg aus sichtbar sind, werden von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg in ihrer Funktion als untere Denkmalschutzbehörde beurteilt. Die untere Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam hört die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg daher an und berücksichtigt die fachliche Einschätzung in ihrer Stellungnahme bzw. Erlaubnis.

Grundlage ist die „Deklaration über die Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“ und die „Verwaltungsvereinbarung zum Abstimmungsverfahren bei Verfahren und Vorhaben innerhalb der Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“.

Auf der Rechtsgrundlage des § 87 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 8 und Abs. 10 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) in der Fassung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I/20, [Nr. 44], S. 9) in Verbindung mit

§ 3 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38]) hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam in ihrer Sitzung am **TT.MM.JJJJ** folgende örtliche Bauvorschrift beschlossen:

II. Satzungstext

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die Satzung gilt für den in der Karte „Geltungsbereich“ (Stadtkontor, 2018) markierten, nördlich der Bahnlinie gelegenen Teil von Babelsberg und umfasst die folgenden Straßen:

Alt Nowawes 22-130 gerade, 39-107 ungerade
Behringstraße 1-5b ungerade
Bendastraße
Bruno-H.-Bürgel-Straße 1
Concordiaweg 60
Daimlerstraße 1, 4-12 gerade
Goetheplatz
Goethestraße 2-10 gerade, 1-25 ungerade
Grenzstraße
Jutestraße
Karl-Gruhl-Straße
Karl-Liebknecht-Straße 4-47, 91, 91a, 91b-127, 136-137
Kreuzstraße
Lessingstraße 1-5 ungerade, 2-16 gerade
Lutherstraße
Mühlenstraße 1-24 Müllerstraße
Neue Straße
Pasteurstraße 1-23 (ohne 23 A-C), 25-44
Plantagenhof
Plantagenplatz
Plantagenstraße
Rudolf-Breitscheid-Straße 15-37 ungerade, 32-38 gerade, 39-85 alle
Schornsteinfegergasse
Sammelweisstraße 1-40
Spindelstraße
Theodor-Hoppe-Weg Tuchmacherstraße Turnstraße
Voltastraße 2-7
Weberplatz
Wichgrafstraße 1-28, 30
Wollestraße

- (2) Die Karte „Geltungsbereich (Stadtkontor, 2018) ist Bestandteil der Satzung. Im Zweifelsfall gilt die Darstellung der Karte.

§ 2 Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Vom Geltungsbereich dieser Satzung sind alle Grundstücke, samt Gebäuden, baulichen Anlagen und Freiflächen erfasst. Hinsichtlich der Entstehungszeit wird unter anderem nach den folgenden Haustypen unterschieden:
 - die Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (mit ihren späteren Anbauten)
 - die Bauten des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild der Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (s.g. Sekundärbauten)
 - die spätklassizistischen Wohnhäuser
 - die gründerzeitlichen Wohn-/Mietshäuser
 - Bauten aus den 20iger und 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts
 - einzelne bedeutende Bauten für die geschichtliche Entwicklung von Nowawes (wie z.B. Friedrichskirche, Bahnhof Babelsberg, die Schulbauten, der Friedhof)
 - die Gebäude der Nachkriegszeit bis 1990 (z.B. Wohnkomplex Wollestr. 64-74)
 - Nachwendebauten (z.B. Weberpark, Theodor-Hoppe-Weg)
- (2) Alle Veränderungen, Umbauten und Erweiterungen bestehender baulicher Anlagen, sowie bauliche Neuanlagen und Wiederaufbauten, die das äußere Erscheinungsbild und die Gestaltung betreffen, unterliegen den Festsetzungen dieser Satzung.
- (3) Nach § 59 Abs. 2 BbgBO gelten die Festsetzungen dieser Satzung unabhängig davon, ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen ist.
- (4) Gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen, die sich mit dem räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung überschneiden haben Vorrang vor den Festsetzungen dieser Satzung. Über gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen hinaus gelten die Festsetzungen dieser Satzung.
- (5) Die Bestimmungen des Denkmalschutzes bleiben von dieser Satzung unberührt.

§ 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper

- (1) Gliedernde oder schmückende Fassadendetails sind, soweit im Bestand vorhanden, zu erhalten. Sind nicht mehr vorhandene Fassadengliederungen anhand von Planunterlagen oder Fotos nachweisbar, so ist die Rekonstruktion zulässig. Ursprünglich vorhandene Fassadenelemente wie Gesimse, Stuckornamente, Fenstereinfassungen und Mauervorlagen sind bei Erneuerung und Instandsetzung in ihrer ursprünglichen Art zu gestalten.
- (2) Die Straßenfassaden müssen durch eine durchlaufende, horizontale Gliederung wie Dachgesims, Traufbalken, Traufgesims oder –kasten vom Dach getrennt werden, so dass ein Vorsprung von 0,10 bis 0,20 m entsteht. Die Ausbildung eines Giebelgesimses ist nicht zulässig.
- (3) Gliederungselemente einer Fassade dürfen nicht durch Vordächer oder Kragdächer überdeckt werden. Gleiches gilt für gestaltbildende Zierelemente.
- (4) Vom öffentlichen Straßenraum einsehbare Drepel im Bestand sind zu erhalten. Neue Drepel sind bei Gebäuden mit mind. drei Vollgeschossen bis zu einer Höhe von 0,50 m zulässig.
- (5) Balkonüberdachungen sind als leichte Stahl-Glas-Konstruktionen nur hofseitig bei Neubauten zulässig. Rekonstruktionen nachgewiesener Balkonüberdachungen sind zulässig.
- (6) Straßenseitig sind Balkone nur einzeln auskragend zulässig. Altane (aufgeständerte Balkone) sind straßenseitig unzulässig.
- (7) Zur Einfassung von Balkonen und Loggien sind nur durchsehbare filigrane Stahlgeländer und massive Mauerwerksbrüstungen in der Oberflächengestaltung der Fassade (Putz oder Klinker) zulässig.



Vorher
Rekonstruierte Fassadenelemente (Balkonanlagen
und Frontspieß)

Nachher

- (8) Erkerfenster dürfen die Brüstungs- und Sturzhöhen der angrenzenden Fenster nicht über- und unterschreiten. Erker müssen unterhalb der Traufe enden. Sie können mit einem Balkon im obersten Normalgeschoss oder mit einem Dach abgeschlossen werden. Erker und Balkone als Übereckkonstruktionen mit Kragelementen, die sich auf die Giebfassaden erstrecken, sind nicht zulässig.
- (9) Zwerchhäuser sind bei Gebäuden straßenseitig zulässig, bei denen sich zwei oder mehr Geschosse unterhalb der Traufe befinden. Pro Gebäude ist jedoch höchstens ein Zwerchhaus zulässig, das entweder mittig oder seitlich am Gebäudeabschluss anzuordnen ist.
- (10) Freitreppen sind mit historischen Materialien wie Naturstein, Ziegeln oder Stahl auszuführen.
- (11) An der Fassade oder im Bereich der Dachflächen angebrachte außenliegende Klimageräte sind nur hofseitig zulässig und dürfen vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sein.

§ 4 Fassadenmaterialien und -farben

- (1) Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) erhaltene bzw. analog zu vergleichbaren Bautypen nachweisbare Putz-, Materialstrukturen und Farbgebungen sind straßenseitig und an Giebfassaden, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, aufzuarbeiten oder bei Erneuerung in

gleicher Art herzustellen. Die vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fassadenflächen sind mit Glattputz zu versehen, insbesondere wenn die ursprüngliche Putzstruktur nicht erhalten bzw. nicht nachzuweisen ist.

- (2) Das nachträgliche Verkleiden von vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbaren Putzfassaden ist nur ausnahmsweise nach Prüfung im Einzelfall zulässig, wenn abschließend die ursprüngliche Putzstruktur bzw. ein Glattputz ausgebildet wird.

Nicht zulässig sind:

- Baustoffe, deren Erscheinungsbild ein anderes Material vortäuscht,
 - Materialien, die ein glänzendes, metallisches, reflektierendes oder gläsernes Erscheinungsbild aufweisen.
- (3) Sockel aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) der Gebäude sind zu erhalten, die Rekonstruktion ist zulässig. Rücksprünge bezogen auf das Fassadenniveau sind nicht zulässig. Im Bestand vorhandene Versprünge zur Ziegelsteinvorlage sind zu erhalten. Bei Erneuerung ist Putz in einer bündigen Ausführung zur Gesamtfassade vorzusehen.
 - (4) Für den Sockelbereich sind geputzte Flächen sowie gemauerte Ziegelflächen zulässig. Hierzu gehören auch Spaltklinker und Klinkerriemchen. Verkleidungen und Bekleidungen mit Fliesen, polierten Materialien wie Naturstein, Marmor, Spiegelflächen und Stahlplatten sind unzulässig. In Ausnahmefällen sind Naturstein- und Kunststeinsockel mit rauer und matter Oberflächenstruktur zulässig.
 - (5) Alle mineralischen Oberflächen müssen nach Abschluss der Baumaßnahme ein mattes Erscheinungsbild aufweisen. Die Fassade von Neubauten ist in Putz oder Klinker mit matter Oberflächenstruktur auszuführen.
 - (6) Sohlbankabdeckungen sind aus Zinkblech oder wenn im Bestand vorhanden auch aus Klinker oder Ziegel auszuführen. Bei Holzkastenfenstern mit Klapppläden an Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind nur Holzfensterbänke zulässig. Andere Sohlbankausbildungen können, soweit aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes nachweisbar, gestattet werden.

- (7) Eingangsstufen im Bereich der Hauseingangstüren und Ladeneingängen sind aus Naturstein, Ziegel, Terrazzo und Metall zulässig. Die Materialien sind so auszuwählen, bzw. so zu behandeln, dass matte Oberflächen entstehen.
- (8) Verputzte oder gestrichene Fassaden sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Gelb bis Gelbrot:

S1005-Y	bis S1005-Y30R
S1010-Y	bis S1010-Y50R
S1020-Y	bis S1020-Y40R
S2020-Y10R.....	bis S2020-Y50R
S2030-Y10R....	bis S2030-Y50R
S3010-Y	bis S3010-Y40R
S3020-Y	bis S3020-Y50R

Grau:

S2010-Y	bis S2010-Y50R
S2005-Y.....	bis S2005-Y50R
S1005-Y20R.....	bis S3005-Y20R
S1005-G80Y.....	bis S3005-G80Y
S1002-Y	bis S2502-Y

Grün bis Grüngelb:

S2005-G40Y.....	bis S2005-G90Y
S2010-G40Y.....	bis S2010-G90Y
S3010-G60Y	bis S3010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalbereichssetzung oder bei Einzeldenkmalen können abweichend verputzte oder gestrichene Fassaden entsprechend der nachgewiesenen Farbtöne einer restauratorischen Befunduntersuchung ausgeführt werden.

§ 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen

- (1) Bei Fassaden von bestehenden Gebäuden ist straßen-, giebel- und hofseitig die Anordnung, das Format und die Größe der Wandöffnungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zu erhalten oder wiederherzustellen. Aufgrund mangelnder Belichtung können Ausnahmen zugelassen werden. Notwendige Be- und Entlüftungsöffnungen in der Fassade sind so anzuordnen, dass diese vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Die Brüstungshöhe der Fenster hat abgesehen von Schaufenstern im Erdgeschoss mindestens 80 cm zu betragen.

- (2) Im gesamten Geltungsgebiet sind giebel-

seitige Fensteröffnungen bei Mehrgeschossern, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig.

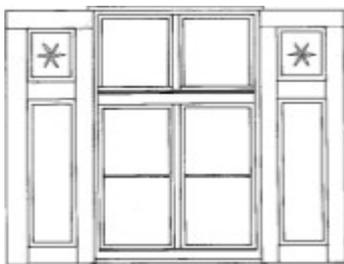
Aus Gründen mangelnder Belichtung können Ausnahmen gestattet werden. Beim Gebäudetypus der eingeschossigen Kolonistenhäuser (Weberhäuser) sind giebelseitige Fensteröffnungen nur unter Bezugnahme auf das Vorbild aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zulässig. Anordnung, Öffnungsmaße und Fensterformate, insbesondere der s.g. Traufkammerfenster, sind verbindlich einzuhalten. Zusätzliche giebelseitige Öffnungen sind nicht zulässig, Ausnahmen aufgrund denkmalpflegerischer Forderungen sind zulässig.

- (3) Abweichend von Abs. 1 sind im Bereich der Hoffassaden und bei Nebengebäuden französische Fenster an max. zwei Achsen erlaubt.
- (4) Fenster dürfen nur als Einzelfenster bzw. Fenstergruppen von zwei und drei Fenstern im stehenden Rechteckformat mit geradem Sturz oder einem Segmentbogen ausgebildet werden. Eine Fenstergruppe muss insgesamt ein stehendes Format haben.
- (5) Die Fenster sind mind. 0,10 m bis max. 0,20 m von der äußeren Fassadenebene zurückzusetzen, so dass eine ausreichende Leibungstiefe entsteht.
- (6) Fenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind zu erhalten, bei Erneuerung sind die Fenster in Anlehnung an historische Vorbilder in Holz auszuführen. Andere Materialien sind, soweit sie aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes vorhanden bzw. nachweisbar sind, zulässig. Kunststoff und Aluminium sind als Materialien für die Fenster im gesamten Geltungsbereich ausgeschlossen; dies gilt auch für Neubauten.
- (7) Jegliche Fensterteilung durch Kämpfer, Stulp oder Pfosten ist als konstruktive und funktionelle Teilung auszuführen. Soweit vorhanden oder nachweisbar sind straßenseitige Kastenfenster mit Fensterläden entsprechend dem historischen Vorbild auszustatten. Wenn erforderlich, sind Öffnungen für eine Zwangsentlüftung in Fenstern nicht sichtbar (z.B. in einer Aussparung der Wetterschenkel) einzufügen.

(8) Für von außen sichtbare Rahmen, Pfosten, Stulp, Kämpfer und Sprossen werden folgende Breitenmaße einschließlich der jeweiligen Falze festgelegt:

- für den äußeren Rahmen incl. Fensterflügel max. 5,50 cm
- für den unteren Querrahmen bis 9,50 cm
- für den Stulp incl. Rahmen der Fensterflügel 10,00 – 13,00 cm
- für den Pfosten incl. Rahmen der Fensterflügel sowie Stulp desselben Fensters 12,50 – 16,00 cm
- für den Kämpfer incl. Rahmen der Fensterflügel 12,00 – 17,00 cm
- für die Sprossen 2,00 – 3,50 cm.

Dabei ist ein Kämpfer breiter als ein Pfosten bzw. Stulp auszuführen. Beim Nachbau noch vorhandener Originalfenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind abweichende Maße zulässig. Regenschienen dürfen von außen nicht sichtbar sein. Die energetische Erhöhung sowie den Schallschutz verbessernde Maßnahmen an Bestandsfenstern, sind durch den Einbau einer zusätzlichen Fensterebene, welche im Inneren der Gebäude angeordnet wird, zulässig.



Ansicht eines Fensters an einem Kolonistenhaus, das den Maßen aus den Abschnitten (7) und (8) entspricht

(9) Verspiegelte Glasflächen und Fenster-scheiben sind nicht zulässig. Bleiverglasungen, Ornamentverglasungen und farbige bzw. getönte Gläser der Fenster- und Türscheiben sind nicht zulässig. Ausnahmen bilden Fenster, für die eine derartige Ausführung baugeschichtlich nachweisbar ist. Glasbausteine sind nur an nicht vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fenstern zulässig. Bei Einbau von Wärmeschutzverglasung ist nur transparente, neutralfarbene Beschichtung gestattet.

(10) Großflächige Verglasungen, wie verglaste Loggien und Wintergärten sind straßensei-

tig und in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, nicht zulässig. Kunststoff ist auch bei diesen großflächigen Verglasungen unzulässig.

(11) Treppenhausfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. in Anlehnung an die Fenster aus der jeweiligen Entstehungszeit (vgl. §2) wiederherzustellen. Die diesen

Fenstertyp kennzeichnende Fensteraufteilung ist beizubehalten.

(12) Kellerfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. nach vorhandenem Vorbild in Holz oder Stahl zu erneuern. Straßenseitige Lichtschächte sind bei Erneuerung in Mauerwerk oder Beton auszuführen.

(13) Horizontale und vertikale Fensterbänder sind nicht zulässig.

(14) Tore und Hauseingangstüren aus dem Bestand sind zu erhalten. Bei Erneuerung oder Ersatz sind sie diesem Erscheinungsbild anzugleichen und in Holz oder Stahl auszuführen. Die Leibungstiefe muss mind. 0,10 m betragen.



Beispiele für Hauseingangstüren

Links: Kolonistenhaus, rechts: Jugendstilgebäude

(15) An Toren und Hauseingangstüren sind gewölbtes, farbiges oder Ornamentglas nicht zulässig. Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene Ebene oder nachgewiesene, derartige Verglasungen sind zulässig. Bauzeitliche Gläser sind zu erhalten oder entsprechend dem vorhandenen Bestand zu ergänzen.

(16) Durchfahrtstore und Garagentore sind mit zwei flügeligen Holz- oder Stahl-toren, in Angleichung an die im Gebiet bauzeitlich nachweisbare Ausführung, vollkommen zu schließen.



Beispiel für ein Durchfahrtstor

- (17) Wandöffnungen im Sinne von Schaufenstern sind im Erdgeschoss nur bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe zulässig. Der Ladeneingang und ein benachbartes Schaufenster können auch als gestalterische Einheit ausgeführt werden. Schaufenster müssen ein stehendes Rechteckformat oder ein quadratisches Format mit geradem Sturz aufweisen. Davon abweichende, aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene oder nachgewiesene Schaufenster sowie die nachträgliche Anpassung an den Sturz der übrigen Wandöffnungen des Erdgeschosses sind zulässig.
- (18) Benachbarte Schaufenster sind durch einen Pfeiler mit einer Mindestbreite von 0,50 m zu trennen.
- (19) Schaufenster sind so anzuordnen, dass der gestalterische und architektonische Zusammenhang mit den Fenstern der Obergeschosse auf der Grundlage folgender Festlegungen gewahrt bleibt:
- Schaufenster sind axial zu den darüber liegenden Fenstern der Obergeschosse anzuordnen. Die seitlichen Bezugslinien dieser Fenster dürfen nur so weit überschritten werden, dass die Symmetrie gewahrt bleibt.
 - Abweichend davon können Schaufenster zwischen den äußeren seitlichen Bezugslinien zweier darüber liegender Fensterachsen angeordnet sein.
- (20) Schaufensteranlagen sind in Holz oder Metall auszuführen. Schaufenster sind 0,10 m bis 0,20 m von der Fassadefläche zurückgesetzt anzuordnen. Vorhandene Fensteranlagen in bündiger Anordnung sind entsprechend dem baugeschichtlichen Ursprung des Gebäudes zu erhalten.
- (21) Schaufenster mit einer Breite über 3,00 m sind durch glasteilende Pfosten mit einer Breite zwischen 0,05 m und 0,15 m in Abschnitte zu gliedern. Die größte Glasfläche darf dabei max. 2,50 m in der Breite betragen. Stützen hinter Glasfronten gelten nicht als gliedernde Elemente.
- (22) Bei Eingeschossern sind zurückgesetzte Ladeneingänge nicht zulässig. Bei Zwei- und Mehrgeschossern sind erschließungsbedingte Einschnitte für Ladeneingänge in Abhängigkeit von Treppenpodest und -lauf zulässig. Aus der Fassadenflucht herausragende Schaufenster sind nicht zulässig.
- (23) Fenster, Schaufenster, Fensterläden, Türen und Tore sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Brauntöne:

S4010-Y10R.....	bis S4010-Y50R
S4020-Y	bis S4020-Y40R
S4030-Y	bis S4030-Y40R
S5010-Y10R	bis S5010-Y50R
S5020-Y	bis S5020-Y60R
S5030-Y	bis S5030-Y60R
S5040-Y10R	bis S5040-Y90R
S6010-Y10R	bis S6010-Y90R
S6020-Y	bis S6020-Y90R
S6030-Y10R	bis S6030-Y90R
S7010-Y10R	bis S7010-Y90R

Grautöne / Gebrochenes Weiß:

S3010-Y	bis S3010-Y30R
S2005-Y	bis S2005-Y30R
S0505-Y20R	bis S4005-Y20R

Grüntöne:

S5010-G10Y	bis S5010-G90Y
S5020-G30Y	bis S5020-G70Y
S6010-G10Y	bis S6010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalschutzsatzung oder bei Einzeldenkmälern können abweichend Farbtöne verwendet werden, die im Rahmen einer restauratorischen Befunduntersuchung nachgewiesen sind.

§ 6 Dächer und Dachfenster

- (1) Die Dachform und die Dachneigung bestehender Gebäude sind zu erhalten oder bei Umbau dem Zustand aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes anzugestaltungssatzung „Babelsberg Nord“

passen. Die Neigungswinkel der Dachflächen auf Vorder- und Rückseite des Gebäudes müssen gleich sein (symmetrische Dachneigung). Im Bestand vorhandene Mansarddächer mit unterschiedlichen Neigungswinkeln sind zu erhalten. Unterschiedliche Neigungswinkel sind zulässig, wenn die rückseitigen, seitlichen Dachflächen oder die seitlichen Giebelflächen nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind.

- (2) Die Dächer der an den Straßen gelegenen Gebäude sind als Satteldächer, Mansarddächer, Berliner Dächer, Walm- oder Krüppelwalmdächer auszuführen. Tonendächer, Pultdächer und reine Flachdächer sind unzulässig. Pult- und Flachdächer sind nur bei untergeordneten Gebäuden bzw. Gebäudeteilen zulässig. Die Ausbildung von Staffelgeschossen ist bei Gebäuden die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig.

- (3) Die Dacheindeckung ist einheitlich auf der gesamten Dachfläche auszuführen. Bei vorhandenen Mansarddächern dürfen auf Teilflächen mit unterschiedlicher Dachneigung verschiedene Materialien verwendet werden. Bei Vorderhäusern mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe mit geneigten Dächern sind Biberschwanzziegel zu verwenden. Abhängig von der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes (18. bzw. 19. Jahrhundert) sind die Dachflächen als Doppel- oder Kronendeckung in ziegelroter Farbigkeit (unglasiert, nicht engobiert) auszubilden. Bei rückwärtigen Gebäuden sind auch andere keramische Dacheindeckungen möglich. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe sind geneigte Dachflächen entweder mit keramischen Dacheindeckungen (Biberschwanz- oder Falzziegel) in ziegelroter bis rotbrauner Farbigkeit oder mit Naturschieferplatten einzudecken. Dacheindeckungen bzw. Dachabdichtungen aus anthrazitfarbenem Bitumen bzw. Gründächer sind nur bei flach geneigten Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Bei allen Gebäudetypen sind vorhandene, nachgewiesene oder sonstige Dacheindeckungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes bei Erneuerung zulässig. Die Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.



Falzziegeldeckung



Biberschwanz-Kronendeckung



Schieferdeckung



Biberschwanz-Doppeldeckung

- (4) Sämtliche notwendigen Verblechungen auf dem Dach sind in Zinkblech auszuführen. Wenn aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes ein anderes Material (z.B. Kupfer) nachgewiesen werden kann, ist auch dieses zulässig.
- (5) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind die Abschlussziegel ohne Holzverlattung anzuputzen. Ortgangziegel oder Windleisten aus Zinkblech sind nicht zulässig. Bei anderen Haustypen können auch Windleisten aus Zinkblech von max. 0,10 m Höhe verwendet werden. Diese Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.
- (6) Bei allen Gebäudetypen dürfen traufseitig Dachüberstände nicht mehr als 0,30 m, giebelseitig nicht mehr als 0,08 m in Bezug auf die Fassadenfläche vorspringen. Straßenseitig sind Traufgesimse, -balken oder -kästen auf eine max. Ausladung von 0,10- 0,20 m zu begrenzen. Die Dachkonstruktion inkl. Eindeckung darf die Traufausbildung

nur max. 0,08 m überragen. Soweit im Bestand vorhanden bzw. nachweisbar, ist ein Dachüberstand bis max. 0,60 m zulässig. Bei allen Gebäudetypen sind abweichende Dach- und Gesimsüberstände, die anhand der bauzeitlichen Bestandspläne nachgewiesen werden, zu erhalten bzw. zu rekonstruieren.

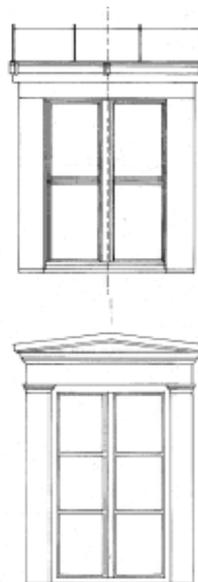


Typischer Traufbereich und Giebelanschluss bei einem Kolonistenhaus

- (7) Dachkehlen sind mit dem Dacheindeckungsmaterial einzudecken oder soweit zu überdecken, dass konstruktiv unvermeidbare Blechverwahrungen nicht mehr sichtbar sind.
- (8) Gaubenkonstruktionen sind mit Fenstern im stehenden Format auszuführen. Die Neigung der Abschleppungen darf bei Einzelgauben max. 7° betragen. Die Ausführung ist als Pult- oder Satteldach in Zink ggf. auch mit anthrazitfarbener Dachpappe zulässig. Bei breiteren Gauben mit Satteldach ist eine Neigung bis max. 12° zulässig. Fledermausgauben sind ausnahmsweise zulässig.
- (9) Gauben sind in Beziehung zu den jeweiligen Fensterachsen der Fassade anzuordnen. Die Summe der Breiten der einzelnen Dachaufbauten darf die Hälfte der Gebäudebreite bzw. des Fassadenabschnittes nicht überschreiten. Abhängig von der Anzahl der Fensterachsen kann die Anordnung über den Fensterachsen, mittig zwischen zwei Fensterachsen oder als eigenständiges System auf der Dachfläche gestattet werden. Dabei ist eine

Ordnung bezogen auf die Dachfläche und/oder die Fassadengliederung einzuhalten. Vor Gauben muss die Dachfläche in einer Breite von mind. 0,90 m durchlaufen. Der Abstand zum First hat das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Gauben sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Sind aus dem Bestand abweichende Maße für die Gauben nachweisbar, so sind die Gauben bei allen Gebäudetypen, entsprechend den überlieferten Plänen oder historischen Fotos zu rekonstruieren.

- (10) Bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Einzelgauben mit einer max. Breite von 1,30 m zulässig. Breitere Gauben sind mit einer max. Breite von 2,00 m zulässig, sofern sie vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Dachgauben als Einzelgauben mit einer Ansichtsfläche bis 2,50 m² zulässig. Eine Gaube mit zwei bis drei nebeneinanderliegenden Fenstern und einer Gesamtbreite bis max. 3,00 m ist über betonten Fassadenabschnitten im Bereich der Dachfläche zulässig.



Mögliche Gaubenformen bei Eingeschossern

- (11) Die vorderen Ansichtsflächen von Gauben sind als Fenster auszuführen und müssen bei einer Fläche zwischen 0,30 m² und 1,00 m² eine senkrechte Teilung erhalten. Größere Gaubenfenster sind wie die Fenster der Normalgeschosse zu gliedern; ein

Kämpfer ist ab einer Fensterrahmenhöhe von 1,50 m auszubilden. Die Höhe der Gaubenfenster ist in Abhängigkeit von den Proportionen der Gaube festzulegen. Der Fensterrahmen bei Einzelgauben darf bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe eine Höhe von max. 1,30 m und bei allen anderen Gebäuden eine Höhe von max. 1,50 m, bei breiteren Gauben eine Höhe bis zu 2,00 m betragen. Abweichungen sind in Bezug auf Fensterabmessungen und Fensterteilungen bei Fluchtfenstern unter Beachtung der erforderlichen lichten Öffnungsmaße (0,90 m x 1,20 m) zulässig.

- (12) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten ist die äußere Seitenfläche der Gauben mit Holz zu verkleiden. Bei anderen Gebäuden müssen die Seitenwände der Gauben bei keramischer Dacheindeckung mit Holz oder Zinkblech, bei Schiefereindeckung der Dachflächen mit Schiefer oder Zinkblech verkleidet werden. Bei allen Gebäudetypen können die Seitenwände der Gauben auch als Fenster bzw. Festverglasungen ausgebildet werden. Bei allen Gebäudetypen ist die Ausbildung von Gauben als Stahl-Glas-Konstruktion, bestehend aus schlanken Stahlprofilen (sichtbare Konstruktion incl. Flügel max. 0,12 m) mit einem hohen Glasflächenanteil mit seitlicher und/oder oberer Verglasung zulässig. Zusätzliche Aufbauten für außenliegende Verschattungselemente dürfen nicht angebracht werden. Die Ausbildung von Fensterteilungen, insbesondere des Kämpfers ist bei Stahl-Glas-Gauben nicht erforderlich.

- (13) Bei Vorderhäusern sind Dachflächenfenster mit einer Fläche über 0,25 m² nur auf Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind. Der Einbau der Dachflächenfenster muss bündig mit der Dacheindeckung erfolgen. Konstruktionsbedingte Überstände, insbesondere für außenliegende Verschattungselemente etc. sind nicht erlaubt. Dacheinschnitte für Terrassen sind straßenseitig unzulässig. Sie können hofseitig innerhalb der Dachfläche zugelassen werden. Dabei darf der Abstand zum First das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Dachterrassen sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle

Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Abweichend davon können zusätzlich Öffnungen bzw. Fenster gestattet werden, die als notwendiger Dachausstieg bzw. der Entrauchung des Treppenhauses dienen.

- (14) Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, zusammenhängende Firstverglasungen innerhalb der Dachfläche gestattet werden. In begründeten Ausnahmefällen ist die Unterteilung der Firstverglasung zulässig. Die Aneinanderreihung von einzelnen Fensterelementen ist nicht zulässig. Der Einbau ist bündig zur Dacheindeckung bzw. mit max. Überstand von 0,10 m herzustellen. Die Verglasung darf eine max. Höhe von 1,50 m bezogen auf die geneigte Dachfläche nicht überschreiten. Der seitliche Abstand zu Dachrandbreiten, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss mind. 1,25 m betragen.



Beispiel für eine Firstverglasung

- (15) Technisch notwendige Dachaufbauten sind auf der vom öffentlichen Verkehrsraum und von öffentlichen Grünflächen abgewandten Gebäudeseite anzuordnen. Sie dürfen das Erscheinungsbild des jeweiligen Gebäudes nicht mehr als unvermeidbar beeinflussen. Die Schornsteinköpfe der Kolonistenhäuser sind zu erhalten.

- (16) Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) sind abweichend von Absatz 3 zulässig, sofern sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Für die Anlagen gilt: Die Oberflächen sollen matt und nicht reflektierend sein. Auf Dachflächen über 15° Dachneigung muss eine technisch notwendige konstruktive Aufständigung pa-

rallel zur Dachfläche erfolgen. Auf Dachflächen mit einer Dachneigung weniger als 15° kann die technisch notwendige konstruktive Aufständering auch mit einem Anstellwinkel größer als 15° gestattet werden. Bei Flachdächern können abweichend davon Ausnahmen zugelassen werden. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind entsprechend den Regelungen in Absatz 14 (Firstverglasungen) Anlagen zur Energiegewinnung gestattet werden. Die Festlegungen gelten auch für Neubauten. Ausnahmen sind für innovative Lösungen von Anlagen zur Energiegewinnung möglich (beispielsweise Solarziegel), wenn sich diese in Form, Größe, Materialität, Gestaltung und in den Proportionen in die städtebauliche Eigenart der Umgebung einfügen.

§ 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen

- (1) Die Anbringung von Markisen an der Fassade ist straßenseitig nur bei Schaufenstern im Erdgeschoss zulässig.
- (2) Die Markisen sind als bewegliche Markisen auszuführen. Die Halterungen, Konstruktionen und Verwahrungen von Markisen dürfen bei geschlossenem Zustand der Markise nicht über das äußere Maß der Fassadengliederungen hinausragen.
- (3) Markisen sind als Einzelmarkisen bezogen auf die jeweilige Breite des Schaufensters bzw. der Schaufenstergliederung auszubilden. Durchlaufende Markisen über mehrere Fenster- bzw. Türachsen sind nicht zulässig. Der Ladeneingang und ein unmittelbar benachbartes Schaufenster können mit einer Markise überdacht werden, wenn Eingang und Schaufenster eine gestalterische Einheit bilden.
- (4) Markisen dürfen die Fassadengliederung nicht unterbrechen. Die Markise ist in der Form des Sturzes auszuführen. Korbmarkisen sind nur möglich, wenn vorherrschende Gestaltungselemente wie z.B. ein Rundbogenfenster diese Markisenform erfordern.



zu (1) bis (5) Zulässige Anordnung von Markisen: Durch Einzelmarkisen wird die Gliederung der Fassade aufgenommen.

- (5) Hinweis: Markisen, Überdachungen etc., die mit Werbung versehen sind, unterliegen der jeweils aktuellen Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam und sind erlaubnispflichtig.
- (6) Überdachungen die dem Sonnen- bzw. Witterungsschutz dienen sind nur als freistehende oder mobile Konstruktionen zulässig. Als Überdachung gelten Sonnenschirme, Sonnensegel, freistehende Markisenanlagen, Zelte und Pavillons etc. Abweichungen sind in Paragraph 9 geregelt.
- (7) Pro Einzelhandels- bzw. Gastronomiebetrieb ist nur eine Art/Typ Überdachung bzgl. Form, Material, Größe und Farbe zulässig. Freistehende Überdachungen dürfen nur direkt über der Nutzungsfläche aufgestellt werden. So genannte Ampelschirme sind nicht zulässig.
- (8) Bei der Materialwahl der Überdachungen ist die Bespannung nur in textilem Material in gedeckten Farben zulässig. Bei der Farbgestaltung der Überdachungen sind grelle Farben unzulässig. Folien aller Art sind unzulässig. Fremdwerbung auf den Überdachungen ist unzulässig. Eine dezente Eigenwerbung am Randbereich der Überdachung kann zugelassen werden.
- (9) Überdachungen dürfen eine max. Höhe im geöffneten Zustand von 3,00 m nicht überschreiten. Überdachungen dürfen eine max. Kantenlänge bzw. einen Durchmesser von 4,00 m nicht überschreiten.
- (10) Für eine Überdachung darf nur die öffentliche Fläche in Anspruch genommen werden, die der Breite der Straßenfront des dazugehörigen Einzelhandels- bzw.

Gastronomiebetriebes entspricht.

- (11) An Überdachungen, ebenso wie an Vordächern, Balkonen, etc. dürfen keine Waren aufgehängt werden.
- (12) Überdachungen dürfen nur in Bodenhülsen befestigt werden. Ortsfeste Verankerungen (Bodenhülsen etc.) sind nur unter Berücksichtigung stadtgestalterischer, tief- bautechnischer und verkehrlicher Belange zulässig. In Bereichen, in denen es nicht möglich ist, Bodenhülsen für Überdachungen in den Boden einzulassen (Untertunnelung, oberflächennahe Ver- und Entsorgungsleitungen, Fundamente, Kellerdecken etc.) dürfen ausnahmsweise mobile Befestigungen/Schirmständer verwendet werden.
- (13) Fensterläden und Fensterkästen sind zu erhalten. Bei Erneuerung sind sowohl Fensterläden, als auch Fensterkästen baugleich bzw. in Anlehnung an die nachgewiesenen Muster zu rekonstruieren. Nach der im Geltungsbereich weit verbreiteten Ausführung sind die Scharniere der Fensterläden am äußeren Holzrahmen des Holzkastenfensters soweit vorhanden, ohne seitlichen Abstand anzubringen.



Klappläden mit Leibungskästen an einem Kolonistenhaus

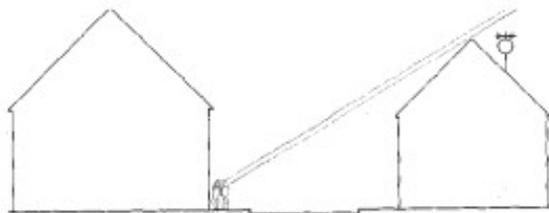
- (14) Rollläden für Fenster, die vom öffentlichen Raum aus sichtbar sind, sind ausschließlich in Holz zulässig. Rollläden für Schaufenster sind in Holz oder Leichtmetall auszuführen.
- (15) Vom öffentlichen Raum aus sichtbare Rollläden müssen mind. 0,10 m hinter der Fassadenebene liegen und dürfen im geöffneten Zustand nicht sichtbar sein. Der nachträgliche Einbau von Rollläden darf die Dimension oder Proportion des Fensters nicht verändern. Außenliegende aufgesetzte Rollladenkästen sind nicht zu-

lässig. Laufschiene sind so im Putz bzw. Mauerwerk einzulassen, dass die straßen- und giebelseitig nicht sichtbar sind. Die Schürzen sind, soweit vorhanden, zu erhalten.



Beispiel für Rollläden an einem Gründerzeitgebäude

- (16) Sonnenschutzanlagen an den Fenstern können straßenseitig als Holzjalousetten oder Stoffbahnen, hofseitig auch in Leichtmetall ausgeführt werden.
- (17) Rollläden der Fenster bzw. Sonnenschutzanlagen müssen auf der gesamten Fassade bzw. den Fassadenabschnitten farbig einheitlich und baugleich ausgeführt werden. Rollladenkästen und Sonnenschutzanlagen dürfen nicht außenliegend angebracht werden, sondern müssen innerhalb der Fensteröffnungen liegen.
- (18) Vordächer, Kragdächer oder andere den Zusammenhang zwischen den Geschossen unterbrechende Bauglieder sind nicht zulässig. Ausnahmen bestehen bei der Überdachung des rückwärtigen bzw. Hofeinganges mit einem Kragdach.
- (19) Antennen- und Satellitenempfangsanlagen, nachfolgend Antennen genannt, sind als Unterdachantenne auszuführen, sofern dies die örtliche Empfangssituation und die Konstruktion des Dachraumes zulassen. Bei notwendiger äußerer Anbringung ist bei Flachdächern ein Standort im rückwärtigen Viertel der Dachfläche und bei geneigten Dachflächen ein Standort auf der zur erschließenden Straße abgewandten Seite der Dachfläche zu wählen. Bei geneigten Dachflächen darf die Antenne nicht mehr als 1,00 m über den höchsten Punkt der Dachfläche hinausragen. Die Anordnung von Antennen an Fassaden oder Balkonen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, sowie Antennen im Bereich von Vorgärten sind nicht zulässig.



Hofseitige Anordnung von Antennen, um das Stadtbild nicht zu beeinträchtigen

- (20) Kabel, Befestigungen, Leitungen, Rohre und dergleichen sind auf straßenseitigen und seitlichen Dach-, Fassaden- oder sonstigen Außenwandflächen nicht zulässig. Ausnahmen bestehen für Sicherheitsleitern auf Dachflächen, für Dachrinnen und Fallrohre sowie für Schneefanggitter.

§ 8 Außenanlagen, Nebenanlagen, Garagen, Carports und Einfriedungen

- (1) Vom Straßenraum sichtbare Garagen sind ausschließlich aus Mauerwerk oder Beton mit Glattputz zulässig.
- (2) Carports, Fahrradabstellanlagen einschließlich ihrer Überdachungen sowie Garten- und Gerätehäuser dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (3) Einfriedungen und Einhausungen von Abfallbehältern und Müllcontainern dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (4) Briefkästen und Klingelanlagen können in Holzlattenzäune und Mauern bündig integriert werden. Die Integration in schmiedeeiserne Zäune ist nicht möglich.



Briefkastenanlage in Holzzaun integriert

- (5) Straßenseitige Einfriedungen sind als

blickdichte Holzlattenzäune bzw. -tore, in Sichtmauerwerk bzw. verputztem Mauerwerk in Verbindung mit Holzlattentoren oder als metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinkern oder Beton auszuführen. Die Verwendung von Stacheldraht, Maschendraht oder Stabmattenzäunen als sichtbare Eingrenzung ist nicht zulässig.

- (6) Holzlattenzäune und Mauern sind in einer Höhe bis maximal 1,80 m auszuführen. Metallene Einfriedungen dürfen straßenseitig eine mittlere Höhe bis zu 1,40 m aufweisen. Diese Festlegung gilt nicht, soweit es sich um die Rekonstruktion von Einfriedungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes handelt.
- (7) Vorgärten sind mit offenen Zäunen (metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinker oder Beton) einzufrieden.
- (8) Straßenseitige Grundstückseinfriedungen sind direkt an die Grundstücksgrenze zu setzen und dürfen nicht eingerückt auf dem Grundstück angeordnet werden.



Beispiel für einen Staketenzaun

III. Regelungen zum Verfahren

§ 9 Abweichungen

- (1) Abweichungen sind zulässig zu den Festlegungen der §§ 3, 4, 5, 6, 7 und 8.
- (2) Abweichungen sind schriftlich zu beantragen und zu begründen
- (3) Abweichungen werden genehmigt, wenn sie aus Gründen des Brandschutzes, der Barrierefreiheit oder anderen rechtlichen Anforderungen erforderlich sind.

- (4) Bei Neubauten werden Abweichungen hinsichtlich der Materialien von Bauteilen und Gebäudeteilen genehmigt, wenn sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind.
- (5) Die Abweichung ist zu genehmigen, wenn städtebaulich gleichwertige Lösungen beantragt sind, welche hinsichtlich des verwendeten Materials und des Erscheinungsbilds ortstypisch sind und sich einfügen oder auf Grundlage von denkmalpflegerischen Befunden.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 85 Abs. 1 Nr. 1 BbgBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- entgegen den Anforderungen in § 3 Fassadengliederungen ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen § 3 Balkone, Erker, Loggien oder Zwerchhäuser errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 4 Fassaden, Tore, Türen und Fenster farbig gestaltet;
- entgegen den Anforderungen in § 5 Fenster und Türen erneuert, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 6 Dacheindeckungen mit anderen Materialien vornimmt bzw. Dachausbauten errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 7 Sicht- und Sonnenschutzelemente ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 8 Vorgartengestaltungen und Einfriedungen errichtet, ändert oder beseitigt.

Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 85 Abs. 3 BbgBO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

§ 11 In-Kraft-Treten

- (1) Die Gestaltungssatzung tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

IV. Erläuterungen

Zum Rechtscharakter der Satzung.

Es handelt sich um eine Satzung zur Regelung der äußeren Gestaltung baulicher und anderer Anlagen nach § 87 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 BbgBO.

Zu § 1 Räumlicher Geltungsbereich

Das Geltungsgebiet wird durch eine große Gebäudeanzahl geprägt, welche

mehrheitlich vor dem Jahre 1914 errichtet wurden. Einige Bauten stammen aus der Zeit um 1920-1930, nach 1990 wurden auch eine große Anzahl Neubauten errichtet.

Mit den Gestalterischen Sanierungszielen, welche seit 1999 gelten, wurde die historisch geprägte Stadtanlage mit der Folge von Straßen und Plätzen behutsam saniert und erhalten. Aufgrund dieser Tatsache und zur Sicherung der erreichten hohen Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität im Geltungsbereich werden mit der Gestaltungssatzung umfangreiche fachliche und gestalterische Hilfestellungen für zukünftige Bau- und Sanierungsmaßnahmen gegeben.

Die Festlegungen beziehen sich auf alle Veränderungen an bestehenden Gebäuden, um die bestehenden und schützenswerten städtebaulichen, architektonischen und gestalterischen Strukturen zu bewahren.

Bei Neubauten sollen die Festlegungen eine Einordnung in die Umgebung absichern.

Zur differenzierten Betrachtung werden drei Gebäudetypen unterschieden, die jeweils charakteristische Merkmale aufweisen und denen im weiteren jeweils bestimmte städtebauliche und architektonische Anforderungen zu ihrem Erhalt zugewiesen werden:

Eingeschossener sind überwiegend:

- Eingeschossige Kolonistenhäuser des 18. Jahrhundert
- Zweigeschossige Kolonistenhäuser des 19. Jahrhundert (Sekundärbauten)

Zweigeschossener sind überwiegend:

- Zweigeschossige Bauten ohne Drempelgeschoss
- Zweigeschossige Bauten mit Drempelgeschoss und reichhaltigem Schmuck

Mehrgeschosser sind überwiegend:

- Drei- bis viergeschossige Bauten aus der Gründerzeit oder dem Jugendstil überwiegend mit Schmuckelementen, Balkonen und Erkern.

Zu § 2 Sachlicher Geltungsreich

Zu § 2 (1) und (2)

Die Brandenburgische Bauordnung ermöglicht es nicht, in einer örtlichen Bauvorschrift eine Genehmigungspflicht für Vorhaben einzuführen, die nach § 61 BbgBO baugenehmigungsfrei sind. Es wird darauf hingewiesen, dass auch eine Erhaltungssatzung besteht, so dass diverse baugenehmigungsfreie Vorhaben der Genehmigungspflicht nach § 172 BauGB unterliegen.

Viele kleine Änderungen die Auswirkungen auf das städtebauliche Erscheinungsbild der Gebäude haben, sind baugenehmigungsfrei. So sind beispielsweise nach § 61 Abs. 11 BbgBO die Änderung von Fenstern und Türen, die Verkleidung, die Verblendung, der Verputz und der Anstrich baulicher Anlagen, die Errichtung oder Änderung von Bauteilen, die nicht tragend, aussteifend oder raumabschließend sein müssen und der Einbau liegender Dachflächenfenster baugenehmigungsfrei.

Zu § 2 (3), (4) und (5)

Dies dient zur Vermeidung von Unklarheiten und Konflikten zwischen unterschiedlichen Satzungen und Rechtsgebieten. Es wird damit auch klargestellt, dass nach § 61 BbgBO baugenehmigungsfreie Vorhaben ggf. nach §§ 144 und 172 BauGB genehmigungspflichtig sein können.

Zu § 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper

Grundsätzlich richtet sich die Zulässigkeit von Vorbauten wie Balkonen nach dem Bauplanungsrecht in Verbindung mit dem Bauordnungsrecht. Hier wird nur deren gestalterische Ausführung geregelt.

Zu § 3 (1)

Die gliedernden oder schmückenden Fassadendetails wie Putz- oder Stuckvorlagen, Gewände, Lisenen, Putznuten, Sichtmauerwerk und dgl. sind für die bestehenden Gebäude und Ensemble bestimmend. Sie tragen zur Ausprägung des „regional typi-

schen“ Erscheinungsbildes bei und sind aus der Fassadenstruktur heraus entwickelt worden. Ihre Erhaltung ist deshalb unbedingt erforderlich. Ihre Rekonstruktion ist wünschenswert, sofern anhand von Fotografien oder Zeichnungen der Zustand der Entstehungszeit (vgl. § 2) nachgewiesen werden kann.

Zu § 3 (2)

Die Abgrenzung der Fassade vom Dach durch ein Traufgesims, -balken oder -kasten bestimmt das Erscheinungsbild des Gebäudes. Dieses prägende Merkmal ist zu erhalten. Die Anbringung eines Giebelgesimses ist nicht möglich, da es ein für diese Region untypisches Gestaltungsmittel darstellt.

Zu § 3 (3)

Die gliedernden oder schmückenden Fassadendetails wie Putz- oder Stuckvorlagen, Gewände, Lisenen, Putznuten, Sichtmauerwerk, Gesimse und dgl. sind für die bestehenden Gebäude und Ensemble bestimmend. Sie tragen zur Ausprägung des „regional typischen“ Erscheinungsbildes bei und sind aus der Fassadenstruktur heraus entwickelt worden. Diese prägenden Merkmale sind zu erhalten und sollen nicht durch bauzeituntypische zusätzliche Vor- oder Kragdächer überdeckt oder gestört werden.

Zu § 3 (4)

Unter Drempeel wird der über das Niveau des Dachfußbodens hinausragende Teil der Umfassungswände eines Gebäudes verstanden. Die Dachkonstruktion liegt in der Regel beim hölzernen Dachstuhl auf diesen Umfassungswänden auf. Bei der Ausbildung des Drempeels ist die maßgebliche Festlegung abgeleitet aus den in diesem Gebiet vorherrschenden Bauten des 18./19. Jahrhunderts. Durch ein zu hohes Drempeelmaß zur max. Ausnutzung des Dachgeschosses ergeben sich zu hohe Traufsprünge, wodurch die Proportionen der Straßenfassaden nachteilig verändert würden. Bei Neubauten kann zudem die Ensemblewirkung beeinträchtigt werden.

Zu § 3 (5)

Balkonüberdachungen sind nicht charakteristisch für das Geltungsgebiet. Balkonüberdachungen als zusätzliches Element (bei Neubauten) müssen sich der Fassadengliederung unterordnen. Das neue Bauteil ist als Stahl-Glas-Konstruktion mit schlanken Profilen bei minimaler Konstruktionshöhe auszuführen.

Zu § 3 (6)

Die Zulässigkeit von Balkonen insgesamt sowie deren Größe beurteilt sich nach dem

Bauplanungsrecht.

Zu § 3 (6) bis (9)

Balkone und Erker wurden in der Entstehungszeit (vgl. § 2) im Zusammenhang mit der geplanten Fassadengliederung angeordnet. Sie sind für das jeweilige Gebäude prägend. Ihre Erhaltung bzw. Wiederherstellung ist deshalb im Sinne der Stadtbildpflege erforderlich.

Dasselbe gilt für Zwerchhäuser (unmittelbar auf der Traufe aufsitzender geschosshoher Dacherker in Fassadenflucht mit quer zum First des Haupthauses verlaufendem First). Eine nachträgliche Anbringung von Balkonen, Erkern oder Zwerchhäusern steht der beabsichtigten Erhaltung der gestalterischen Einheit entgegen.

Zu § 3 (8)

Die Festsetzung sorgt dafür, dass sich Erker besser an die Fassade des jeweiligen Gebäudes anpassen. Als Normalgeschoss ist hier ein oberirdisches Geschoss zu verstehen, welches sich mit seiner Deckenoberkante unterhalb der Traufe befindet.

Zu § 3 (9)

Durch die Festlegung wird gewährleistet, dass sich Zwerchhäuser bei Neubauten an die das Ortsbild prägende Anordnung von Zwerchhäusern anpassen.

Zu § 3 (10)

Freitreppen sind kein charakteristisches Element im Geltungsgebiet. Bei mehrgeschossigen Gebäuden mit herausgezogenem Kellergeschoss erfolgt die Erschließung überwiegend über die Anordnung von Stufen im Gebäudeinneren (Flur).

Zu § 4 Fassadenmaterialien und –farben

Zu § 4 (1)

Die Entscheidungen für bestimmte Putz- oder Materialstrukturen sind in der Vergangenheit immer gestalterische Vorgaben in Zusammenhang mit den gestalterischen und architektonischen Gesamtwirkungen der Gebäude gewesen. Die Erhaltung oder Rekonstruktion ist im Sinne der Stadtbildpflege des Gebietes und zur Bewahrung seines Erscheinungsbildes erforderlich. Sofern keine besonderen Strukturen oder Materialien verwendet wurden, erhielten die Gebäude einen glatten Außenputz. Diese Oberfläche bestimmt das Erscheinungsbild. Rau- oder Kratzputzfassa-

den stammen meist aus jüngerer Zeit. Diese Oberflächenstrukturen sind den Gebäuden und der Gebietstypik nicht angemessen. Sie ergeben auch Veränderungen des Licht-Schatten-Spiels an der Fassade. Verblend- und Sichtmauerwerk repräsentieren eigenständige gestalterische Qualitäten und wurden auch in der Vergangenheit als Alternative zur glatt geputzten Fassade angewendet. Dagegen sind Imitationen ausgeschlossen.

Zu § 4 (2)

Fassadenverkleidungen verfremden die Fassaden, wenn die Plastizität und die Gliederung der Fassaden überdeckt werden. Derartige Fassadenverkleidungen sind nicht kennzeichnend für das Stadtbild und stehen der Erhaltung des Stadtbildes entgegen. Sie müssen dann so gestaltet sein, dass die Ursprüngliche Fassadenstruktur erhalten bleibt und sich die Fassaden gestalterisch einfügen.

Zu § 4 (3)

Die Gebäude wurden in der Vergangenheit meist mit einem Sockel errichtet. Die Gliederung Sockel-Fassade-Dach ist prägend und auch künftig zu erhalten. Bei Gebäuden, deren Proportionen durch zu hohe Sockel gestört sind bzw. bei Materialien, die für diesen Bautyp unüblich waren, wird die Veränderung im Rahmen von Fassadenarbeiten empfohlen. Der sichtbare Gebäudesockel sollte die tatsächliche Sockelhöhe (Maß zwischen Oberkante Gelände bzw. Fußweg und Oberkante des Erdgeschossfußbodens) nicht überschreiten. Ausnahmen bilden die Kolonistenhäuser, bei denen eine Sockelausbildung aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) nicht nachweisbar ist, sowie Neubauten, bei denen die architektonische Gestaltung einen Sockel nicht vorsieht.

Zu § 4 (4)

Im Bestand sind überwiegend gemauerte Ziegelsteinsockel oder Glattputzsockel vorzufinden. Der Einsatz von Materialien mit glänzender, metallischer oder glasierter Oberfläche würde das Erscheinungsbild verfremden und den Straßenraum massiv verändern. Die Betonung von Fassadenabschnitten durch auffällige Materialien ist nicht im Sinne des historischen Erscheinungsbildes des Gebiets.

Zu § 4 (5)

Prägend für den Geltungsbereich sind Putz- oder Klinkerfassaden mit matter Oberfläche. Neubauten haben sich dahingehend in das Ortsbild einzufügen.

Zu § 4 (6)

Die Gestaltung der Fensterbänke steht in direktem Zusammenhang mit den Fenstertypen und somit der Fassadengestaltung. Maßgeblich ist die Erfüllung ihrer Funktion als technisch bedingtes Bauelement. Modernistische Lösungen, z.B. industriell gefertigte Kunststeinelemente und beschichtete Aluminiumprofile stehen nicht im Einklang mit den baugeschichtlich nachgewiesenen Formen und Materialien.

Zu § 4 (7)

Eingänge unterstreichen die Gliederung der Fassaden, unterteilen und gestalten zudem die Erdgeschosszone. Maßgeblich ist die Wahrung der Proportionen von Treppenlauf, Brüstung bzw. Geländer, Stufenbreite und Treppenpodest im Verhältnis zur Fassade. Ein wohlgestalteter Haupteingang unterstreicht die Ausgewogenheit einer Fassade. Diese Gestaltungsregelung gilt auch für rückwärtig erschlossene Gebäudetypen.

Zu § 4 (8)

Die farbige Gestaltung ist eine traditionelle Möglichkeit der äußeren Gestaltung von Fassaden und wurde auch im Geltungsgebiet dieser Gestaltungssatzung im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Materialien (Pigmente, Erdfarben und Bindemittel, Kalk bzw. Kasein) ausgeführt.

Hierin begründen sich die Festlegungen des Farbspektrums. Die farbige Differenzierung ist eine für diesen Ort charakteristische praktizierte Form der farbigen Gestaltung. Ziel ist, die Ensemblewirkung der Gebäude zu wahren und nicht das Einzelhaus aus dem Zusammenhang herausgelöst zu gestalten.

Zu § 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen

Zu § 5 (1)

Größe und Format der Fenster sind von der Bauweise und den verwendeten Materialien abhängig. Mit dem gemauerten Sturz konnten nur bestimmte Öffnungsbreiten überspannt werden. Die Fensterhöhe wurde bestimmt in Abhängigkeit von Raumhöhe, Nutzung und Fassadengestaltung. Über Jahrhunderte prägte das Fenster im stehenden Format die Fassaden. Aus diesem Grund betreffen die Festlegungen sowohl den Erhalt der für diesen Ort charakteristischen Anordnung und des Formates bei bestehenden Gebäuden als auch die Ausführung bei Neubauten.

Zu § 5 (2)

Bei Kolonistenhäusern und Sekundarbauten wurde ein Giebelöffnungssystem angewandt, welches abgesehen von der Belichtung der Dachgeschossräume bestimmend für die äußere Gestaltung des Gebäudes war. Bei Mehrgeschossern sind Giebelöffnungen untypisch und im Gebiet nicht vertreten.

Zu § 5 (3)

Französische Fenster: Fensteröffnungen, die bis zum Fußboden herabreichen, wobei die nach der geltenden Bauordnung geforderte Brüstungshöhe durch andere Vorrichtungen wie z.B. Geländer gewährleistet sein muss. Die rückseitige Zulässigkeit ermöglicht eine Aufwertung der Gebäude- und Wohnqualität. Die Festlegung bezüglich der Anzahl der Achsen gewährleistet den architektonischen Zusammenhang. Auswirkungen auf die städtebauliche Erscheinung des Gebäudes im öffentlichen Raum treten nicht auf, sofern die Hoffassaden bzw. Nebengebäude nicht oder kaum vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind. Bei Neubauten bestehen bei Berücksichtigung der Festlegungen und Beachtung der Proportionen der Fassaden keine Bedenken.

Anstelle von Balkonen ermöglichen französische Fenster eine adäquate Belichtung und Belüftung der Wohnräume.

Zu § 5 (4)

Zur Anpassung an das vorherrschende Fensterformat sollen die Fensterformate in vorgegebener Weise beschränkt werden.

Zu § 5 (5)

Bündig mit der Fassade angeordnete Fenster sind traditionell bei Fachwerk- und Speicher Gebäuden zu finden. Diese sind jedoch für Potsdam-Babelsberg untypisch. Beim Mauerwerksbau wurde das Fenster mit einem Anschlag versehen und hinter der Fassadenflucht zurückgesetzt angeordnet. Es entsteht die typische Fensterleibung sowie die Wechselwirkung von Licht und Schatten. Dieses charakteristische Erscheinungsbild ist im Sinne der Stadtbildpflege zu erhalten.

Zu § 5 (6) und (7)

Fensterteilungen und -proportionen sowie Zierelemente sind bei Altbaufenstern unverzichtbare und wesentliche Bestandteile der Fassadengestaltung. Sie spiegeln die Gestaltidee der Gesamtfassade wider. Die Teilung orientiert sich traditionell am „Goldenen Schnitt“. Dieser sollte auch bei neuen Fenstern berücksichtigt werden. Gleichzeitig sind die Fenster Beispiel handwerklichen Könnens

und Gestaltwillens. Traditionelles Material ist Holz, in unseren Breiten meist Kiefern- oder Eichenholz. Die Eigenschaften des Materials sowie handwerklich anspruchsvolle Verarbeitung haben über Jahrhunderte einen besonderen Gestaltreichtum und eine besondere Feingliedrigkeit bei gleichzeitiger Langlebigkeit geschaffen. Bis heute können schlanke Profile sowie die plastische Ornamentierung vieler bestehender Fenster originalgetreu nur in Holz hergestellt werden. Fensteröffnungen wurden in der Regel durch Kämpfer, Pfosten bzw. Stulp und Sprossen gegliedert. Diese Gliederungen entsprachen einerseits der Gesamtgestaltung der Fassade und andererseits waren sie Ausdruck der technischen Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang stehen auch die in der Regel vorhandenen Fensterläden bei ein- bzw. zweigeschossigen Gebäudetypen. Von diesem Gestaltungswillen abweichende Veränderungen an den Gebäuden beeinträchtigen das Erscheinungsbild. Dies betrifft auch die Nichtgliederung oder konstruktiv nicht nachvollziehbare Scheingliederung durch innenliegende oder zwischen den Scheiben angeordnete Sprossen.

Zu § 5 (8)

Die Festlegungen zur Gliederung, Form und Profilierung dienen der Bewahrung der gestalterischen Einheit des Gebäudes. Die angegebenen Maße für Rahmen, Pfosten/Stulp, Kämpfer und Sprossen resultieren aus der Analyse der Bestandsfenster. Das Ziel der Gebäudeplanung mit allen Detaillösungen ist die gestalterische und architektonische Einheit aller Gebäudeteile. Sichtbare Regenschienen beeinflussen das Erscheinungsbild, da ursprünglich Wetterschenkel verwendet wurden.

Zu § 5 (9)

Verspiegelte bzw. getönte Scheiben verändern erheblich die Gestalt des gesamten Gebäudes. Klarglasscheiben bleiben zurückhaltend in der Wirkung. Farbige Gläser sind bei Treppenhäuserfenstern und Eingangstüren recht häufig anzutreffen; sie sollen auch nur hier Verwendung finden. Ornament- oder Bleiverglasung sind kirchlichen oder öffentlichen Bauten vorbehalten bzw. als verspiegelte Gläser und Glasbausteine ein stilistisches Mittel moderner Architektur.

Zu § 5 (10)

Wintergärten unterliegen den gleichen gestalterischen Anforderungen wie andere Gestaltungselemente der Fassade. Sie dürfen die Ausgewogenheit des gesamten Gebäudekom-

plexes nicht zerstören. Im Bestand sind sie zumeist nur durch einen massiven Eingriff in die Bausubstanz umsetzbar. Ihre Zulässigkeit beschränkt sich daher auf Fassaden, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind.

Zu § 5 (11) und (12)

Sonderformate finden sich in der Regel bei Fenstern der Treppenhäuser sowie der Keller. Sowohl Treppenhaus- als auch Kellerfenster bilden einen wesentlichen Bestandteil der Fassadengliederung und spiegeln die Nutzung anhand der Aufteilung durch glasteilende Elemente wie Sprossen oder kleine, zu öffnende Flügel oder durch ihre Schlichtheit im Bereich des Untergeschosses wider. Kellerlichtschächte sind im öffentlichen Straßenland vom Straßenbaulastträger nicht erwünscht.

Zu § 5 (13)

Derartige Fensterbänder sind für das Gebiet nicht charakteristisch. Sie würden das Erscheinungsbild des Ensembles insgesamt verändern.

Zu § 5 (14)

Die Türen wurden immer in Übereinstimmung mit der Fassade und den anderen Bauteilen gestaltet und in Holz sowie in geringem Umfang auch in Stahl ausgeführt. Der hohe Aufwand und die Sorgfalt, auch bei der Detailgestaltung, sind noch heute bei Türen und Toren zu erkennen.

Zu § 5 (15)

Derartige Verglasungen stehen der angestrebten Erhaltung des charakteristischen

Erscheinungsbildes entgegen. Anhand von Fotos oder Zeichnungen nachgewiesene oder aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) erhaltene Farb- o- der/und Ornamentverglasungen können rekonstruiert oder erhalten werden.

Zu § 5 (16)

Diese Ausführung wird festgelegt, damit keine von der gebietstypischen Struktur abweichenden Ausführungen (z.B. Rolltore) verwendet werden können.

Zu § 5 (17)

Im Geltungsgebiet sind Schaufensteranlagen in den Obergeschossen nicht vorhanden. Die ausreichende Belichtung ist über „normale“ Fenster gegeben. Zur Wahrung vorhandener Fassadengliederungen ist daher der Einbau von Schaufensteranlagen in Obergeschossen nicht zulässig. Das querliegende Rechteck als Schaufensterformat widerspricht bei bestehenden Gebäuden der übergeordneten Fas-

sadenstruktur. Bei Neubauten ist dieses Format ausgeschlossen, da durch Abweichung von den ausgeprägten Strukturen und Proportionen des Stadtbildes eine Beeinträchtigung auftritt. Die genannten Ausnahmen sind zulässig, da sie sich in dieser Art und Weise als Gesamtlösung in die Fassadenstruktur einordnen.

Zu § 5 (18) bis (21)

Als Bestandteil der Fassade müssen sich Schaufenster der übergeordneten, durch die bestehenden Gebäude geprägten städtebaulich-architektonischen Gliederung anpassen. Mit den Festlegungen wird gewährleistet, dass Schaufenster eine Gliederung erhalten. Besonders bei großformatigen Schaufenstern, die z.B. zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeordnet wurden, muss deren gestalterische Detail- und Gesamtbildung ablesbar bleiben. Bezüge zur Fassade, zum Gebäude und zum städtebaulichen Raum müssen beachtet werden. Ungegliederte Schaufenster können zu unmaßstäblichen Gestaltungen führen (sog. „Aufreißen“ des Erdgeschosses). Der Einbau von Schaufenstern bündig mit der Außenfassade entspricht nicht der diesen Ort kennzeichnenden Ausführung und ist daher nur im Falle des baugeschichtlichen Nachweises, nicht jedoch bei späteren Um- oder Erweiterungsbauten zulässig. Die Festlegung der Pfeilerbreite begründet sich in den gängigen Mauerwerksmaßen. Die Schaufenstergliederung muss erfolgen, damit die Kleinteiligkeit und Proportion des Schaufensters in Bezug auf die Gesamtfassade gewahrt bleibt.

Zu § 5 (22)

Maßgeblich für diese Regelungen sind in erster Linie die unterschiedlichen Gebäudetypen und die vorherrschenden Gebäudehöhen im Geltungsbereich. Aus verschiedenen Gründen müssen Ladeneingangsstufen häufig zurückgesetzt werden. Die Festlegung soll großflächige und überproportionale Öffnungen verhindern, die aus der Fassadenebene hervor oder zurückspringen.

Zu § 5 (23)

Für die Fensterfarbigkeit standen historisch nur Farbtöne zur Verfügung, die in Verbindung mit organischen Bindemitteln zu deckenden Anstrichen verarbeitet wurden. Die Fenster des gesamten Gebäudes erhielten einen gleichfarbigen Anstrich. Dies unterstreicht die gestalterische Gesamtwirkung der Fassade. Der Nutzungswechsel zwischen dem Erdgeschoss und den Obergeschossen kann durch unterschiedliche Farbigkeit verdeutlicht werden. Fenster-

läden sind die historische Möglichkeit zur Fenstersicherung. Sie sind dazu ein Gestaltungselement, das die Fassade gliedert. Die regionale und zeittypische, auch farbliche Gestaltung von Fensterläden trägt im Zusammenwirken mit den Fenstern und Türen zum spezifischen Ortsbild bei. Die Farbigkeit der Hauseingangstüren und -tore wurde in der Vergangenheit so ausgeführt, dass die Materialtypik berücksichtigt wurde. Dies bedeutet, dass in der Regel dunkle Farbtöne oder Bierlasuren verwendet wurden, bei denen die Holzstruktur erhalten blieb.

Zu § 6 Dächer und Dachfenster

Zu § 6 (1) und (2)

Mit dieser Festlegung wird ein wesentliches Gestaltungsmerkmal von Gebäuden so bestimmt, dass keine Verfremdung der Gebäudeform auftritt. Die unterschiedlichen Trauf- und Firsthöhen ermöglichen häufig die gleichzeitige Wahrnehmung von zwei oder mehr Dachflächen. Sichtbare unterschiedliche Neigungswinkel der Dächer ergeben eine vom charakteristischen Erscheinungsbild dieses Ortes abweichende Dachlandschaft.

Zu § 6 (3)

Die Dacheindeckung erfolgte in der Vergangenheit mit in der Umgebung produzierten Dachsteinen. Dadurch prägten sie in Form und Farbe das regionale Erscheinungsbild der Dachlandschaft. Vorherrschend waren ziegelrote, selten dunklere (rotbraune) Tondachsteine. Diese Strukturen gilt es zu erhalten. Mit den Festlegungen wird ein Rahmen vorgegeben, der für neue Dachformen mit entsprechenden Eindeckungsmöglichkeiten offen ist. Sofern tradi-

tionelle Dachformen ausgeführt werden, muss auch die Dacheindeckung traditionell sein.

Zu § 6 (4)

Regenschutzanlagen sind traditionell im Gebiet in Zinkblech vorhanden. Die Ausführung in Kupfer war aufgrund der höheren Kosten früher den öffentlichen oder sakralen Bauten vorbehalten. Neuere Materialien, z.B. industriell vorgefertigtes Aluminium, erzeugen eine andere optische Wirkung, welche sich nicht in die traditionelle, durch Handwerkskunst geprägte Gestaltung des Gebietes einfügen.

Zu § 6 (5)

Ortgangziegel sind ein fremdes Baudetail in einem Umfeld, das durch traditionelle Detaillö-

sungen geprägt ist. Anstelle einer Abdeckung erfolgte bei niedrigen Gebäuden der Anschluss durch Anputzen, bei höheren Gebäuden zum Teil durch eine Zinkabdeckung. Durch die Verwendung von Ortgangsteinen und Verblendungen wie Zinkverwahrungen, Holzverschalungen usw. würde die Giebelansicht in einer für diese Bebauung untypischen Art und Weise verändert.

Zu § 6 (6)

Dachüberstände bestimmen wesentlich das äußere Erscheinungsbild eines Gebäudes. Das Maß wird entsprechend der Gebäudehöhen zur Wahrung der Proportionen der Fassade ausgebildet. Bei der Mehrzahl der Gebäude sind straßen- und hofseitig Dachüberstände von bis zu 0,30 m die Regel, giebelseitig hingegen gab es keine Überstände, die Anschlüsse an die Dachziegel wurden geputzt. Kennzeichnend ist der horizontale Verlauf der Traufkante, Versprünge der Traufhöhen innerhalb der Fassadenabschnitte sind bei Ein- und Zweigeschossern unüblich. Vereinzelt sind bei aufwändig gestalteten Mehrgeschossern größere Überstände im Bereich von Erkern bzw. Balkonen vorzufinden.

Zu § 6 (7)

Blechverwahrungen sind abhängig von der gewählten Dacheindeckung in der Regel konstruktiv zwingend erforderlich. Die konstruktiven Erfordernisse müssen jedoch immer in Übereinstimmung mit gestalterischen Anforderungen realisiert werden.

Zu § 6 (8)

An bestehenden Gebäuden sind oft Gauben vorhanden. Die bestimmende äußere Form ist das stehende Format. Abschleppungen, die über das konstruktiv notwendige Maß zur Wasserableitung hinausgehen oder andere Formen, wie z.B. Walm- oder Fledermausgauben, sind für das Geltungsgebiet nicht charakteristisch; soweit im Bestand vorhanden, sind diese Sonderformen jedoch zu erhalten.

Zu § 6 (9) und (10)

Die gestalterische und architektonische Einheit des Gebäudes ist die Voraussetzung für die Zulässigkeit von Gauben. Dementsprechend sind Gauben in Übereinstimmung mit der Fassadengliederung anzuordnen. Die max. zulässige Breite der Gauben ist abhängig von den Gebäudeproportionen und dem Gebäudetyp, insbesondere von Geschossigkeit, Gebäudebreite und Anzahl der Fensterachsen.

Eine Breitenreduzierung erfolgt, um dem

Eindruck eines zusätzlichen Geschosses entgegenzuwirken. Insgesamt muss sich das Dachgeschoss in seiner Wertigkeit den Normalgeschossen unterordnen. Der vorgeschriebene Abstand der Gauben zur Traufe entspricht in der Regel drei Reihen Dachziegel. Die Festlegungen zur Größe orientieren sich an örtlichen Traditionen und gewährleisten, dass die gewachsene Dachlandschaft auch bei einem Dachausbau, erhalten bleibt. Bei Dachkonstruktionen der vorhandenen Mansarddächer sind Abweichungen zur Festlegung erlaubt, sofern Aufbauten geringere Traufabstände erfordern.

Zu § 6 (11)

Die gestalterische Gesamtwirkung des Gebäudes ist übergeordnet. Dieser Forderung muss auch bei Detaillösungen entsprochen werden. Dies trifft in gleichem Maße auf Gaubenfenster zu.

Zu § 6 (12)

Die zulässige Gestaltung der Seitenwände von Gauben entspricht den traditionellen Möglichkeiten.

Glas als moderne Version hat sich bewährt, da damit besonders filigrane und elegante Gaubenkonstruktionen ermöglicht werden. Gauben als Stahl-Glas-Konstruktionen setzen sich als modernes architektonisches Element von den Bestandsgebäuden ab, überlagern jedoch nicht die vorhandene Dachstruktur. Durch die filigrane Bauweise der Gauben werden sie bewusst als sichtbar neues Bauteil abgesetzt, jedoch gleichermaßen in die vorhandene Dachlandschaft integriert, ohne störenden Einfluss zu nehmen. Schlanke Stahlprofile mit hohem Glasanteil ermöglichen eine optimale Belichtung der Dachgeschosse bei geringem Eingriff in die Gestaltung des Gebäudes. Im Vergleich zu herkömmlichen Gauben, die als schwere konstruktive Aufbauten wirken, stellen sie eine behutsame Lösung und eine Bereicherung der Formen bei größtmöglicher Belichtung der Wohnräume dar.

Zu § 6 (13)

Dachflächenfenster mit einer Fläche über 0,25 m² und Dacheinschnitte unterbrechen die typischen, geschlossenen Dachflächen und weichen vom Erscheinungsbild bestehender Gebäudetypen ab. Alle vom öffentlichen Straßenraum einsehbaren Bereiche werden durch solche Veränderungen der Dachlandschaften negativ beeinträchtigt. In Hofbereichen und bei Dachflächen von Mehrgeschossern, die vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sind, bestehen diese Beeinträchtigungen des städtebaulichen Raumes nicht in diesem Maß. Die Straßenräume sind oftmals

zu eng, als dass die Dachflächen höherer Gebäude einsehbar sind. Hier stellen Dachflächenfenster mitunter eine geringere Beeinträchtigung als Gauben dar. Somit kann in diesen Fällen sowohl hofseitig als auch bei drei und mehr Geschossen straßenseitig der Belichtung Vorzug gegenüber gestalterischen Aspekten eingeräumt und damit die Nutzung der Dachräume abgesichert werden.

Zu § 6 (14)

Firstverglasungen stellen eine weitere Möglichkeit dar, Nutzungen zuzulassen, die besondere Anforderungen an die Belichtung stellen. Moderne Grundrisslösungen, die eine Erweiterung der Räume ermöglichen, können durch direktes Tageslicht deutlich aufgewertet werden. Die Bereicherung des Innenraums ist jedoch sorgsam auf die Auswirkungen auf das gesamte Erscheinungsbild des Gebäudes bzw. der angrenzenden Bebauung zu überprüfen.

Zu § 6 (15)

Nutzungsänderungen, wachsende Ansprüche an Komfort oder technische Neuerungen bringen unter Umständen neue Formen in das Stadtbild. Eine Beeinflussung liegt vor, falls diese Maßnahmen von den im Ort charakteristischen Strukturen und Maßverhältnissen, Formen oder Farben des Gebäudes oder Ensembles abweichen. Schornsteine aus gelben Ziegelsteinen bestimmten die Dachlandschaft, da das Material aus umliegenden Tongruben gewonnen und in umliegenden Ziegeleien gebrannt wurde. Vereinzelt sind auch Schornsteine aus roten Ziegelsteinen, hauptsächlich bei Mehrgeschossern aus dem 19. und 20. Jahrhundert, vorzufinden. Abweichungen im Erscheinungsbild, hervorgerufen durch veränderte Farben, Formen oder Proportionen beeinträchtigen das traditionelle Erscheinungsbild.

Zu § 6 (16)

Der räumliche Geltungsbereich der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord ist aus städtebaulicher Sicht ein sehr sensibles Gebiet, welches durch die Erhaltungssatzung und in überwiegenden Bereichen auch durch die Denkmalbereichssatzung geschützt und in seiner städtebaulichen Eigenart zu bewahren ist. Dazu gehören auch die Dachlandschaften, welche größtenteils durch rote Dachziegel geprägt sind. Die Dachflächen sind ein wesentliches Gestaltungsmerkmal der Gebäude, daher sollen diese zumindest in den vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Bereichen, als möglichst geschlossene Flächen mit einem einheitlichen Dachdeckungsmaterial und frei

von störenden Dachaufbauten wahrnehmbar bleiben. In den Bereichen der Dächer, welche vom öffentlichen Straßenraum nicht sichtbar sind, soll es aber die Möglichkeit geben Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) zu installieren. Die Energieeinsparverordnung bietet in sensiblen Gebieten (Sanierungsgebiet bzw. Denkmalbereich) die Möglichkeit Ausnahmen von der Einhaltung der Energieeinsparverordnung zuzulassen. Damit hat auch der Gesetzgeber im Sinne einer Abwägung zwischen den Zielen des Klimaschutzes und dem Schutz der historischen Gestaltung städtebaulich sensibler Gebiete wie Babelsberg Nord Rechnung getragen.

Die Beurteilungskriterien für Firstverglasungen im Bestand und bei Neubauten im Geltungsgebiet (vgl. Begründung zu Absatz 14) gelten in übertragenem Sinne gleichermaßen für Anlagen zur Energiegewinnung, d.h. auch bei Planung und Realisierung von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen. Demnach können bei Drei- und Mehrgeschossern auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, Anlagen zur Energiegewinnung innerhalb der Dachfläche gestattet werden, wenn die Festlegungen in Absatz 14 (Firstverglasungen) eingehalten werden.

Die Festlegungen in Absatz 16 gelten auch für Neubauten. Künftige innovative technische Entwicklungen bei Anlagen zur Energiegewinnung, wie beispielsweise Solarziegel, sollen bei den Abwägungen berücksichtigt werden. Sofern sich diese innovativen Anlagen zur Energiegewinnung im Hinblick auf Form, Größe, Materialität, Gestaltung und in den Proportionen in die Dachflächen und die städtebauliche Eigenart der Umgebung einfügen, sollen unter Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes Ausnahmen auch für die vom öffentlichen Straßenraum einsehbaren Dachflächen möglich sein.

Zu § 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen

Zu § 7 (1) bis (5)

Markisen sind zusätzlich an der Fassade angebrachte Gestaltungselemente, die in dieser Region nicht signifikant für die Entstehungszeit (vgl. § 2) der Gebäude waren, sondern eine Entwicklung neuerer Zeit darstellen. Die ursprüngliche Funktion eines aufrollbaren Sonnendaches wird zunehmend durch die Funktion des Werbeträgers für unterschiedliche Nutzungen ersetzt. Markisen sind in Form, Farbe und Ausführung der Struktur, der Gliederung und der Gestaltung der Gebäude und Straßenräume anzupassen und unterzuordnen. Ihre Anordnung und Gestaltung ist so zu wählen, dass die Beeinträchtigung der städtebaulichen, architektonischen und gestalterischen Wirkung von Gebäude und Straßenraum reduziert wird. Gezielt eingesetzt können Markisen neben der Akzentuierung bestimmter Nutzungen (z.B. Straßencafés, Restaurants usw.) zur Belebung des Straßenraums und zur Gestaltung von Plätzen beitragen.

Zu § 7 (6) bis (12)

Überdachungen (Sonnenschirme, Sonnensegel usw.) erfüllen zum Schutz der Waren vor Sonneneinstrahlung oder zur Verschattung gastronomisch genutzter Freiflächen eine wichtige Funktion. Überdachungen können bei gehäuften und in Form und Farbe vielgestaltigem Erscheinungsbild das Straßenbild erheblich beeinflussen. Überdachungen dürfen daher das Stadtbild bezüglich der Zahl und Gestalt nicht dominieren und die Maßgeblichkeit der Haus- und

Straßenstruktur nicht beeinträchtigen. Überdachungen sind nur im Zusammenhang mit Außenmobiliar und Waren auslagen zu verwenden. Gestalt und Farbe der Überdachungen müssen innerhalb eines Betriebs einheitlich sein. Sie sind so anzuordnen, dass sie den Eindruck eines geschlossenen Daches vermeiden. Überdachungen sind stets in betriebssicherem und intaktem Zustand zu halten. Die Benutzung dieser Elemente für zusätzliche, z.T. grelle Werbung trägt außerdem zu einer Überfrachtung des Straßen- und Platzraumes bei. Der Ausschluss greller Farben und die Beschränkung der Breiten- und Tiefenausdehnung von Überdachungen zielen auf eine dezente Erscheinung, die eine deutliche Präsenz ermöglicht ohne in Konkurrenz zu

den vielfach historischen Gebäudefassaden zu treten. Die Frage, ob und in welcher Form Werbung auf einer Überdachung zulässig ist, richtet sich nach der Werbesetzung.

Zu § 7 (13)

Fensterläden sind die historische Möglichkeit zur Fenstersicherung. Sie sind ein Gestaltungselement, das die Fassade gliedert. Die regionale und zeittypische Gestaltung von Fensterläden trägt im Zusammenwirken mit den Fenstern und Türen zum spezifischen Ortsbild bei.

Zu § 7 (14) bis (17)

Das Verhältnis von Wandfläche und Fensteröffnung sowie die Fassadenplastizität tragen wesentlich zur Ausprägung des Erscheinungsbildes des Ortes bei. Die Plastizität und die Proportion der Fenster werden durch von Rollläden oder Sonnenschutzanlagen verdeckte Leibungen und Öffnungen beeinträchtigt. Durch farblich einheitlich und baugleich ausgeführte Rollläden und Sonnenschutzanlagen wird die Gesamtgestaltung der Fassade unterstützt. Schürzen als gestalterisches Element sind für dieses Gebiet kennzeichnend, jedoch nur noch vereinzelt vorhanden. Der Erhalt wird dringend empfohlen. Sonnenschutzanlagen in Form von Holzjalousetten sind im Gebiet typisch gewesen, jedoch im Zuge von Sanierungsmaßnahmen oftmals ersatzlos entfernt worden. Dem immer stärker werdenden Bedürfnis und Erfordernis nach einem angemessenen sommerlichen Wärmeschutz entsprechend, werden diese typischen Bauteile ebenso zugelassen wie moderne Versionen, z.B. aus Stoff. Stoffelemente sind filigran und lassen sich, im Farbton der Fassade ausgeführt, gut kaschieren und ordnen sich somit der Gesamtgestaltung der Fassade unter. Hofseitig sind auch Sonnenschutzelemente aus Leichtmetall zulässig. Dieses für das Gebiet eigentlich untypische Material beeinträchtigt das städtebauliche Gesamterscheinungsbild hofseitig nicht so stark.

Zu § 7 (18)

Vordächer, Kragdächer und dgl. sind zusätzlich angeordnete Elemente. Sie trennen die Geschosse voneinander, überdecken Bauteile oder unterbrechen Bezugslinien. Sie fügen sich nicht in die Struktur, Gliederung und Gestaltung der Gebäude und Straßenräume ein. Damit stehen sie der Erhaltung der architektonisch-gestalterischen Gesamtwirkung entgegen. Rückseitige Eingangsüberdachungen haben keine Auswirkungen auf das städtebauliche Erscheinungsbild.

Zu § 7 (19)

Antennen sind im Zuge des wachsenden Informationsbedürfnisses notwendig. Seit mehreren Jahrzehnten beeinträchtigen sie besonders die Dachlandschaft bzw. zunehmend die Straßenfassaden der Innenstädte. Auch ihre Anordnung erfolgte vielfach ohne Rücksicht auf das Stadtbild. Durch die Festlegungen soll das Stadtbild vor weiterer Verunstaltung geschützt werden.

Zu § 7 (20) bis (21)

Derartige Installationen beeinträchtigen das Erscheinungsbild.

Zu § 8 Außenanlagen, Nebenanlage, Garagen, Carports und Einfriedungen

Zu § 8 (1)

Mauerwerk ist das typische Material älterer Garagen. Garagen aus Beton sind auch zulässig, da man sie, bei einem entsprechenden Verputzen nicht von gemauerten Garagen unterscheiden kann. Garagen aus Metall oder anderen Materialien sind untypisch und sollen nicht vom öffentlich Raum aus sichtbar sein.

Zu § 8 (2)

Es soll vermieden werden, dass die gestalterisch zumeist wenig ansprechenden Kunststoffelemente verwendet werden.

Zu § 8 (3)

Sichtbar auf den Grundstücken stehende Müllbehälter beeinträchtigen das Erscheinungsbild. Da sie erforderlich sind, kann man sie nur optisch durch Begrünungen oder Einhausungen verstecken.

Zu § 8 (4)

Je nach Farbe, Größe und Anbringungsort können auch Briefkasten- und Klingelanlagen das Erscheinungsbild eines Gebäudes oder Grundstücks stören. Mit den Vorgaben wird dies soweit wie möglich reduziert.

Zu § 8 (5) und (6)

Die privaten Freiflächen sollen öffentliche Freiflächen nicht nur funktionell, sondern auch optisch ergänzen. Die Art der Einfriedung muss deshalb standortgerecht sein. Damit werden sie als bauliche Anlagen zum Bestandteil des Stadtbildes. Die zulässigen Ausführungen werden durch das Erscheinungsbild der vorhandenen ortstypischen Einfriedungen bestimmt. Diese wurden im formalen und gestalterischen Zusammenhang mit der Bebauung eingeordnet. Die

Festlegungen der Höhe der Einfriedungen gewährleistet, dass die städtebauliche Struktur und die Freiraumgestaltung in der typischen Form erlebbar bleibt und durch Einfriedungen keine neuen von der vorherrschenden städtebaulichen Struktur abweichenden Raumkanten gebildet werden. Vorgärten sollen vom öffentlichen Raum erlebbar sein, daher wird die Art der Einfriedung als offene Einfriedung und die Höhe vorgegeben. Abgesehen von den Einfriedungen der Vorgärten sind die Grundstücke im Gebiet hauptsächlich durch Mauern und Holzlattenzäune eingefriedet. Diese typischen Einfriedungen sollen auch weiterhin erhalten bleiben, bzw. fortgeführt werden. Bei der Herstellung von Einfriedungen ist darüber hinaus auch das Nachbarrechtsgesetz des Landes Brandenburg zu beachten. Hecken sind als Einfriedungen auch zulässig. Da es sich bei Hecken aber nicht um bauliche Anlagen handelt, dürfen diese Mangels Rechtsgrundlage nicht in einer Gestaltungssatzung geregelt werden.

Zu § 8 (5)

Die Vorgärten mit den schmiedeeisernen Einzäunungen gehören zu den gebietsbestimmenden Gestaltungsmerkmalen, sie prägen nicht nur den öffentlichen Straßenraum, sondern sind auch Bestandteil der gründerzeitlichen Bebauungsstruktur.

Zu § 8 (6)

Das Einrücken von Grundstückseinfriedungen verfälscht die historische Parzellenstruktur und somit die Trennung von öffentlichen und privaten Flächen und stört dadurch den Gebietscharakter in nicht vertretbarem Maße.

Zu § 9 Abweichungen

Zu § 9 (1) bis (3)

Damit wird die Möglichkeit der Realisierung innovativer Lösungen sowie die Entwicklung neuer Planungs- und Gestaltungsansätze eingeräumt. Befreiungen können unter Berücksichtigung einer erhaltenden Stadterneuerung und im Interesse der Stadtbildpflege zulässig sein.

Zu § 9 (4)

Für Bauteile und Gebäudeteile, die weniger sichtbar sind, wird die Möglichkeit eröffnet, alternative Materialien zu verwenden.

Rechtsgrundlagen:

Brandenburgische Bauordnung vom 15.

November 2018 (GVBl. I/18, Nr. 39).

Abwägungsvorschlag zu den Stellungnahmen der Öffentlichkeit zum Entwurf der Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ (29.11.2018) im Rahmen der Beteiligung gemäß § 87 Abs. 8 Satz 3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO).

Die öffentliche Auslegung der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord fand gemäß § 87 Abs. 8 Satz 3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) im Zeitraum vom 04.02.2019 bis einschließlich 08.03.2019 im Bereich Stadterneuerung der Landeshauptstadt Potsdam statt. Während der Beteiligung wurde der Öffentlichkeit die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben. Ergänzend wurde der Entwurf der Gestaltungssatzung in das Internet eingestellt.

Während der Auslegungsfrist sind insgesamt 6 Stellungnahmen von Personen eingegangen, wovon 5 Stellungnahmen von betroffenen Grundstückseigentümern sind.

Folgende Stellungnahmen mit Anregungen und / oder Hinweisen wurden von der Öffentlichkeit angegeben:

(Die Texte geben die Originalstimmungen wieder, wurden aber zur besseren Les- und Erfassbarkeit neu geordnet und gekürzt.)

Bürger	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
Person 1 06.03.2019	<p>Unter § 6 Dächer und Dachfenster ist unter Absatz (16) "Anlagen zur Energiegewinnung" beschrieben, dass diese nur auf Dachflächen, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbaren Bereichen und in bündiger Anordnung zulässig sind.</p> <p>Dies widerspricht den gesetzlichen Forderungen zur EEWärmeG und EnEV, in der gefordert wird, dass nennenswerte Anteile des Endenergiebedarfs durch regenerative Anteile zu decken sind. Diese Anforderungen werden in Zukunft weiter steigen und sind mit dem hier vorliegenden Entwurf der Gestaltungssatzung nicht umsetzbar.</p> <p>Bei Dächern, deren Südseite zur Straße ausgerichtet ist, müssen diese Anlagen auf dieser Dachfläche montiert werden, da sie auf der Nordseite keinen Ertrag bringen.</p> <p>Weiterhin hat unsere Bundesregierung das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren. Dies ist im Privaten Wohnungsbau ausschließlich durch Solaranlagen (thermisch oder/und elektrisch) realisierbar. Hierfür müssen die Anlagen auf der Südseite der Dächer montiert werden.</p> <p>Eine Dachintegration ist technisch teilweise möglich, jedoch nicht mit allen Anlagen. So lassen sich zum Beispiel Röhrenkollektoren, die einen hohen Wirkungsgrad haben und daher zukünftig bevorzugt eingesetzt werden, nicht in</p>	<p>Die Hinweise werden aufgenommen. Es erfolgt <u>eine</u> Änderung der Gestaltungssatzung.</p> <p>Der § 6, Abs. 16 wird wie folgt konkretisiert: Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) sind abweichend von Absatz 3 zulässig, sofern sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Für Anlagen zur Energiegewinnung gilt: Die Oberflächen sollen matt und nicht reflektierend sein. Auf Dachflächen über 15° Dachneigung muss eine technisch notwendige konstruktive Aufständigung parallel zur Dachfläche erfolgen. Auf Dachflächen mit einer Dachneigung weniger als 15° kann die technisch notwendige konstruktive Aufständigung auch mit einem Anstellwinkel größer als 15° gestattet werden. Bei Flachdächern können abweichend davon Ausnahmen zugelassen werden. Bei Zwei- und Mehrgeschossern können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind entsprechend den Regelungen in Absatz 14 (Firstverglasungen) Anlagen zur Energiegewinnung gestattet werden. Die Festlegungen gelten auch für Neubauten. Ausnahmen sind für innovative Lösungen von Anlagen zur Energiegewinnung möglich (beispielsweise Solarziegel), wenn sich diese in Form, Größe, Materialität, Gestaltung und in</p>

Bürger	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>das Dach integrieren sondern müssen auf die Dachfläche aufgesetzt werden. Durch die Integration werden weiterhin notwendige Flächen verloren, da für die erforderlichen Verblechungen der Integration weniger Montageflächen zur Verfügung steht.</p> <p>Die in der Gestaltungssatzung aufgestellten Forderungen verstoßen somit gegen geltendes Recht sowie gegen die Ziele der Bundesregierung.</p> <p>Weiterhin sollten alle Teile der Bevölkerung bedacht sein, die Klimaerwärmung nicht mit zusätzlicher CO2 Emission voranzutreiben. Dies darf jedoch nicht durch selbst gemachte Regeln der Kommunen behindert werden, was in der hier vorliegenden Gestaltungssatzung der Fall ist. Um die Klimaziele zu erreichen, werden wir zukünftig nicht nur die Dächer mit Solaranlagen belegen sondern auch an Südfassaden entsprechende Anlagen montieren müssen. Ansonsten ist diese Forderung nicht erfüllbar.</p> <p>Als Bewohner in Babelsberg sehe ich den Erfolg der Sanierung entsprechend den Sanierungszielen des Sanierungsgebiet mit Freude und schätze die Lebensqualität durch die gelungene Umsetzung der Sanierungsziele sehr. Allerdings möchte ich auch für meine Kinder noch eine lebenswerte Umwelt erhalten und sehe es daher als unerlässlich, die Forderungen aus den Klimazielen umzusetzen. Hierfür sind zukünftig umfangreiche Solaranlagen (Photovoltaik und Solarthermie) auch im Wohnungsbau und der Sanierung erforderlich.</p>	<p>den Proportionen in die städtebauliche Eigenart der Umgebung einfügen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der räumliche Geltungsbereich der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord ist aus städtebaulicher Sicht ein sehr sensibles Gebiet, welches durch die Erhaltungssatzung und in überwiegenden Bereichen auch durch die Denkmalschutzsatzung geschützt und in seiner städtebaulichen Eigenart zu bewahren ist. Dazu gehören auch die Dachlandschaften, welche größtenteils durch rote Dachziegel geprägt sind. Die Dachflächen sind ein wesentliches Gestaltungsmerkmal der Gebäude, daher sollen diese zumindest in den vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Bereichen, als möglichst geschlossene Flächen mit einem einheitlichen Dachdeckungs-material und frei von störenden Dachaufbauten wahrnehmbar bleiben. In den Bereichen der Dächer, welche vom öffentlichen Straßenraum nicht sichtbar sind, soll es aber die Möglichkeit geben Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) zu installieren. Die Energieeinsparverordnung bietet in sensiblen Gebieten (Sanierungsgebiet bzw. Denkmalbereich) die Möglichkeit Ausnahmen von der Einhaltung der Energieeinsparverordnung zuzulassen. Damit hat auch der Gesetzgeber im Sinne einer Abwägung zwischen den Zielen des Klimaschutzes und dem Schutz der historischen Gestaltung städtebaulich sensibler Gebiete wie Babelsberg Nord Rechnung getragen.</p>
<p>Person 2 07.03.2019</p>	<p>„Die Gestaltungssatzung stellt die Fortführung der bereits seit 1999 geltenden gestalterischen Sanierungsziele dar“ (Vorwort, S. 4). Dieser Ansatz liegt nahe, greift jedoch aus unserer Sicht zu kurz, auch wenn die deutlichen und sichtbaren Erfolge der Sanierung in Babelsberg von uns als Anwohner sehr begrüßt und u.E. im Grundsatz auch durchaus gesichert werden sollten.</p> <p>Neue Entwicklungen und Selbstverpflichtungen der Landeshauptstadt Potsdam im Bereich des Klimaschutzes, der Energieeffizienz und des Einsatzes Erneuerbarer Energien, z.B. im Rahmen des Masterplanprozesses „100% Kli-</p>	<p>Abwägungsvorschlag gleichlautend wie zur Stellungnahme für Person 1.</p>

Bürger	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>maschutz 2050", sollten aber in der Gestaltungssatzung berücksichtigt werden.</p> <p>Etwas irritierend ist der Terminus „Photovoltaik- oder Solaranlagen“. Auch PV-Anlagen sind Solaranlagen. Gemeint ist wohl „Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen“ (§ 6 Abs. 16).</p> <p>Fragwürdig ist aus unserer Sicht das Ansinnen, solche Anlagen nur im vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbaren Bereich zuzulassen. Die Autoren des Entwurfs befinden sich wohl noch auf dem Stand von 1999 (s.o.) oder früher; sie übersehen möglicherweise, dass es z.B. für PV-Anlagen seit geraumer Zeit ansprechende, gut angepasste, unauffällige und denkmalverträgliche und rechtskonforme Lösungen gibt (z.B. Solardachziegel u.v.m.). Ein Blick in die Fachliteratur mag zum Erkenntnisgewinn beitragen (sehr anschaulich z.B. die Publikation „Klimaschutz und Denkmalschutz“ des Deutschen Instituts für Urbanistik). Kompetente Beratung könnte hier Einfluss nehmen und positiv wirken. Gelungene Lösungen sollten dann aber auch sichtbar sein, durchaus auch vom öffentlichen Straßenraum aus.</p> <p>Die Regelungen zu Abweichungen in § 9 des Entwurfs bergen wegen der Anzahl unbestimmter Rechtsbegriffe die Gefahr von Willkürentscheidungen in sich. Jedenfalls sollte in § 9 die grundsätzliche Zulässigkeit von Solaranlagen aufgenommen werden. Die Regelung in § 6 Abs. 14, auf die in den Erläuterungen zu § 6 Abs. 16 (Firstverglasungen) verwiesen wird, erscheint zu restriktiv.</p> <p>Fazit:</p> <p>Der Satzungsentwurf sollte jedenfalls bezüglich der Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien grundlegend überarbeitet werden im Sinne einer generellen Zulässigkeit der Nutzung und ohne zu starke Einschränkung derjenigen Eigentümer und Mieter, die sich den Klimaschutzzielen der Stadt verpflichtet fühlen und helfen, diese zu erreichen.</p>	
<p>Person 3 27.02.2019</p>	<p>Die Gestaltungssatzung Babelsberg -Nord (und gleichlautend auch Süd) enthält in § 6 Abs. 16 eine sehr kurze und sehr einschränkende Regelung zu Solaranlagen, die nicht zeitgemäß ist.</p> <p>1.Worum geht es überhaupt?</p> <p>Unklar ist, was genau gemeint ist. Unterschieden wird gewöhnlich zwischen Photovoltaikanlagen (Solaranlagen zur Stromgewinnung) und Solarthermiean-</p>	<p>Abwägungsvorschlag gleichlautend wie zur Stellungnahme für Person 1.</p>

Bürger	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>lagen (Solaranlagen für Heißwasser und/oder Heizungsunterstützung). Bei den Begriffen "Photovoltaik- oder Solaranlagen") ist m.E. offen, ob mit Solaranlagen lediglich ein weiteres Wort für Photovoltaikanlagen gemeint ist oder zusätzlich auch Solarthermie darunter fällt. Nach dem Wortlaut würde ich nur Photovoltaik erfasst sehen, meine konkrete Erfahrung mit der Anwendung der bisherigen Gestaltungsrichtlinien geht in eine andere Richtung.</p> <p>2. Solarthermie</p> <p>Wenn Potsdam die Klimaziele erreichen möchte, ist es notwendig, zumindest Solarthermieanlagen großzügig zuzulassen. Sie machen nur dort Sinn, wo die Sonne scheint, das ist eben nicht immer die der Straße abgewandte Seite. Wie man z.B. an dem Mietshaus am Goetheplatz sehen kann, stören die Solarthermieelemente auch überhaupt nicht, auch wenn sie zur Straße zeigen und nicht in das Dach eingelassen sind. Bitte nehmen Sie daher auf, dass Solarthermie IMMER zulässig ist und nur im Ausnahmefall untersagt werden kann.</p> <p>3. Photovoltaik</p> <p>Auch die Behandlung der Fotovoltaik ist zu limitierend. Eine Gestaltungssatzung muss sich damit auseinandersetzen, wie sie mehr Fotovoltaik ermöglicht. Es kann nicht sein, dass wir die vielen städtischen bebauten Flächen ungenutzt lassen und immer mehr Solaranlagen in die freie Landschaft legen, wo der Strom erst mühsam zu uns transportiert werden muss. Es muss daher auch in denkmalschutzgeprägten Gegenden möglich sein, Fassadenelemente mit einzubeziehen, Solar –Markisen und -dächer einzubauen oder solare Dachziegel zu verwenden. Hierzu gibt es reichlich Produkte, die harmonisch integriert werden können, siehe z.B. hier: https://www.zolar.de/blog/solardachziegel-vergleich https://www.energie-experten.org/erneuerbare-energien/solarenergie/solaranlage/solarfassade.html</p> <p>Im Hinblick auf die Klimaziele ist auch ein großer Schub an neuen Materialien und Gestaltungen zu erwarten. Die Gestaltungssatzung, die ja sicherlich viele Jahre Bestand haben soll, darf die Nutzung nicht verhindern. Auch hier sollte es umgekehrt so sein, dass Photovoltaikeinsatz grundsätzlich ermöglicht werden sollte. Es ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb Dachelemente, die im Wesentlichen wie Schiefer aussehen, nicht erlaubt sein sollen oder weshalb sonnige Hinterhöfe oder die z.T. sehr hässlichen freistehenden Brandmauern keine Photovoltaikfassaden (oder auch Solarthermiefassaden, s.o.) bekommen dürfen.</p> <p>4. Abweichungen</p>	

Bürger	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>Darüber hinaus muss in der Vorschrift zu den Abweichungen in § 9 Abs. 1 dringend aufgenommen werden, dass Abweichungen auch aus technischen/energetischen Gründen möglich und erforderlich sind. Wenn ich eine neue Solarthermie-Anlage einbaue, liegt dem weder ein architektonisch harmonisches Gesamtkonzept zugrunde, noch nehmen die Gestaltungselemente Bezug zur Umgebung auf. Es handelt sich überhaupt nicht um Gestaltungselemente, sondern schlicht um technische Einrichtungen, die in der heutigen Zeit nötig sind. In § 9 Abs. 3 ist daher auch aufzunehmen, dass Abweichungen jeder Art zu genehmigen sind, wenn dies den städtebaulichen Charakter nicht stört und die Energiebilanz des Gebäudes verbessert.</p> <p>Ich bitte Sie dringend, das Thema erneuerbare Energien in der Stadtentwicklung sachgerecht mit zu berücksichtigen.</p>	
<p>Person 4 21.02.2019</p>	<p>Hiermit erkläre ich meine Bedenken gegen die geplante Gestaltungssatzung für Babelsberg -Nord im Punkt § 6 Abs. 16, weil sich ihre Verfasser überhaupt nicht mit den Möglichkeiten alternativer Energiegewinnung auseinandergesetzt haben. Potsdam ist stolz auf seine wissenschaftlichen Leuchttürme in Klimafragen (PIK und UNI Golm), Solarvereine und Solarfirmen. Doch in der geplanten Gestaltungssatzung für Babelsberg ignorieren seine Stadtentwickler die neuen technischen Möglichkeiten. Kommende Innovationen kalkulieren sie nicht ein. Wie traurig ! Dabei leben in Potsdam mehr Klimaforscher und Solar-spezialisten als im Rest der Republik. Gehen Sie doch bitte auf diese zu, wenn Sie Informationsbedarf haben. Das können Sie sogar mit dem Fahrrad erledigen.</p> <p>Die zur Diskussion stehende Satzung ist eine Gestaltungssatzung. Es geht darum, unser aller Zukunft zu gestalten. Bitte holen Sie dieses Versäumnis nach. Dazu ein paar Anregungen, die ich bei meiner Nachbarin Dr. Annette Geldsetzer aufgelesen habe und mit eigenen Worten noch mal wiederzugeben versuche:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begriffe Was meinen Sie mit "Photovoltaik- oder Solaranlagen"? Fällt auch Solarthermie darunter? 2. Solarthermieanlagen machen nur dort Sinn, wo die Sonne scheint, das ist nicht immer die der Straße abgewandte Seite. Ein positives Beispiel ist das Mietshaus am Goetheplatz. Dort stören die Solarthermieelemente überhaupt nicht, auch wenn sie zur 	<p>Abwägungsvorschlag gleichlautend wie zur Stellungnahme für Person 1.</p>

Bürger	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>Straße zeigen und nicht in das Dach eingelassen sind. Bitte nehmen Sie daher auf, dass Solarthermie IMMER zulässig ist und nur im Ausnahmefall untersagt werden kann.</p> <p>3. Fotovoltaik</p> <p>Die geplante Satzung schränkt die Fotovoltaik viel zu sehr ein. Es ist absurd, immer mehr Solaranlagen in die freie Landschaft zu legen, wo der Strom erst mühsam zu uns transportiert werden muss, während wir die städtischen Flächen ungenutzt lassen, wo der Energiebedarf direkt anfällt. Auch in denkmal-schutzgeprägten Gegenden sollten deshalb Fassadenelemente einbezogen werden können, Solar -Markisen und -dächer oder solare Dachziegel. Hierzu gibt es reichlich Produkte, die harmonisch integriert werden können, siehe z.B. hier: https://www.zolar.de/blog/solardachziegel-vergleich https://www.energie-experten.org/erneuerbare-energien/solarenergie/solaranlage/solarfassade.html</p> <p>Im Hinblick auf die Klimaziele ist auch ein großer Schub an neuen Materialien und Gestaltungen zu erwarten. Die Gestaltungssatzung, darf die Nutzung nicht verhindern. Im Gegenteil: Die Gestaltungssatzung soll den Photovoltaikeinsatz erst einmal grundsätzlich erlauben und nur in Ausnahmefällen diese untersagen können.</p> <p>4. Bitte beachten Sie, dass Solarthermie-Anlagen keine Gestaltungselemente sind, sondern schlicht technische Einrichtungen. Sie sind in § 9 Abs. 3 als Abweichung zu genehmigen, wenn dies den städtebaulichen Charakter nicht stört und die Energiebilanz des Gebäudes verbessert. Außerdem müssen Sie in der Vorschrift zu den Abweichungen in § 9 Abs. 1 dringend aufnehmen, dass Abweichungen auch aus technischen/energetischen Gründen möglich und erforderlich sind.</p>	

Bürger	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Person 5 17.02.2019</p>	<p>Potsdam ist Masterplan-Kommune für den Klimaschutz und will nach eigenen Zusagen 100% Klimaschutz bis 2050 (https://www.potsdam.de/...). Ob das erreicht werden kann, wenn in den geplanten Gestaltungssatzungen Solaranlagen auf Südseiten von Hausdächern verboten werden nur weil sie in die Richtung der Straße zeigen (meist aber so hoch sind, dass sie eh keiner sieht), erscheint mir äußerst zweifelhaft und nicht nachvollziehbar. Ich finde Klimaschutz darf nicht in der Priorität hinter schönen Fassaden stehen.</p>	<p>Abwägungsvorschlag gleichlautend wie zur Stellungnahme für Person 1. Person 5 ist von der Gestaltungssatzung nicht betroffen, da sich ihr Grundstück nicht im Geltungsbereich der Satzung befindet.</p>
<p>Person 6 27.02.2019</p>	<p>Der veröffentlichte Entwurf der Gestaltungssatzung verfolgt das Ziel, das für Babelsberg Nord historisch gewachsene und identitätsstiftete Ortsbild zu erhalten. Dies ist insgesamt begrüßenswert. Jedoch gehen die Regelungen an vielen Stellen zu weit und zu tief - zum einen hinsichtlich des Geltungsbereiches und zum anderen auch hinsichtlich der zu engen Eingrenzungen bei Material-, Farb- und Formvorgaben. Nachfolgend einige besonders hervorzuhebende Beispiele:</p> <p><u>§ 1 Geltungsbereich:</u> Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ist nicht nachvollziehbar und erscheint teilweise willkürlich. So ist zum Beispiel der Bereich begrenzt durch die Straßen Alt- Nowawes, Neue Straße, Mühlenstraße und Nuthe-Schnellstraße/ Lärmschutzwand vor allem geprägt durch Neubauten (deren Gestaltung den nachfolgenden Regelungen zuwiderlaufen), dem Gesamtkomplex Oberlinhaus und der angrenzenden Lärmschutzwand, deren Material- und Formgebung bis weit in das Gebiet hineinwirkt und alle nachfolgenden Regelungen der Gestaltungssatzung konterkariert. Es wird daher empfohlen, diesen Bereich aus dem Geltungsbereich der Gestaltungssatzung herauszunehmen und den Verlauf der Begrenzung insgesamt zu überprüfen (weiteres Beispiel: Glasmeisterstraße, Voltastraße). Ebenso wenig ist nachvollziehbar, weshalb die Gestaltungssatzung zum Großteil vollumfänglich auch für Bebauungen in 2. Reihe und für Hofbebauungen gilt. Es sollte überprüft werden, ob diese Bereiche nicht grundsätzlich aus dem Geltungsbereich der Satzung auszuklammern sind. Die in der Gestaltungssatzung formulierten Regelungen sind immer auch Ein-</p>	<p>Zur Kenntnis genommen. Es erfolgt <u>keine</u> Änderung der Gestaltungssatzung. <u>Begründung:</u> Die Abgrenzung des Geltungsbereichs entspricht im Wesentlichen den Grenzen der Erhaltungssatzung und des bisherigen Sanierungsgebiets Babelsberg Nord. Die Gestaltungssatzung soll die bereits seit 1999 geltenden Gestalterischen Sanierungsziele ersetzen und zur Verstetigung der Sanierungsziele dienen. Die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit baulicher Maßnahmen gem. Erhaltungssatzung erfolgte bisher parallel zum Sanierungsrecht auf der Grundlage der Gestalterischen Sanierungsziele, welche als Konkretisierung der Erhaltungssatzung dienen. Nach Aufhebung der Sanierungssatzung, würden die Gestaltungsvorgaben gem. Gestalterischen Sanierungszielen wegfallen und damit die Prüfgrundlage für die Anträge gem. der weiterhin geltenden Erhaltungssatzung. Gleiches gilt für die konkreten baulichen</p>

	<p>griffe in die Eigentumsrechte und müssen jeweils gut begründet sein.</p> <p><u>§ 3 Fassadengliederung und Vorbauten; neue Baukörper: Absätze 2, 3, 5, 7, 8, 10:</u> Die Regelungen sind für Hoffassaden nicht nachvollziehbar — das Stadtbild würde nicht beeinträchtigt, wenn beispielsweise in Höfen Balkone oder Freitreppen aus anderen Materialien gebaut würden.</p>	<p>bzw. gestalterischen Vorgaben für eine Prüfung der Zulässigkeit nach Denkmalrecht. Dazu gehören auch die erkennbaren historischen Parzellenstrukturen und die erhaltene offene Bauweise, welche oftmals die Einsehbarkeit der hofseitigen Fassaden ermöglichen.</p> <p>Bei den Auflagen in den sanierungsrechtlichen Genehmigungen für die Neubauten im benannten Block (Stadthäuser Alte Brauerei, Baugemeinschaft Mühlenstraße, Eckgebäude Neue Straße/Mühlenstr., Neubau Alt Nowawes 30, 30a, 32) wurden die gestalterischen Sanierungsziele berücksichtigt. Insofern läuft deren äußere Gestaltung der Gestaltungssatzung nicht zuwider.</p> <p>Der Gesamtkomplex Oberlin liegt nicht im Geltungsbereich der Gestaltungssatzung. Die Festlegungen der Gestaltungssatzung beziehen sich nur auf Baugrundstücke, nicht auf öffentliches Straßenland (Lärmschutzwand).</p> <p>Die Abgrenzung des Gebiets wurde so gewählt, dass die gebietsspezifischen gestalterischen Absichten umgesetzt werden können. Diese an der Rechtsprechung orientierte Betrachtungsweise hat zu kleinen Abweichungen des Geltungsbereichs der Gestaltungssatzung von der Sanierungssatzung geführt.</p> <p>Gebäude in der 2. Reihe, bzw. Hofbebauungen vom Geltungsbereich auszuklammern würde dazu führen, dass der Geltungsbereich der Satzung nicht mehr hinreichend exakt definierbar wäre.</p> <p>In die Eigentumsrechte wird in dem gesetzlich zulässigen Umfang eingegriffen.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Es erfolgt <u>keine</u> Änderung der Gestaltungssatzung. <u>Begründung:</u> Siehe Begründung zu § 1. Die Materialien für Balkone sind in der Satzung nicht vorge-</p>
--	---	---

	<p>Die Eigentumsrechte werden grundlos massiv eingeschränkt.</p> <p><u>§ 4 Fassadenmaterialien und — Farben, Absätze 2 — 17:</u> Die Regelungen sind insgesamt zu tiefreichend und auch für Hoffassaden oder Bauten in 2. Reihe nicht begründbar — das Stadtbild würde nicht beeinträchtigt, wenn beispielsweise Sockelbereiche abweichend ausgebildet würden. Die Farbmöglichkeiten (8) sind zu eingeschränkt und spiegeln weder das historische noch das gegenwärtige Stadtbild wider. Die Eigentumsrechte werden grundlos eingeschränkt.</p> <p>Die verbleibenden erlaubten Detailausbildungen und Materialien stellen darüber hinaus zumeist die unwirtschaftlicheren und teureren Varianten dar. Dies ist an vielen Stellen nicht zumutbar und angesichts weitestgehend nahezu ge-</p>	<p>geben. Balkoneinfassungen dürfen lt. Satzung als filigrane Stahlgeländer und massive Mauerwerksbrüstungen in der Oberflächengestaltung der Fassade (Putz oder Klinker) ausgeführt werden, da diese Ausführungen gebietstypisch sind. Freitreppen sind mit historischen Materialien wie Naturstein, Ziegeln oder Stahl auszuführen. Im Rahmen dieser Materialvorgaben werden den Eigentümern genügend Gestaltungsspielräume ermöglicht.</p> <p>Die Eigentumsrechte werden hinreichend begründet eingeschränkt.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Es erfolgt <u>keine</u> Änderung der Gestaltungssatzung. <u>Begründung:</u> Siehe Begründung zu § 1. Es bestehen im Rahmen der Satzung hinreichend Alternativen zur Gestaltung, als auch Möglichkeiten für Abweichungen in begründeten Fällen. Andere Arten der Sockelgestaltung, als in der Gestaltungssatzung dargestellt, kommen im Gebiet so gut wie nicht vor. Es wird damit eindeutig eine gebietsspezifische gestalterische Absicht verfolgt, die der Rechtsprechung entspricht. Insgesamt stehen 90 Farbtöne aus einem Spektrum des Natural Color Systems zur Auswahl. Diese Farbtöne ergeben sich aus historischen Befunduntersuchungen von Bestandsgebäuden und finden sich im Geltungsbereich an zahlreichen Gebäuden wieder, da diese Farbtöne auch schon während des gesamten Sanierungsprozesses der letzten 25 Jahre bei den obligatorischen Farbabstimmungen angewandt wurden. Für nicht vom öffentlichen Straßenraum sichtbare Bereiche wurden Lockerungen für Materialien eingeführt.</p> <p>Das Gebiet ist geprägt durch Gebäude mit typischen bauzeitlichen Materialien und Ausführungsdetails in deren Anwendung, welche sich auf die Gestaltung auswirken. Diese Ge-</p>
--	---	--

	<p>staltungsgleicher Alternativen nicht nachvollziehbar. Gegenwärtigen und zukünftigen Material- und Produktentwicklungen wird nicht Rechnung getragen.</p> <p><u>§ 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen, Absätze 4,7,8, 9, 13, 15, 16,17:</u> Auch diese Regelungen sind zu detailliert und einengend. Es ist u.a. weder nachvollziehbar, weshalb die Abmessungen der Fensterprofile derart detailliert festgelegt werden, noch weshalb diese Regelungen auch für straßenabgewandte Fassaden gelten sollen. Die Farbmöglichkeiten (23) sind zu eingeschränkt und spiegeln weder das historische noch das gegenwärtige Stadtbild wider. Die Eigentumsrechte werden grundlos und massiv eingeschränkt. Darüber hinaus werden Umbauten beispielsweise mit dem Ziel einer verbesserten Barrierefreiheit oder zur Energieeinsparung erschwert/ verhindert.</p> <p><u>§ 6 Dächer und Dachfenster:</u> Auch diese Regelungen sind für Hofbebauungen oder Bauten in 2. Reihe nicht nachvollziehbar. Die Integration oder Nachrüstung von Elementen zur Nutzung regenerativer Energien (z. B. Photovoltaik) wird erschwert/ verhindert, Dachausbauten zur Vergrößerung der Wohnflächen ebenso. Dies ist auch für straßenzugewandte Dächer nicht verständlich.</p>	<p>bietstypik ist schützenswert und zu erhalten. Daher sind gebietsuntypische Materialien wie Kunststoffe oder Aluminium ausgeschlossen. Darüber hinaus sind diese Materialien nicht nachhaltig in Bezug auf deren Herstellung und späterer Entsorgung und nicht zwingend wirtschaftlicher als die gebiets-typischen Materialien, wie beispielsweise Holz, Zink, Tonziegel, mineralische Putze oder Klinker.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Es erfolgt <u>keine</u> Änderung der Gestaltungssatzung.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Fassadenansichten der Gebäude im Geltungsbereich sind geprägt von überputzten schmalen Fensterrahmen und schlanken Profilen. Ein typisches Merkmal der Kolonistenhäuser sind die Kastendoppelfenster mit ihren außenliegenden Holzleibungen und Klappläden. Fensterform (stehendes Rechteckformat), dessen Proportionen, die Fensterteilung und die Details der Profile sind charakteristisch und tragen wesentlich zum Erscheinungsbild der Fassaden bei. Gleichzeitig zeugen diese von der Handwerkskunst früherer Generationen. Diese Wirkung bezieht sich nicht ausschließlich auf die Straßenfassaden und die Hofbereiche sind häufig einsichtig. Die Regelungen haben keine Auswirkungen auf die Barrierefreiheit. Kastendoppelfenster bieten gut aufgearbeitet einen hervorragenden Wärme- und Schallschutz ohne den Nachteil der Gefahr der Schimmelbildung, wie dies bei Kunststofffenstern häufig der Fall ist.</p> <p>Zur Kenntnis genommen. Es erfolgt <u>eine</u> Änderung der Gestaltungssatzung.</p> <p><u>Begründung:</u> Abwägungsvorschlag hinsichtlich § 6, Abs. 16 gleichlautend wie zur Stellungnahme für Bürger 1.</p>
--	---	--

	<p><u>§ 8 Außenanlagen und Einfriedungen:</u></p> <p>Die Regelungen laufen insgesamt der im Vorwort formulierten Zielstellung zuwider, dass eine „Standardisierung von Einfriedungen“ zu vermeiden sei. Mit Umsetzung derart eng gefasster Gestaltungsmöglichkeiten würde das Stadtbild Babelsbergs uniform und homogen. Sie entsprechend damit auch weder dem historischen noch dem gegenwärtigen Stadtbild. Die Regelungen sind viel zu detailliert, eng gefasst, erscheinen willkürlich und sind in großen Teilen</p>	<p>Die gestalterischen Festsetzungen sind teilweise danach differenziert, ob es sich um straßenseitig gelegene Gebäude handelt oder ob die Dachflächen vom öffentlichen Raum aus einsehbar sind. Insofern gelten die Regelungen für Hofgebäude und Gebäude in 2. Reihe nicht in dem Umfang, wie für die straßenseitigen Dachflächen.</p> <p>Dachausbauten zur Vergrößerung der Wohnflächen werden durch die Regelungen der Gestaltungssatzung weder verhindert, noch erschwert. Um die Flächenpotentiale der Dachräume für Wohnen nutzbar zu machen besteht die Möglichkeit Gauben und Firstverglasungen einzubauen. Darüber hinaus sind auf Dachflächen, welche vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, Dachflächenfenster bis 0,25 m² zulässig. In Dachflächen die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, ist der Einbau von Dachflächenfenstern über 0,25 m² zulässig.</p> <p>Der räumliche Geltungsbereich der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord ist aus städtebaulicher Sicht ein sehr sensibles Gebiet, welches durch die Erhaltungssatzung und in überwiegenden Bereichen auch durch die Denkmalschutzsatzung geschützt und in seiner städtebaulichen Eigenart zu bewahren ist. Dazu gehören auch die Dachlandschaften, welche größtenteils durch rote Dachziegel geprägt sind. Die Dachflächen sind ein wesentliches Gestaltungsmerkmal der Gebäude, daher sollen diese zumindest in den vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Bereichen, als möglichst geschlossene Flächen mit einem einheitlichen Dachdeckungs-material und frei von störenden Dachaufbauten wahrnehmbar bleiben.</p> <p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es erfolgt <u>keine</u> Änderung der Gestaltungssatzung.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Abgesehen von den Einfriedungen der Vorgärten sind die Grundstücke im Gebiet hauptsächlich durch Mauern und</p>
--	--	--

	<p>überflüssig. Das Stadtbild würde z.B. nicht beeinträchtigt, wenn Briefkästen in schmiedeeiserne Zäune integriert würden oder Holzlattenzäune eine niedriger als 1,80 m wären.</p> <p>Die Beispiele zeigen, dass die Regelungswut offenbar in vollem Umfang zuge schlagen hat. Es entsteht der Eindruck, der Satzungsgeber würde seine individuelle Architekturauffassung allen aufzwingen wollen. Viele der Regelungen sind historisch nicht zu begründen. Das Stadtbild Babelsberg war nie derart uniform und homogen. Immer gab es Heterogenität und Individualismus. Immer gab es Raum für individuelle Gestaltung und Möglichkeiten, zeitgemäße und zukunftsorientierte Bedürfnisse (regenerative Energien, Energieeinsparung, Barrierefreiheit, Schaffung von Wohnraum, Mehr-Generationenwohnen etc.) umzusetzen. Diese Gestaltungssatzung schränkt hier zu sehr ein.</p> <p>Die Umsetzung der vorgesehenen Auflagen wäre zudem mit erheblichen Mehrkosten für die Eigentümer verbunden, da sie im Vergleich zu marktüblichen und bautechnisch gleichwertigen Alternativen fast immer wesentlich teurer sind. Anders als bei denkmalschutzrechtlichen Auflagen können bei Auflagen aus Gestaltungssatzungen keine steuerlichen Vorteile geltend gemacht werden, so dass die Auflagen auch aus wirtschaftlicher Sicht in vielen Fällen nicht zumutbar wären. Die unmittelbar daraus resultierenden Auswirkungen auf die Mietpreise in Babelsberg- Nord scheinen ebenso unberücksichtigt geblieben zu sein.</p> <p>Die vorliegende Regelungsdichte ist auch und insbesondere im Hinblick auf die verfassungsrechtlich gesicherten Eigentumsrechte kritisch zu sehen.</p>	<p>Holzlatenzäune eingefriedet. Diese typischen Einfriedungen sollen auch weiterhin erhalten bleiben, bzw. fortgeführt werden. Die zulässigen Ausführungen werden durch das Erscheinungsbild der vorhandenen ortstypischen Einfriedungen bestimmt. Diese wurden im formalen und gestalterischen Zusammenhang mit der Bebauung eingeordnet. Die Festlegungen der Höhe der Einfriedungen gewährleistet, dass die städtebauliche Struktur und die Freiraumgestaltung in der typischen Form erlebbar bleibt und durch Einfriedungen keine neuen von der vorherrschenden städtebaulichen Struktur abweichenden Raumkanten gebildet werden. Vorgärten sollen vom öffentlichen Raum erlebbar sein, daher wird die Art der Einfriedung als offene Einfriedung und die Höhe einer möglichen Hecke vorgegeben. Je nach Farbe, Größe und Anbringungsort können auch Briefkasten- und Klingelanlagen das Erscheinungsbild eines Gebäudes oder Grundstücks stören. Mit den Vorgaben wird dies soweit wie möglich reduziert.</p> <p>Die Aussage, die Gestaltungsmöglichkeiten würden das Stadtbild Babelsbergs uniform und homogen machen, was nicht dem historischen noch dem gegenwärtigen Stadtbild entsprechen würde, ist falsch. Das historische Stadtbild bestand aus 210 nahezu gleich aussehenden Kolonistenhäusern, die auf Befehl Friedrich II. zwischen 1751 und 1767 errichtet worden sind. Das ursprüngliche Ortsbild war uniform und homogen.</p> <p>Es geht nicht um eine individuelle Architekturauffassung, sondern, sondern um die Umsetzung, bzw. den Erhalt von gestalterischen Elementen von Gebäuden, die an vielen Gebäuden vorhanden sind. Die gestalterischen Anforderungen an die Sockel der Häuser stellen zu über 90 % nur das dar, was schon vorhanden ist. Die angesprochenen marktüblichen Alternativen würden zu einer gestalterischen Überformung des Gebiets führen, die nicht gewünscht ist.</p> <p>Dass die Vorgaben der Gestaltungssatzung teurer wären, als bautechnisch gleichwertige Alternativen, ist eine nicht bewiesene Pauschalisierung. Einige Regelungen der Gestaltungssatzung tragen zur Kosteneinsparung bei, indem sie beispielsweise nicht zwingend erforderliche Balkonüberdachun-</p>
--	--	---

	<p>Eine Überprüfung der Regelungen und des Geltungsbereiches mit dem Ziel der deutlichen Verschlankung erscheint daher notwendig.</p>	<p>gen, Französische Fenster oder Wintergärten beschränken. Solche zusätzlichen Ausstattungsmerkmale von Wohnungen tragen zu überproportionalen Mietsteigerungen bei, nicht die Erhaltung des vorhanden Erscheinungsbildes eines Gebäudes.</p> <p>Die historischen Gestaltelemente sind in der Regel regional aus nachhaltigen Materialien gefertigt und können repariert werden. Sie müssen im Schadensfall nicht komplett ausgetauscht werden, wie dies häufig bei den angeblich bautechnisch gleichwertigen Alternativen der Fall ist.</p>
--	---	---

**Abwägungsvorschlag zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Gestaltungssatzung
„Babelsberg Nord“ (29.02.2018)**

Mit Schreiben vom 21.01.2019 wurden 10 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme zum Entwurf der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord aufgefordert.

Die nachfolgend aufgeführten 2 Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Rückmeldung gegeben:

- Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Denkmalpflege
- Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg

Insgesamt liegen 8 Stellungnahmen vor.

Davon hatten folgende 8 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange keine Anregungen oder Hinweise oder waren in ihren Belangen nicht betroffen:

- Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege/Archäologisches Landesmuseum mit Schreiben vom 28.01.2019
- Landesamt für Umwelt mit Schreiben vom 05.03.2019
- Landesamt für Bauen und Verkehr Außenstelle Cottbus mit Schreiben vom 26.02.2019
- Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit, Regionalbereich West mit Schreiben vom 31.01.2019
- Industrie- und Handelskammer Potsdam mit Schreiben vom 07.03.2019
- Kreishandwerkerschaft Potsdam mit Schreiben vom 04.03.2019
- Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V., Abteilung Landesplanung mit Schreiben vom 25.02.2019
- Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg mit Schreiben vom 01.02.2019

Stellungnahmen mit Anregungen und / oder Hinweisen gaben folgende Fachbereiche ab:

(Die Texte geben die Originalstimmungen wieder, wurden aber zur besseren Les- und Erfassbarkeit neu geordnet und gekürzt.)

Fachbereich/Bereich	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum</p> <p>Abteilung Bodendenkmalpflege/Archäologisches Landesmuseum</p> <p>28.01.2019</p>	<p>Im Bereich des o. g. Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgD-SchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.</p> <p>Nur ca. 100 m südöstlich des Vorhabensbereiches liegt jedoch das Bodendenkmal 2178 (Siedlungen des Neolithikums, der Bronzezeit und der römischen Kaiserzeit). Daher können mit einer hohen Wahrscheinlichkeit während der Bauausführung weitere, noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden.</p> <p><u>Auflage:</u></p> <p>Während der Bauausführung können im gesamten Vorhabensbereich bei Erdarbeiten noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbgD-SchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. ä.) unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11(3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>). Der Veranlasser des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbgDSchG § 7 <3>).</p> <p>Die bauausführenden Firmen sind über diese Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu Ihrer Einhaltung zu verpflichten.</p> <p>Der Beginn der Erdarbeiten ist der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zwei Wochen im Voraus anzuzeigen.</p> <p>Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Be-</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Änderung der Gestaltungssatzung erfolgt nicht.</p> <p>Gem. § 2, Absatz 5 der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord bleiben die Bestimmungen des Denkmalschutzes von dieser Satzung unberührt und entbinden nicht von der Verpflichtung zur Einhaltung der Anforderungen.</p>

Fachbereich/Bereich	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>lange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4), <u>Hinweis:</u> Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.</p>	
<p>Landesamt für Bauen und Verkehr 26.02.2019</p>	<p>Den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren" (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung vom 1. November 2005, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 45, vom 16. November 2005, S. 1058) geprüft.</p> <p><u>Danach bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes gegen die vorliegenden Gestaltungssatzungen „Babelsberg -Nord“ und „Babelsberg -Süd“ der Stadt Potsdam keine Einwände.</u></p> <p>Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Bereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV, werden durch die Planung nicht berührt. Informationen über Planungen der v. g. Verkehrsbereiche, die das Satzungsgebiet betreffen könnten, liegen mir nicht vor.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	<p>Es bestehen keine Einwände.</p>
<p>Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit Arbeitsschutz, Regionalbereich West 31.01.2019</p>	<p>Durch den Erlass der örtlichen Bauvorschriften Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ und „Babelsberg Süd“ werden die Belange des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit, Abt. Arbeitsschutz, nicht berührt. Arbeitsschutzrechtliche Belange ergeben sich erst mit der Planung und Ausführung konkreter Vorhaben. Aus dem Grund wird keine Stellungnahme abgegeben.</p>	<p>Es bestehen keine Einwände.</p>
<p>IHK Potsdam 07.03.2019</p>	<p>Gegen die vorgelegte Planung bestehen zum aktuellen Zeitpunkt keine Bedenken.</p>	<p>Es bestehen keine Einwände.</p>

Fachbereich/Bereich	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
Kreishandwerkerschaft Potsdam 04.03.2019	Keine Bedenken.	Es bestehen keine Einwände.
HBB Handelsverband Berlin- Brandenburg e.V. Abt. Landesplanung 25.02.2019	<p>[...]</p> <p>Zunächst begrüßen wir, dass die seit 1999 geltenden gestalterischen Sanierungsziele überarbeitet und mit der Gestaltungssatzung neu verstetigt werden sollen. Die Stadt Potsdam kann somit auf den Erhalt der Einzigartigkeit von Gebäuden, Plätzen, Straßen, Quartieren im Geltungsbereich Babelsberg Nord Einfluss nehmen, um die Besonderheiten der Gebietskulisse als wesentliche Unterscheidbarkeit zu anderen Stadtgebieten und Geltungsbereichen herauszuarbeiten, zu erhalten und als Kulturgut zu würdigen.</p> <p>Den Hinweis im Vorwort auf die Möglichkeit der Beratung für Bauherren und Architekten vor Einreichen eines Bauantrages sehen wir positiv, um die Komplexität weiterer Vorschriften verstehen und nachvollziehen zu können.</p> <p>Der HBB möchte sich nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen auf den Bereich der Gestaltungsgrundsätze für § 5 Fassadenöffnungen- hier Schaufenster und § 7 Markisen im Geltungsbereich der Gestaltungssatzung beschränken und folgenden Hinweis zu bedenken geben.</p> <p>Eine direkte Beratung mit betroffenen Unternehmern/ Investoren ist zwingend notwendig, um das gegenseitige fachliche Verständnis sowohl für die effektive Ausnutzung von Nutzflächen als auch die Sanierungsziele von Bau- und Gestaltungsmerkmalen, die für das Sanierungsgebiet Babelsberg Nord gelten zu verbessern.</p> <p>Dies betrifft im Handel insbesondere Franchisenehmer, die durch vertragliche Vereinbarungen mit dem Franchisegeber ihrerseits an festgelegte Vorgaben gleichermaßen gebunden sind. Rücksprachen mit betroffenen Mitgliedsunternehmen an anderen Standorten haben bestätigt, dass es in dieser Problematik für den Unternehmer oftmals schwierig ist, sowohl die Vorgaben des Franchisegebers als auch die Festsetzungen der Gestaltungssatzung in vollem Umfang zu berücksichtigen. Oftmals führen zu restriktive Vorgaben in den Satzungen zu Verzögerungen im Bauablauf.</p> <p>Wir empfehlen den Entscheidungsträgern die unmittelbare Begleitung des Unternehmers bereits in der Phase der allgemeinen Anfrage zur Existenzgründung bzw. des Immobilienerwerbes, ihn auf entsprechende Unternehmensausrichtungen hin frühzeitig zu befragen und Lösungsvarianten anzubieten, die beiden Interessenlagen gerecht werden können.</p> <p>Bereits hier sollte auch die Stadt im Interesse der Gewerbetreibenden alle ihr</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Änderung der Gestaltungssatzung erfolgt nicht.</p> <p>Die Stellungnahme enthält Hinweise. Bedenken und Anregungen werden nicht vorgetragen.</p>

Fachbereich/Bereich	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen. <u>Zum Entwurf bestehen keine Einwände.</u> [...]	
Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg 01.02.2019	<p>Auf Grundlage des Denkmalschutzgesetzes, der Denkmalliste des Landes Brandenburg, der Satzung, der Deklaration/ Verwaltungsvereinbarung und sonstiger Bestimmungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz — BbgDSchG) vom 24.05.2004 2. Denkmalliste des Landes Brandenburg 3. Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berlin -Potsdamer Kulturlandschaft, gemäß Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt (World Heritage List) der UNESCO vom 01.01.1991, Verwaltungsbereich Potsdam, Drucksache 96/0361, verabschiedet in der Stadtverordnetenversammlung am 04.09.1996, veröffentlicht 21.11.1996 4. Deklaration über die Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011 5. Verwaltungsvereinbarung zum Abstimmungsverfahren bei Verfahren und Vorhaben innerhalb der Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011 teilen wir Ihnen Folgendes mit: <p>Da Bereiche der Gestattungssatzung „Babelsberg Nord“ aus dem Denkmal Park Babelsberg einsehbar sind, hat die Satzung im einleitenden Abschnitt nach Auffassung der SPSPG als TöB gemäß BauGB und untere Denkmalschutzbehörde auch Rechnung zu tragen.</p> <p>Wir halten daher folgende Ergänzung für notwendig:</p> <p>S. 4 zweite Spalte oben:</p> <p>Der nördlich und westlich an den Geltungsbereich angrenzende Park Babelsberg unterliegt den Bestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes. Bereiche von Babelsberg-Nord, die aus den Wegen und Aussichtsplätzen des Parks Babelsberg sichtbar sind, werden von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg in ihrer Funktion als untere Denkmalschutzbehörde beurteilt. Die untere Denkmalschutzbehörde der Lan-</p>	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es erfolgt eine Änderung der Gestaltungssatzung.</p> <p>Der Hinweis wird aufgenommen und der Text der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord wie folgt geändert (Seite 4, zweite Spalte oben).</p> <p><i>Der nördlich und westlich an den Geltungsbereich angrenzende Park Babelsberg unterliegt den Bestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes. Bereiche von Babelsberg-Nord, die von den Wegen und Aussichtsplätzen des Parks Babelsberg aus sichtbar sind, werden von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg in ihrer Funktion als untere Denkmalschutzbehörde beurteilt. Die untere Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam hört die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin –Brandenburg daher an und berücksichtigt die fachliche Einschätzung in ihrer Stellungnahme bzw. Erlaubnis.</i></p> <p><i>Grundlage ist die „Deklaration über die Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“ und die „Verwaltungsvereinbarung zum Abstimmungsverfahren bei Verfahren und Vorhaben innerhalb der Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“.</i></p>

Fachbereich/Bereich	Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>des Hauptstadt Potsdam hört die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin –Brandenburg daher an und berücksichtigt die fachliche Einschätzung in ihrer Stellungnahme bzw. Erlaubnis.</p> <p>Weiter halten wir es für angemessen auch auf die „Deklaration über die Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“ und die „Verwaltungsvereinbarung zum Abstimmungsverfahren bei Verfahren und Vorhaben innerhalb der Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“ hinzuweisen.</p>	

Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“

Örtliche Bauvorschrift der Landeshauptstadt Potsdam

Über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen und anderer Anlagen und Einrichtungen sowie an Einfriedungen in Babelsberg-Nord

Satzungstext mit Erläuterungen



Inhaltsverzeichnis

I.	Vorwort.....	3
	Stadtgestalt und historischer Überblick.....	3
	Stadtbildqualität	3
	Erfordernis zur Aufstellung einer Gestaltungssatzung.....	3
	Rahmenbedingungen / Zusammenwirken mit Erhaltungssatzung und Denkmalschutz	4
II.	Satzungstext.....	6
	§ 1 Geltungsbereich	6
	§ 2 Sachlicher Geltungsbereich.....	8
	§ 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper	8
	§ 4 Fassadenmaterialien und.....	9
	§ 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen	10
	§ 6 Dächer und Dachfenster.....	12
	§ 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden,	16
	§ 8 Außenanlagen, Nebenanlagen, Garagen, Carports und Einfriedungen.....	18
III.	Regelungen zum Verfahren.....	18
	§ 9 Abweichungen	18
	§ 10 Ordnungswidrigkeiten	19
	§ 11 In-Kraft-Treten	19
IV.	Erläuterungen.....	19
	Zu § 1 Räumlicher Geltungsbereich.....	19
	Zu § 2 Sachlicher Geltungsbereich.....	20
	Zu § 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper	20
	Zu § 4 Fassadenmaterialien und – farben	21
	Zu § 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen.....	22
	Zu § 6 Dächer und Dachfenster.....	24
	Zu § 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen	27
	Zu § 8 Außenanlagen, Nebenanlage, Garagen, Carports und Einfriedungen	28
	Zu § 9 Abweichungen.....	28

I. Vorwort

Der Stadtteil Babelsberg zeichnet sich durch seine besondere Lage zwischen dem Zentrum von Potsdam und Berlin sowie durch seine besonders gute Verkehrsanbindung (u.a. S-Bahn) aus. Darüber hinaus liegt Babelsberg inmitten der durch Gewässer und Parkanlagen geprägten Berlin– Potsdamer Kulturlandschaft. Babelsberg liegt südöstlich des Stadtzentrums und ist mit rund 24.500 Einwohnern der größte Stadtteil von Potsdam. Dabei ist Babelsberg für Potsdam nicht nur ein bedeutender Wohnstandort, sondern auch ein wichtiger und gut erschlossener Gewerbe- und Dienstleistungsstandort.

Der historische Kern des Stadtteils Babelsberg wurde aufgrund erheblicher städtebaulicher Missstände bereits 1993 durch die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam als Sanierungsgebiete „Babelsberg Nord“ und „Babelsberg Süd“ festgesetzt. Das Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ liegt nördlich der Bahnlinie und des S-Bahnhofs Babelsberg. Es umfasst das ursprüngliche Nowawes (neues Dorf), auch Weberviertel genannt, mit dem Stadtteilzentrum Babelsberg.

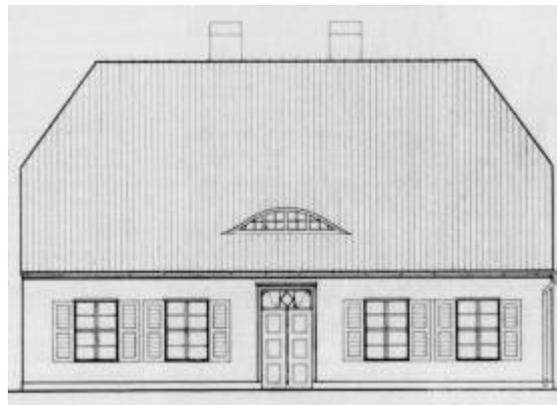
Stadtgestalt und historischer Überblick

Nowawes (Babelsberg Nord) ist die größte friderizianische Plansiedlung, eine Handwerkerkolonie für böhmische Weber und Spinner. Sie ist ein Zeugnis des preußischen Toleranzgedankens, ein Dokument der Wirtschafts- und Siedlungsplanung des 18. Jahrhunderts und in dieser Form ein einmaliges Kulturdenkmal.

Auf Befehl König Friedrichs II. wurde die „Kolonie bei Potsdam“ in den Jahren 1751 bis 1754 angelegt und, unterbrochen durch den Siebenjährigen Krieg, in den Jahren 1764-1767 erweitert. Grundlage für die städtebauliche Anlage bildeten die beiden bereits vorhandenen Neuendorfer Viehtriften: der Königsweg zwischen Zehlendorf und Potsdam (die heutige Rudolf-Breitscheid-Straße) und die Allee nach Glienicke (heute Alt Nowawes). Diese beiden Wegführungen bildeten das Grundgerüst für die Siedlungsstruktur, mit dem dreieckigen Kirchplatz (Weberplatz) im Zentrum der Kolonie. Alle anderen Straßen und Wegführungen wurden in dieses Grundgerüst eingefügt.

Im ersten Bauabschnitt wurden 155 Kolonistenhäuser errichtet. Diese fünfachsigen eingeschossigen schlichten Gebäude bilden den Kern des Gebietes Babelsberg Nord. In einem zweiten Bauabschnitt wurden weitere 55 Kolonistenhäuser errichtet. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts

erfolgte eine Verdichtung der Bebauung durch Teilung von Grundstücken sowie durch eine Bebauung entlang der Laufgassen und Gartenwege. Im Norden und Nordosten kam es zu Erweiterungen an den Rändern der Kolonie.



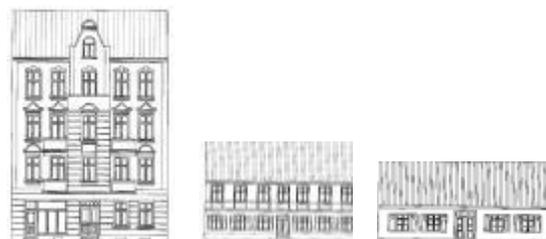
Schematische Darstellung eines typischen Kolonistenhauses

Die Gebäude waren nun zweigeschossig, später auch drei- und viergeschossig.

Wesentlicher Faktor für diese Entwicklung war auch die Errichtung der Eisenbahnlinie Berlin- Potsdam im Jahre 1838.

Stadtbildqualität

Die zuvor beschriebene, für das Land Brandenburg einzigartige städtebauliche Situation mit dem seit dem 18. Jahrhundert nahezu unveränderten Grundriss von Nowawes und der sehr heterogenen Bebauung (ein- bis viergeschossige Bebauung stehen teilweise unmittelbar nebeneinander) gilt es zwingend zu erhalten. Dazu gehören auch die erkennbaren historischen Parzellenstrukturen und die erhaltene offene Bauweise, welche oftmals die Einsehbarkeit der hofseitigen Fassaden ermöglichen.



Typische Höhenversprünge in der Bebauung

Erfordernis zur Aufstellung einer Gestaltungssatzung

Der Schutz dieses Ortsteils und seiner charakteristischen städtebaulichen und baugestalterischen Eigenart sind Anliegen der Gestaltungssatzung. Die für das Land Brandenburg

einzigartige städtebauliche Situation mit dem seit dem 19. Jahrhundert weitgehend unveränderten Stadtgrundriss soll dauerhaft bewahrt werden.

Während das historische Weberviertel unmittelbar nach der Wende erhebliche Missstände bzw. Defizite aufwies, war aber auch festzustellen, dass der historische Stadtkern Babelsberg in seiner städtebaulichen Struktur weitgehend erhalten war. Noch heute kann man den Prozess der Stadtentwicklung über die Jahrhunderte mit seiner schrittweisen Verdichtung sehr gut nachvollziehen. Typisch dafür sind die Sprünge der Gebäudehöhen von den Weberhäusern über die Gebäude des 19. Jahrhunderts hin zu den Gründerzeithäusern Anfang des 20. Jahrhunderts.

Die Durchführung der Sanierungsmaßnahme „Babelsberg Nord“ hat dazu beigetragen, dass die erheblichen städtebaulichen Missstände und Defizite innerhalb des Gebietes und Berücksichtigung der Sanierungsziele und des Denkmalschutzes weitgehend behoben wurden. Viele Gebäude wurden in den letzten Jahren behutsam, überwiegend im Sinne der Gestalterischen Sanierungsziele, welche seit 1999 für das Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ gelten, saniert. Durch die Aufhebung des Sanierungsgebietes „Babelsberg Nord“, die erforderliche Anpassung an heutige Qualitäts- und Ausstattungsstandards und eine von vielen Eigentümern angestrebte „effektive“ Ausnutzung von Wohn- und Nutzflächen drohen jedoch immer wieder Zerstörungen und Überformungen der besonderen Bau- und Gestaltmerkmale wie:

- Veränderung von Dachformen und Störungen durch Belichtungselemente bei Dachausbauten,
 - Veränderung der Öffnungsformate, Einbau von Kunststoffelementen,
 - Verkleidung der Fassaden mit gebietsuntypischen Materialien,
 - Anbringen von gestaltungstypischen Balkonen und anderen Anbauten,
 - Versiegelung von Vorgärten, Standardisierung von Einfriedungselementen.

Für die Zukunft muss die städtebauliche und architektonische Qualität des ehemaligen Weberviertels und seiner Gebäude weiterhin geschützt werden, um Beeinträchtigungen durch gestaltverändernde Modernisierungen und Umbauten sowie Neubauten mit ortsfremder Architektur zu verhindern. Dazu gehört auch, die erkennbaren historischen Parzellenstrukturen und die teilweise offene Bauweise, welche oftmals die Einsehbarkeit der hofseitigen Fassaden ermöglicht, zu erhalten.



Beispiel für ein denkmalgerecht saniertes Kolonistenhaus

Rahmenbedingungen / Zusammenwirken mit Erhaltungssatzung und Denkmalschutz

§ 87 Abs. 2 BbgBO erlaubt einer Gemeinde eine Gestaltungssatzung zu erlassen, soweit dies zur Verwirklichung baugestalterischer und städtebaulicher Absichten oder zum Schutz bestimmter Bauten, Straße, Plätze und Ortsteile von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung sowie von Baudenkmalen und Naturdenkmalen erforderlich ist.

Die Gestaltungssatzung soll der Verstetigung der städtebaulichen und stadtgestalterischen Ziele im Gebiet Babelsberg Nord dienen und dabei an die bereits seit 1999 geltenden Gestalterischen Sanierungsziele im Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ anknüpfen. Städtebaulicher Ausgangspunkt ist dabei die für Babelsberg Nord bezeichnende Stadtgestalt und Stadtbildqualität sowie geschichtliche Bedeutung. Parallel zur Gestaltungssatzung gilt für Babelsberg Nord die Erhaltungssatzung „Babelsberg Nord / Weberviertel“ der Landeshauptstadt Potsdam vom 21.08.1992 gemäß § 172 Absatz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches. Im Geltungsbereich der Satzung zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt, bedürfen Rückbau, Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung baulicher Anlagen der Genehmigung. Dies gilt auch wenn es sich um genehmigungsfreie Vorhaben im Sinne § 61 der Brandenburgischen Bauordnung handelt. Die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit baulicher Maßnahmen gem. Erhaltungssatzung erfolgte bisher parallel zum Sanierungsrecht. Nach Aufhebung der Sanierungssatzung, würden die Gestaltungsvorgaben gem. der Gestalterischen Sanierungsziele als Beurteilungsgrundlage wegfallen.

Für große Teile des Geltungsbereichs der Gestaltungssatzung gilt darüber hinaus die Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs „No-Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“

wawes“, die am 30.11.2000 mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam Ausgabe 15/2000 bekannt gemacht wurde. Der Geltungsbereich der Denkmalsbereichssatzung umfasst jedoch nicht das gesamte Sanierungsgebiet „Babelsberg Nord“ und ist in seiner Abgrenzung kleiner als der künftige Geltungsbereich der Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“.

Die Bestimmungen gemäß des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes sind bei Einzeldenkmälern und Gebäuden im Denkmalbereich vorrangig zu berücksichtigen. Der Umgebungsschutz gilt für die Errichtung von Neubauten entsprechend.

Da die Anwendung der Gestaltungssatzung und das Zusammenwirken mit den anderen Rechtsvorschriften sehr komplex sind, empfiehlt es sich für Bauherren oder Architekten vor Einreichen eines Bauantrages oder Antrages auf bauliche Veränderungen die Möglichkeit der Beratung wahrzunehmen. Dafür stehen die Mitarbeiter des Fachbereichs Stadtplanung und Stadterneuerung und ggf. des Bereichs Untere Denkmalschutzbehörde zur Verfügung.

Parallel zur Gestaltungssatzung gilt für Babelsberg-Nord noch die Erhaltungssatzung „Babelsberg Nord / Weberviertel“ der Stadt Potsdam vom 21.08.1992 gemäß § 172 Absatz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches, die die städtebauliche und bauliche Eigenart von Babelsberg-Nord sichert. Bauliche Maßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches der Erhaltungssatzung sind genehmigungspflichtig, auch wenn es sich im Sinne der Brandenburgischen Bauordnung § 61 um genehmigungsfreie Vorhaben handelt.

Der nördlich und westlich an den Geltungsbereich angrenzende Park Babelsberg unterliegt den Bestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes. Bereiche von Babelsberg-Nord, die von den Wegen und Aussichtsplätzen des Parks Babelsberg aus sichtbar sind, werden von der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg in ihrer Funktion als untere Denkmalschutzbehörde beurteilt. Die untere Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam hört die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg daher an und berücksichtigt die fachliche Einschätzung in ihrer Stellungnahme bzw. Erlaubnis.

Grundlage ist die „Deklaration über die Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“ und die „Verwaltungsvereinbarung zum Abstimmungsverfahren bei Verfahren und Vorhaben innerhalb der Pufferzone zur Welterbestätte „Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin“ auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam vom 26.01.2011“.

Auf der Rechtsgrundlage des § 87 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 8 und Abs. 10 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) in der Fassung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GVBl. I/21, [Nr. 5]) in Verbindung mit

§ 3 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38]) hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam in ihrer Sitzung am **TT.MM.JJJJ** folgende örtliche Bauvorschrift beschlossen:

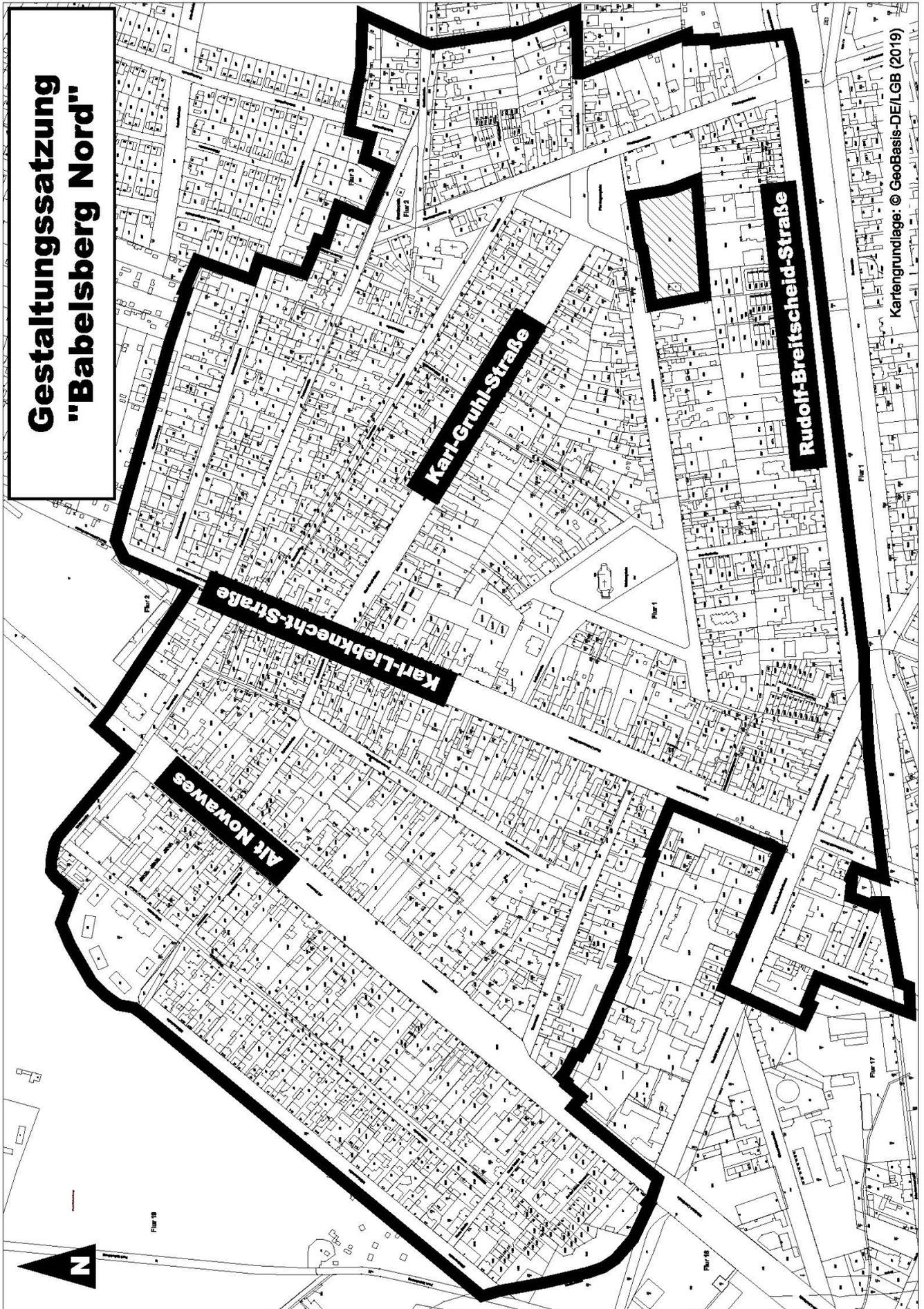
II. Satzungstext

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die Satzung gilt für den in der Karte „Geltungsbereich“ (Stadtkontor, 2018) markierten, nördlich der Bahnlinie gelegenen Teil von Babelsberg und umfasst die folgenden Straßen:

Alt Nowawes 22-130 gerade, 39-107 ungerade
Behringstraße 1-5b ungerade
Bendastraße
Bruno-H.-Bürgel-Straße 1
Concordiaweg 60
Daimlerstraße 1, 4-12 gerade
Goetheplatz
Goethestraße 2-10 gerade, 1-25 ungerade
Grenzstraße
Jutestraße
Karl-Gruhl-Straße
Karl-Liebknecht-Straße 4-47, 91, 91a, 91b-127, 136-137
Kreuzstraße
Lessingstraße 1-5 ungerade, 2-16 gerade
Lutherstraße
Mühlenstraße 1-24 Müllerstraße
Neue Straße
Pasteurstraße 1-23 (ohne 23 A-C), 25-44
Plantagenhof
Plantagenplatz
Plantagenstraße
Rudolf-Breitscheid-Straße 15-37 ungerade, 32-38 gerade, 39-85 alle
Schornsteinfegergasse
Semmelweisstraße 1-40
Spindelstraße
Theodor-Hoppe-Weg Tuchmacherstraße Turnstraße
Voltastraße 2-7
Weberplatz
Wichgrafstraße 1-28, 30
Wollestraße

- (2) Die Karte „Geltungsbereich (Stadtkontor, 2018) ist Bestandteil der Satzung. Im Zweifelsfall gilt die Darstellung der Karte.



Kartengrundlage: © GeoBasis-DE/LGB (2019)

Gestaltungssatzung "Babelsberg Nord"

Alte Nowawes

Karl-Liebknecht-Straße

Karl-Gruhl-Straße

Rudolf-Breitscheid-Straße



§ 2 Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Vom Geltungsbereich dieser Satzung sind alle Grundstücke, samt Gebäuden, baulichen Anlagen und Freiflächen erfasst. Hinsichtlich der Entstehungszeit wird unter anderem nach den folgenden Haustypen unterschieden:
 - die Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (mit ihren späteren Anbauten)
 - die Bauten des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild der Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (s.g. Sekundärbauten)
 - die spätklassizistischen Wohnhäuser
 - die gründerzeitlichen Wohn-/Mietshäuser
 - Bauten aus den 20iger und 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts
 - einzelne bedeutende Bauten für die geschichtliche Entwicklung von Nowawes (wie z.B. Friedrichskirche, Bahnhof Babelsberg, die Schulbauten, der Friedhof)
 - die Gebäude der Nachkriegszeit bis 1990 (z.B. Wohnkomplex Wollestr. 64-74)
 - Nachwendebauten (z.B. Weberpark, Theodor-Hoppe-Weg)
- (2) Alle Veränderungen, Umbauten und Erweiterungen bestehender baulicher Anlagen, sowie bauliche Neuanlagen und Wiederaufbauten, die das äußere Erscheinungsbild und die Gestaltung betreffen, unterliegen den Festsetzungen dieser Satzung.
- (3) Nach § 59 Abs. 2 BbgBO gelten die Festsetzungen dieser Satzung unabhängig davon, ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen ist.
- (4) Gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen, die sich mit dem räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung überschneiden haben Vorrang vor den Festsetzungen dieser Satzung. Über gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen hinaus gelten die Festsetzungen dieser Satzung.
- (5) Die Bestimmungen des Denkmalschutzes bleiben von dieser Satzung unberührt.

§ 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper

- (1) Gliedernde oder schmückende Fassadendetails sind, soweit im Bestand vorhanden, zu erhalten. Sind nicht mehr vorhandene Fassadengliederungen anhand von Planunterlagen oder Fotos nachweisbar, so ist die Rekonstruktion zulässig. Ursprünglich vorhandene Fassadenelemente wie Gesimse, Stuckornamente, Fenstereinfassungen und Mauervorlagen sind bei Erneuerung und Instandsetzung in ihrer ursprünglichen Art zu gestalten.
- (2) Die Straßenfassaden müssen durch eine durchlaufende, horizontale Gliederung wie Dachgesims, Traufbalken, Traufgesims oder –kasten vom Dach getrennt werden, so dass ein Vorsprung von 0,10 bis 0,20 m entsteht. Die Ausbildung eines Giebelgesimses ist nicht zulässig.
- (3) Gliederungselemente einer Fassade dürfen nicht durch Vordächer oder Kragdächer überdeckt werden. Gleiches gilt für gestaltbildende Zierelemente.
- (4) Vom öffentlichen Straßenraum einsehbare Drepel im Bestand sind zu erhalten. Neue Drepel sind bei Gebäuden mit mind. drei Vollgeschossen bis zu einer Höhe von 0,50 m zulässig.
- (5) Balkonüberdachungen sind als leichte Stahl-Glas-Konstruktionen nur hofseitig bei Neubauten zulässig. Rekonstruktionen nachgewiesener Balkonüberdachungen sind zulässig.
- (6) Straßenseitig sind Balkone nur einzeln auskragend zulässig. Altane (aufgeständerte Balkone) sind straßenseitig unzulässig.
- (7) Zur Einfassung von Balkonen und Loggien sind nur durchsehbare filigrane Stahlgeländer und massive Mauerwerksbrüstungen in der Oberflächengestaltung der Fassade (Putz oder Klinker) zulässig.



Vorher
Rekonstruierte Fassadenelemente (Balkonanlagen
und Frontspieß)

Nachher

- (8) Erkerfenster dürfen die Brüstungs- und Sturzhöhen der angrenzenden Fenster nicht über- und unterschreiten. Erker müssen unterhalb der Traufe enden. Sie können mit einem Balkon im obersten Normalgeschoss oder mit einem Dach abgeschlossen werden. Erker und Balkone als Übereckkonstruktionen mit Kragelementen, die sich auf die Giebfassaden erstrecken, sind nicht zulässig.
- (9) Zwerchhäuser sind bei Gebäuden straßenseitig zulässig, bei denen sich zwei oder mehr Geschosse unterhalb der Traufe befinden. Pro Gebäude ist jedoch höchstens ein Zwerchhaus zulässig, das entweder mittig oder seitlich am Gebäudeabschluss anzuordnen ist.
- (10) Freitreppen sind mit historischen Materialien wie Naturstein, Ziegeln oder Stahl auszuführen.
- (11) An der Fassade oder im Bereich der Dachflächen angebrachte außenliegende Klimageräte sind nur hofseitig zulässig und dürfen vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sein.

§ 4 Fassadenmaterialien und -farben

- (1) Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) erhaltene bzw. analog zu vergleichbaren Bautypen nachweisbare Putz-, Materialstrukturen und Farbgebungen sind straßenseitig und an Giebfassaden, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, aufzuarbeiten oder bei Erneuerung in

gleicher Art herzustellen. Die vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fassadenflächen sind mit Glattputz zu versehen, insbesondere wenn die ursprüngliche Putzstruktur nicht erhalten bzw. nicht nachzuweisen ist.

- (2) Das nachträgliche Verkleiden von vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbaren Putzfassaden ist nur ausnahmsweise nach Prüfung im Einzelfall zulässig, wenn abschließend die ursprüngliche Putzstruktur bzw. ein Glattputz ausgebildet wird.

Nicht zulässig sind:

- Baustoffe, deren Erscheinungsbild ein anderes Material vortäuscht,
 - Materialien, die ein glänzendes, metallisches, reflektierendes oder gläsernes Erscheinungsbild aufweisen.
- (3) Sockel aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) der Gebäude sind zu erhalten, die Rekonstruktion ist zulässig. Rücksprünge bezogen auf das Fassadenniveau sind nicht zulässig. Im Bestand vorhandene Versprünge zur Ziegelsteinvorlage sind zu erhalten. Bei Erneuerung ist Putz in einer bündigen Ausführung zur Gesamtfassade vorzusehen.
 - (4) Für den Sockelbereich sind geputzte Flächen sowie gemauerte Ziegelflächen zulässig. Hierzu gehören auch Spaltklinker und Klinkerriemchen. Verkleidungen und Bekleidungen mit Fliesen, polierten Materialien wie Naturstein, Marmor, Spiegelflächen und Stahlplatten sind unzulässig. In Ausnahmefällen sind Naturstein- und Kunststeinsockel mit rauer und matter Oberflächenstruktur zulässig.
 - (5) Alle mineralischen Oberflächen müssen nach Abschluss der Baumaßnahme ein mattes Erscheinungsbild aufweisen. Die Fassade von Neubauten ist in Putz oder Klinker mit matter Oberflächenstruktur auszuführen.
 - (6) Sohlbankabdeckungen sind aus Zinkblech oder wenn im Bestand vorhanden auch aus Klinker oder Ziegel auszuführen. Bei Holzkastenfenstern mit Klapppläden an Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind nur Holzfensterbänke zulässig. Andere Sohlbankausbildungen können, soweit aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes nachweisbar, gestattet werden.

- (7) Eingangsstufen im Bereich der Hauseingangstüren und Ladeneingängen sind aus Naturstein, Ziegel, Terrazzo und Metall zulässig. Die Materialien sind so auszuwählen, bzw. so zu behandeln, dass matte Oberflächen entstehen.
- (8) Verputzte oder gestrichene Fassaden sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Gelb bis Gelbrot:

S1005-Y	bis S1005-Y30R
S1010-Y	bis S1010-Y50R
S1020-Y	bis S1020-Y40R
S2020-Y10R.....	bis S2020-Y50R
S2030-Y10R....	bis S2030-Y50R
S3010-Y	bis S3010-Y40R
S3020-Y	bis S3020-Y50R

Grau:

S2010-Y	bis S2010-Y50R
S2005-Y.....	bis S2005-Y50R
S1005-Y20R.....	bis S3005-Y20R
S1005-G80Y.....	bis S3005-G80Y
S1002-Y	bis S2502-Y

Grün bis Grüngelb:

S2005-G40Y.....	bis S2005-G90Y
S2010-G40Y.....	bis S2010-G90Y
S3010-G60Y	bis S3010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalbereichssetzung oder bei Einzeldenkmälern können abweichend verputzte oder gestrichene Fassaden entsprechend der nachgewiesenen Farbtöne einer restauratorischen Befunduntersuchung ausgeführt werden.

§ 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen

- (1) Bei Fassaden von bestehenden Gebäuden ist straßen-, giebel- und hofseitig die Anordnung, das Format und die Größe der Wandöffnungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zu erhalten oder wiederherzustellen. Aufgrund mangelnder Belichtung können Ausnahmen zugelassen werden. Notwendige Be- und Entlüftungsöffnungen in der Fassade sind so anzuordnen, dass diese vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Die Brüstungshöhe der Fenster hat abgesehen von Schaufenstern im Erdgeschoss mindestens 80 cm zu betragen.

- (2) Im gesamten Geltungsgebiet sind giebel-

seitige Fensteröffnungen bei Mehrgeschossern, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig.

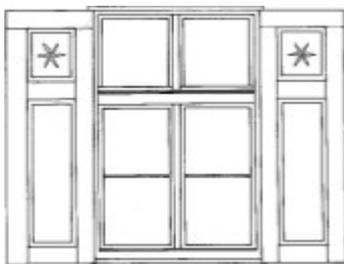
Aus Gründen mangelnder Belichtung können Ausnahmen gestattet werden. Beim Gebäudetypus der eingeschossigen Kolonistenhäuser (Weberhäuser) sind giebelseitige Fensteröffnungen nur unter Bezugnahme auf das Vorbild aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zulässig. Anordnung, Öffnungsmaße und Fensterformate, insbesondere der s.g. Traufkammerfenster, sind verbindlich einzuhalten. Zusätzliche giebelseitige Öffnungen sind nicht zulässig, Ausnahmen aufgrund denkmalpflegerischer Forderungen sind zulässig.

- (3) Abweichend von Abs. 1 sind im Bereich der Hoffassaden und bei Nebengebäuden französische Fenster an max. zwei Achsen erlaubt.
- (4) Fenster dürfen nur als Einzelfenster bzw. Fenstergruppen von zwei und drei Fenstern im stehenden Rechteckformat mit geradem Sturz oder einem Segmentbogen ausgebildet werden. Eine Fenstergruppe muss insgesamt ein stehendes Format haben.
- (5) Die Fenster sind mind. 0,10 m bis max. 0,20 m von der äußeren Fassadenebene zurückzusetzen, so dass eine ausreichende Leibungstiefe entsteht.
- (6) Fenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind zu erhalten, bei Erneuerung sind die Fenster in Anlehnung an historische Vorbilder in Holz auszuführen. Andere Materialien sind, soweit sie aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes vorhanden bzw. nachweisbar sind, zulässig. Kunststoff und Aluminium sind als Materialien für die Fenster im gesamten Geltungsbereich ausgeschlossen; dies gilt auch für Neubauten.
- (7) Jegliche Fensterteilung durch Kämpfer, Stulp oder Pfosten ist als konstruktive und funktionelle Teilung auszuführen. Soweit vorhanden oder nachweisbar sind straßenseitige Kastenfenster mit Fensterläden entsprechend dem historischen Vorbild auszustatten. Wenn erforderlich, sind Öffnungen für eine Zwangsentlüftung in Fenstern nicht sichtbar (z.B. in einer Aussparung der Wetterschenkel) einzufügen.

(8) Für von außen sichtbare Rahmen, Pfosten, Stulp, Kämpfer und Sprossen werden folgende Breitenmaße einschließlich der jeweiligen Falze festgelegt:

- für den äußeren Rahmen incl. Fensterflügel max. 5,50 cm
- für den unteren Querrahmen bis 9,50 cm
- für den Stulp incl. Rahmen der Fensterflügel 10,00 – 13,00 cm
- für den Pfosten incl. Rahmen der Fensterflügel sowie Stulp desselben Fensters 12,50 – 16,00 cm
- für den Kämpfer incl. Rahmen der Fensterflügel 12,00 – 17,00 cm
- für die Sprossen 2,00 – 3,50 cm.

Dabei ist ein Kämpfer breiter als ein Pfosten bzw. Stulp auszuführen. Beim Nachbau noch vorhandener Originalfenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind abweichende Maße zulässig. Regenschienen dürfen von außen nicht sichtbar sein. Die energetische Erhöhung sowie den Schallschutz verbessernde Maßnahmen an Bestandsfenstern, sind durch den Einbau einer zusätzlichen Fensterebene, welche im Inneren der Gebäude angeordnet wird, zulässig.



Ansicht eines Fensters an einem Kolonistenhaus, das den Maßen aus den Abschnitten (7) und (8) entspricht

(9) Verspiegelte Glasflächen und Fenster-scheiben sind nicht zulässig. Bleiverglasungen, Ornamentverglasungen und farbige bzw. getönte Gläser der Fenster- und Türscheiben sind nicht zulässig. Ausnahmen bilden Fenster, für die eine derartige Ausführung baugeschichtlich nachweisbar ist. Glasbausteine sind nur an nicht vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fenstern zulässig. Bei Einbau von Wärmeschutzverglasung ist nur transparente, neutralfarbene Beschichtung gestattet.

(10) Großflächige Verglasungen, wie verglaste Loggien und Wintergärten sind straßensei-

tig und in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, nicht zulässig. Kunststoff ist auch bei diesen großflächigen Verglasungen unzulässig.

(11) Treppenhausfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. in Anlehnung an die Fenster aus der jeweiligen Entstehungszeit (vgl. §2) wiederherzustellen. Die diesen

Fenstertyp kennzeichnende Fensteraufteilung ist beizubehalten.

(12) Kellerfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. nach vorhandenem Vorbild in Holz oder Stahl zu erneuern. Straßenseitige Lichtschächte sind bei Erneuerung in Mauerwerk oder Beton auszuführen.

(13) Horizontale und vertikale Fensterbänder sind nicht zulässig.

(14) Tore und Hauseingangstüren aus dem Bestand sind zu erhalten. Bei Erneuerung oder Ersatz sind sie diesem Erscheinungsbild anzugleichen und in Holz oder Stahl auszuführen. Die Leibungstiefe muss mind. 0,10 m betragen.



Beispiele für Hauseingangstüren

Links: Kolonistenhaus, rechts: Jugendstilgebäude

(15) An Toren und Hauseingangstüren sind gewölbtes, farbiges oder Ornamentglas nicht zulässig. Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene Ebene oder nachgewiesene, derartige Verglasungen sind zulässig. Bauzeitliche Gläser sind zu erhalten oder entsprechend dem vorhandenen Bestand zu ergänzen.

(16) Durchfahrtstore und Garagentore sind mit zwei flügeligen Holz- oder Stahl-toren, in Angleichung an die im Gebiet bauzeitlich nachweisbare Ausführung, vollkommen zu schließen.



Beispiel für ein Durchfahrtstor

- (17) Wandöffnungen im Sinne von Schaufenstern sind im Erdgeschoss nur bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe zulässig. Der Ladeneingang und ein benachbartes Schaufenster können auch als gestalterische Einheit ausgeführt werden. Schaufenster müssen ein stehendes Rechteckformat oder ein quadratisches Format mit geradem Sturz aufweisen. Davon abweichende, aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene oder nachgewiesene Schaufenster sowie die nachträgliche Anpassung an den Sturz der übrigen Wandöffnungen des Erdgeschosses sind zulässig.
- (18) Benachbarte Schaufenster sind durch einen Pfeiler mit einer Mindestbreite von 0,50 m zu trennen.
- (19) Schaufenster sind so anzuordnen, dass der gestalterische und architektonische Zusammenhang mit den Fenstern der Obergeschosse auf der Grundlage folgender Festlegungen gewahrt bleibt:
- Schaufenster sind axial zu den darüber liegenden Fenstern der Obergeschosse anzuordnen. Die seitlichen Bezugslinien dieser Fenster dürfen nur so weit überschritten werden, dass die Symmetrie gewahrt bleibt.
 - Abweichend davon können Schaufenster zwischen den äußeren seitlichen Bezugslinien zweier darüber liegender Fensterachsen angeordnet sein.
- (20) Schaufensteranlagen sind in Holz oder Metall auszuführen. Schaufenster sind 0,10 m bis 0,20 m von der Fassade zurückgesetzt anzuordnen. Vorhandene Fensteranlagen in bündiger Anordnung sind entsprechend dem baugeschichtlichen Ursprung des Gebäudes zu erhalten.
- (21) Schaufenster mit einer Breite über 3,00 m sind durch glasteilende Pfosten mit einer Breite zwischen 0,05 m und 0,15 m in Abschnitte zu gliedern. Die größte Glasfläche darf dabei max. 2,50 m in der Breite betragen. Stützen hinter Glasfronten gelten nicht als gliedernde Elemente.
- (22) Bei Eingeschossern sind zurückgesetzte Ladeneingänge nicht zulässig. Bei Zwei- und Mehrgeschossern sind erschließungsbedingte Einschnitte für Ladeneingänge in Abhängigkeit von Treppenpodest und -lauf zulässig. Aus der Fassadenflucht herausragende Schaufenster sind nicht zulässig.
- (23) Fenster, Schaufenster, Fensterläden, Türen und Tore sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Brauntöne:

S4010-Y10R.....	bis S4010-Y50R
S4020-Y	bis S4020-Y40R
S4030-Y	bis S4030-Y40R
S5010-Y10R	bis S5010-Y50R
S5020-Y	bis S5020-Y60R
S5030-Y	bis S5030-Y60R
S5040-Y10R	bis S5040-Y90R
S6010-Y10R	bis S6010-Y90R
S6020-Y	bis S6020-Y90R
S6030-Y10R	bis S6030-Y90R
S7010-Y10R	bis S7010-Y90R

Grautöne / Gebrochenes Weiß:

S3010-Y	bis S3010-Y30R
S2005-Y	bis S2005-Y30R
S0505-Y20R	bis S4005-Y20R

Grüntöne:

S5010-G10Y	bis S5010-G90Y
S5020-G30Y	bis S5020-G70Y
S6010-G10Y	bis S6010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalschutzsatzung oder bei Einzeldenkmälern können abweichend Farbtöne verwendet werden, die im Rahmen einer restauratorischen Befunduntersuchung nachgewiesen sind.

§ 6 Dächer und Dachfenster

- (1) Die Dachform und die Dachneigung bestehender Gebäude sind zu erhalten oder bei Umbau dem Zustand aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes anzugestaltungssatzung „Babelsberg Nord“

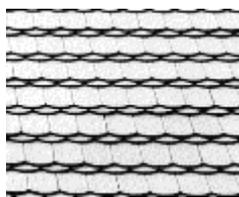
passen. Die Neigungswinkel der Dachflächen auf Vorder- und Rückseite des Gebäudes müssen gleich sein (symmetrische Dachneigung). Im Bestand vorhandene Mansarddächer mit unterschiedlichen Neigungswinkeln sind zu erhalten. Unterschiedliche Neigungswinkel sind zulässig, wenn die rückseitigen, seitlichen Dachflächen oder die seitlichen Giebelflächen nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind.

- (2) Die Dächer der an den Straßen gelegenen Gebäude sind als Satteldächer, Mansarddächer, Berliner Dächer, Walm- oder Krüppelwalmdächer auszuführen. Tonendächer, Pultdächer und reine Flachdächer sind unzulässig. Pult- und Flachdächer sind nur bei untergeordneten Gebäuden bzw. Gebäudeteilen zulässig. Die Ausbildung von Staffelgeschossen ist bei Gebäuden die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig.

- (3) Die Dacheindeckung ist einheitlich auf der gesamten Dachfläche auszuführen. Bei vorhandenen Mansarddächern dürfen auf Teilflächen mit unterschiedlicher Dachneigung verschiedene Materialien verwendet werden. Bei Vorderhäusern mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe mit geneigten Dächern sind Biberschwanzziegel zu verwenden. Abhängig von der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes (18. bzw. 19. Jahrhundert) sind die Dachflächen als Doppel- oder Kronendeckung in ziegelroter Farbigkeit (unglasiert, nicht engobiert) auszubilden. Bei rückwärtigen Gebäuden sind auch andere keramische Dacheindeckungen möglich. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe sind geneigte Dachflächen entweder mit keramischen Dacheindeckungen (Biberschwanz- oder Falzziegel) in ziegelroter bis rotbrauner Farbigkeit oder mit Naturschieferplatten einzudecken. Dacheindeckungen bzw. Dachabdichtungen aus anthrazitfarbenem Bitumen bzw. Gründächer sind nur bei flach geneigten Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Bei allen Gebäudetypen sind vorhandene, nachgewiesene oder sonstige Dacheindeckungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes bei Erneuerung zulässig. Die Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.



Falzziegeldeckung



Biberschwanz-Kronendeckung



Schieferdeckung



Biberschwanz-Doppeldeckung

- (4) Sämtliche notwendigen Verblechungen auf dem Dach sind in Zinkblech auszuführen. Wenn aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes ein anderes Material (z.B. Kupfer) nachgewiesen werden kann, ist auch dieses zulässig.
- (5) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind die Abschlussziegel ohne Holzverlattung anzuputzen. Ortgangziegel oder Windleisten aus Zinkblech sind nicht zulässig. Bei anderen Haustypen können auch Windleisten aus Zinkblech von max. 0,10 m Höhe verwendet werden. Diese Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.
- (6) Bei allen Gebäudetypen dürfen traufseitig Dachüberstände nicht mehr als 0,30 m, giebelseitig nicht mehr als 0,08 m in Bezug auf die Fassadenfläche vorspringen. Straßenseitig sind Traufgesimse, -balken oder -kästen auf eine max. Ausladung von 0,10- 0,20 m zu begrenzen. Die Dachkonstruktion inkl. Eindeckung darf die Traufausbildung

nur max. 0,08 m überragen. Soweit im Bestand vorhanden bzw. nachweisbar, ist ein Dachüberstand bis max. 0,60 m zulässig. Bei allen Gebäudetypen sind abweichende Dach- und Gesimsüberstände, die anhand der bauzeitlichen Bestandspläne nachgewiesen werden, zu erhalten bzw. zu rekonstruieren.

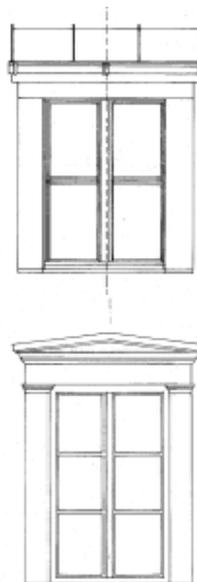


Typischer Traufbereich und Giebelanschluss bei einem Kolonistenhaus

- (7) Dachkehlen sind mit dem Dacheindeckungsmaterial einzudecken oder soweit zu überdecken, dass konstruktiv unvermeidbare Blechverwahrungen nicht mehr sichtbar sind.
- (8) Gaubenkonstruktionen sind mit Fenstern im stehenden Format auszuführen. Die Neigung der Abschleppungen darf bei Einzelgauben max. 7° betragen. Die Ausführung ist als Pult- oder Satteldach in Zink ggf. auch mit anthrazitfarbener Dachpappe zulässig. Bei breiteren Gauben mit Satteldach ist eine Neigung bis max. 12° zulässig. Fledermausgauben sind ausnahmsweise zulässig.
- (9) Gauben sind in Beziehung zu den jeweiligen Fensterachsen der Fassade anzuordnen. Die Summe der Breiten der einzelnen Dachaufbauten darf die Hälfte der Gebäudebreite bzw. des Fassadenabschnittes nicht überschreiten. Abhängig von der Anzahl der Fensterachsen kann die Anordnung über den Fensterachsen, mittig zwischen zwei Fensterachsen oder als eigenständiges System auf der Dachfläche gestattet werden. Dabei ist eine

Ordnung bezogen auf die Dachfläche und/oder die Fassadengliederung einzuhalten. Vor Gauben muss die Dachfläche in einer Breite von mind. 0,90 m durchlaufen. Der Abstand zum First hat das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Gauben sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Sind aus dem Bestand abweichende Maße für die Gauben nachweisbar, so sind die Gauben bei allen Gebäudetypen, entsprechend den überlieferten Plänen oder historischen Fotos zu rekonstruieren.

- (10) Bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Einzelgauben mit einer max. Breite von 1,30 m zulässig. Breitere Gauben sind mit einer max. Breite von 2,00 m zulässig, sofern sie vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Dachgauben als Einzelgauben mit einer Ansichtsfläche bis 2,50 m² zulässig. Eine Gaube mit zwei bis drei nebeneinanderliegenden Fenstern und einer Gesamtbreite bis max. 3,00 m ist über betonten Fassadenabschnitten im Bereich der Dachfläche zulässig.



Mögliche Gaubenformen bei Eingeschossern

- (11) Die vorderen Ansichtsflächen von Gauben sind als Fenster auszuführen und müssen bei einer Fläche zwischen 0,30 m² und 1,00 m² eine senkrechte Teilung erhalten. Größere Gaubenfenster sind wie die Fenster der Normalgeschosse zu gliedern; ein

Kämpfer ist ab einer Fensterrahmenhöhe von 1,50 m auszubilden. Die Höhe der Gaubenfenster ist in Abhängigkeit von den Proportionen der Gaube festzulegen. Der Fensterrahmen bei Einzelgauben darf bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe eine Höhe von max. 1,30 m und bei allen anderen Gebäuden eine Höhe von max. 1,50 m, bei breiteren Gauben eine Höhe bis zu 2,00 m betragen. Abweichungen sind in Bezug auf Fensterabmessungen und Fensterteilungen bei Fluchtfenstern unter Beachtung der erforderlichen lichten Öffnungsmaße (0,90 m x 1,20 m) zulässig.

- (12) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten ist die äußere Seitenfläche der Gauben mit Holz zu verkleiden. Bei anderen Gebäuden müssen die Seitenwände der Gauben bei keramischer Dacheindeckung mit Holz oder Zinkblech, bei Schiefereindeckung der Dachflächen mit Schiefer oder Zinkblech verkleidet werden. Bei allen Gebäudetypen können die Seitenwände der Gauben auch als Fenster bzw. Festverglasungen ausgebildet werden. Bei allen Gebäudetypen ist die Ausbildung von Gauben als Stahl-Glas-Konstruktion, bestehend aus schlanken Stahlprofilen (sichtbare Konstruktion incl. Flügel max. 0,12 m) mit einem hohen Glasflächenanteil mit seitlicher und/oder oberer Verglasung zulässig. Zusätzliche Aufbauten für außenliegende Verschattungselemente dürfen nicht angebracht werden. Die Ausbildung von Fensterteilungen, insbesondere des Kämpfers ist bei Stahl-Glas-Gauben nicht erforderlich.

- (13) Bei Vorderhäusern sind Dachflächenfenster mit einer Fläche über 0,25 m² nur auf Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind. Der Einbau der Dachflächenfenster muss bündig mit der Dacheindeckung erfolgen. Konstruktionsbedingte Überstände, insbesondere für außenliegende Verschattungselemente etc. sind nicht erlaubt. Dacheinschnitte für Terrassen sind straßenseitig unzulässig. Sie können hofseitig innerhalb der Dachfläche zugelassen werden. Dabei darf der Abstand zum First das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Dachterrassen sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle

Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Abweichend davon können zusätzlich Öffnungen bzw. Fenster gestattet werden, die als notwendiger Dachausstieg bzw. der Entrauchung des Treppenhauses dienen.

- (14) Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, zusammenhängende Firstverglasungen innerhalb der Dachfläche gestattet werden. In begründeten Ausnahmefällen ist die Unterteilung der Firstverglasung zulässig. Die Aneinanderreihung von einzelnen Fensterelementen ist nicht zulässig. Der Einbau ist bündig zur Dacheindeckung bzw. mit max. Überstand von 0,10 m herzustellen. Die Verglasung darf eine max. Höhe von 1,50 m bezogen auf die geneigte Dachfläche nicht überschreiten. Der seitliche Abstand zu Dachrandbreiten, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss mind. 1,25 m betragen.



Beispiel für eine Firstverglasung

- (15) Technisch notwendige Dachaufbauten sind auf der vom öffentlichen Verkehrsraum und von öffentlichen Grünflächen abgewandten Gebäudeseite anzuordnen. Sie dürfen das Erscheinungsbild des jeweiligen Gebäudes nicht mehr als unvermeidbar beeinflussen. Die Schornsteinköpfe der Kolonistenhäuser sind zu erhalten.

- (16) Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) sind abweichend von Absatz 3 zulässig, sofern sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Für die Anlagen gilt: Die Oberflächen sollen matt und nicht reflektierend sein. Auf Dachflächen über 15° Dachneigung muss eine technisch notwendige konstruktive Aufständigung pa-

rallel zur Dachfläche erfolgen. Auf Dachflächen mit einer Dachneigung weniger als 15° kann die technisch notwendige konstruktive Aufständering auch mit einem Anstellwinkel größer als 15° gestattet werden. Bei Flachdächern können abweichend davon Ausnahmen zugelassen werden. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind entsprechend den Regelungen in Absatz 14 (Firstverglasungen) Anlagen zur Energiegewinnung gestattet werden. Die Festlegungen gelten auch für Neubauten. Ausnahmen sind für innovative Lösungen von Anlagen zur Energiegewinnung möglich (beispielsweise Solarziegel), wenn sich diese in Form, Größe, Materialität, Gestaltung und in den Proportionen in die städtebauliche Eigenart der Umgebung einfügen.

§ 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen

- (1) Die Anbringung von Markisen an der Fassade ist straßenseitig nur bei Schaufenstern im Erdgeschoss zulässig.
- (2) Die Markisen sind als bewegliche Markisen auszuführen. Die Halterungen, Konstruktionen und Verwahrungen von Markisen dürfen bei geschlossenem Zustand der Markise nicht über das äußere Maß der Fassadengliederungen hinausragen.
- (3) Markisen sind als Einzelmarkisen bezogen auf die jeweilige Breite des Schaufensters bzw. der Schaufenstergliederung auszubilden. Durchlaufende Markisen über mehrere Fenster- bzw. Türachsen sind nicht zulässig. Der Ladeneingang und ein unmittelbar benachbartes Schaufenster können mit einer Markise überdacht werden, wenn Eingang und Schaufenster eine gestalterische Einheit bilden.
- (4) Markisen dürfen die Fassadengliederung nicht unterbrechen. Die Markise ist in der Form des Sturzes auszuführen. Korbmarkisen sind nur möglich, wenn vorherrschende Gestaltungselemente wie z.B. ein Rundbogenfenster diese Markisenform erfordern.



zu (1) bis (5) Zulässige Anordnung von Markisen: Durch Einzelmarkisen wird die Gliederung der Fassade aufgenommen.

- (5) Hinweis: Markisen, Überdachungen etc., die mit Werbung versehen sind, unterliegen der jeweils aktuellen Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam und sind erlaubnispflichtig.
- (6) Überdachungen die dem Sonnen- bzw. Witterungsschutz dienen sind nur als freistehende oder mobile Konstruktionen zulässig. Als Überdachung gelten Sonnenschirme, Sonnensegel, freistehende Markisenanlagen, Zelte und Pavillons etc. Abweichungen sind in Paragraph 9 geregelt.
- (7) Pro Einzelhandels- bzw. Gastronomiebetrieb ist nur eine Art/Typ Überdachung bzgl. Form, Material, Größe und Farbe zulässig. Freistehende Überdachungen dürfen nur direkt über der Nutzungsfläche aufgestellt werden. So genannte Ampelschirme sind nicht zulässig.
- (8) Bei der Materialwahl der Überdachungen ist die Bespannung nur in textilem Material in gedeckten Farben zulässig. Bei der Farbgestaltung der Überdachungen sind grelle Farben unzulässig. Folien aller Art sind unzulässig. Fremdwerbung auf den Überdachungen ist unzulässig. Eine dezente Eigenwerbung am Randbereich der Überdachung kann zugelassen werden.
- (9) Überdachungen dürfen eine max. Höhe im geöffneten Zustand von 3,00 m nicht überschreiten. Überdachungen dürfen eine max. Kantenlänge bzw. einen Durchmesser von 4,00 m nicht überschreiten.
- (10) Für eine Überdachung darf nur die öffentliche Fläche in Anspruch genommen werden, die der Breite der Straßenfront des dazugehörigen Einzelhandels- bzw.

Gastronomiebetriebes entspricht.

- (11) An Überdachungen, ebenso wie an Vordächern, Balkonen, etc. dürfen keine Waren aufgehängt werden.
- (12) Überdachungen dürfen nur in Bodenhülsen befestigt werden. Ortsfeste Verankerungen (Bodenhülsen etc.) sind nur unter Berücksichtigung stadtgestalterischer, tief- bautechnischer und verkehrlicher Belange zulässig. In Bereichen, in denen es nicht möglich ist, Bodenhülsen für Überdachungen in den Boden einzulassen (Untertunnelung, oberflächennahe Ver- und Entsorgungsleitungen, Fundamente, Kellerdecken etc.) dürfen ausnahmsweise mobile Befestigungen/Schirmständer verwendet werden.
- (13) Fensterläden und Fensterkästen sind zu erhalten. Bei Erneuerung sind sowohl Fensterläden, als auch Fensterkästen baugleich bzw. in Anlehnung an die nachgewiesenen Muster zu rekonstruieren. Nach der im Geltungsbereich weit verbreiteten Ausführung sind die Scharniere der Fensterläden am äußeren Holzrahmen des Holzkastenfensters soweit vorhanden, ohne seitlichen Abstand anzubringen.



Klappläden mit Leibungskästen an einem Kolonistenhaus

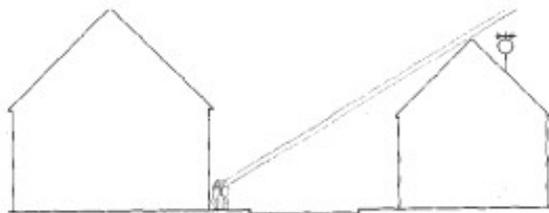
- (14) Rollläden für Fenster, die vom öffentlichen Raum aus sichtbar sind, sind ausschließlich in Holz zulässig. Rollläden für Schaufenster sind in Holz oder Leichtmetall auszuführen.
- (15) Vom öffentlichen Raum aus sichtbare Rollläden müssen mind. 0,10 m hinter der Fassadenebene liegen und dürfen im geöffneten Zustand nicht sichtbar sein. Der nachträgliche Einbau von Rollläden darf die Dimension oder Proportion des Fensters nicht verändern. Außenliegende aufgesetzte Rollladenkästen sind nicht zu-

lässig. Laufschielen sind so im Putz bzw. Mauerwerk einzulassen, dass die straßen- und giebelseitig nicht sichtbar sind. Die Schürzen sind, soweit vorhanden, zu erhalten.



Beispiel für Rollläden an einem Gründerzeitgebäude

- (16) Sonnenschutzanlagen an den Fenstern können straßenseitig als Holzjalousetten oder Stoffbahnen, hofseitig auch in Leichtmetall ausgeführt werden.
- (17) Rollläden der Fenster bzw. Sonnenschutzanlagen müssen auf der gesamten Fassade bzw. den Fassadenabschnitten farbig einheitlich und baugleich ausgeführt werden. Rollladenkästen und Sonnenschutzanlagen dürfen nicht außenliegend angebracht werden, sondern müssen innerhalb der Fensteröffnungen liegen.
- (18) Vordächer, Kragdächer oder andere den Zusammenhang zwischen den Geschossen unterbrechende Bauglieder sind nicht zulässig. Ausnahmen bestehen bei der Überdachung des rückwärtigen bzw. Hofeinganges mit einem Kragdach.
- (19) Antennen- und Satellitenempfangsanlagen, nachfolgend Antennen genannt, sind als Unterdachantenne auszuführen, sofern dies die örtliche Empfangssituation und die Konstruktion des Dachraumes zulassen. Bei notwendiger äußerer Anbringung ist bei Flachdächern ein Standort im rückwärtigen Viertel der Dachfläche und bei geneigten Dachflächen ein Standort auf der zur erschließenden Straße abgewandten Seite der Dachfläche zu wählen. Bei geneigten Dachflächen darf die Antenne nicht mehr als 1,00 m über den höchsten Punkt der Dachfläche hinausragen. Die Anordnung von Antennen an Fassaden oder Balkonen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, sowie Antennen im Bereich von Vorgärten sind nicht zulässig.



Hofseitige Anordnung von Antennen, um das Stadtbild nicht zu beeinträchtigen

- (20) Kabel, Befestigungen, Leitungen, Rohre und dergleichen sind auf straßenseitigen und seitlichen Dach-, Fassaden- oder sonstigen Außenwandflächen nicht zulässig. Ausnahmen bestehen für Sicherheitsleitern auf Dachflächen, für Dachrinnen und Fallrohre sowie für Schneefanggitter.

§ 8 Außenanlagen, Nebenanlagen, Garagen, Carports und Einfriedungen

- (1) Vom Straßenraum sichtbare Garagen sind ausschließlich aus Mauerwerk oder Beton mit Glattputz zulässig.
- (2) Carports, Fahrradabstellanlagen einschließlich ihrer Überdachungen sowie Garten- und Gerätehäuser dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (3) Einfriedungen und Einhausungen von Abfallbehältern und Müllcontainern dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (4) Briefkästen und Klingelanlagen können in Holzlattenzäune und Mauern bündig integriert werden. Die Integration in schmiedeeiserne Zäune ist nicht möglich.



Briefkastenanlage in Holzzaun integriert

- (5) Straßenseitige Einfriedungen sind als

blickdichte Holzlattenzäune bzw. -tore, in Sichtmauerwerk bzw. verputztem Mauerwerk in Verbindung mit Holzlattentoren oder als metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinkern oder Beton auszuführen. Die Verwendung von Stacheldraht, Maschendraht oder Stabmattenzäunen als sichtbare Eingrenzung ist nicht zulässig.

- (6) Holzlattenzäune und Mauern sind in einer Höhe bis maximal 1,80 m auszuführen. Metallene Einfriedungen dürfen straßenseitig eine mittlere Höhe bis zu 1,40 m aufweisen. Diese Festlegung gilt nicht, soweit es sich um die Rekonstruktion von Einfriedungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes handelt.
- (7) Vorgärten sind mit offenen Zäunen (metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinker oder Beton) einzufrieden.
- (8) Straßenseitige Grundstückseinfriedungen sind direkt an die Grundstücksgrenze zu setzen und dürfen nicht eingerückt auf dem Grundstück angeordnet werden.



Beispiel für einen Staketenzaun

III. Regelungen zum Verfahren

§ 9 Abweichungen

- (1) Abweichungen sind zulässig zu den Festlegungen der §§ 3, 4, 5, 6, 7 und 8.
- (2) Abweichungen sind schriftlich zu beantragen und zu begründen
- (3) Abweichungen werden genehmigt, wenn sie aus Gründen des Brandschutzes, der Barrierefreiheit oder anderen rechtlichen Anforderungen erforderlich sind.

- (4) Bei Neubauten werden Abweichungen hinsichtlich der Materialien von Bauteilen und Gebäudeteilen genehmigt, wenn sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind.
- (5) Die Abweichung ist zu genehmigen, wenn städtebaulich gleichwertige Lösungen beantragt sind, welche hinsichtlich des verwendeten Materials und des Erscheinungsbilds ortstypisch sind und sich einfügen oder auf Grundlage von denkmalpflegerischen Befunden.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 85 Abs. 1 Nr. 1 BbgBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- entgegen den Anforderungen in § 3 Fassadengliederungen ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen § 3 Balkone, Erker, Loggien oder Zwerchhäuser errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 4 Fassaden, Tore, Türen und Fenster farbig gestaltet;
- entgegen den Anforderungen in § 5 Fenster und Türen erneuert, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 6 Dacheindeckungen mit anderen Materialien vornimmt bzw. Dachausbauten errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 7 Sicht- und Sonnenschutzelemente ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 8 Vorgartengestaltungen und Einfriedungen errichtet, ändert oder beseitigt.

Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 85 Abs. 3 BbgBO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

§ 11 In-Kraft-Treten

- (1) Die Gestaltungssatzung tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

IV. Erläuterungen

Zum Rechtscharakter der Satzung.

Es handelt sich um eine Satzung zur Regelung der äußeren Gestaltung baulicher und anderer Anlagen nach § 87 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 BbgBO.

Zu § 1 Räumlicher Geltungsbereich

Das Geltungsgebiet wird durch eine große Gebäudeanzahl geprägt, welche

mehrheitlich vor dem Jahre 1914 errichtet wurden. Einige Bauten stammen aus der Zeit um 1920-1930, nach 1990 wurden auch eine große Anzahl Neubauten errichtet.

Mit den Gestalterischen Sanierungszielen, welche seit 1999 gelten, wurde die historisch geprägte Stadtanlage mit der Folge von Straßen und Plätzen behutsam saniert und erhalten. Aufgrund dieser Tatsache und zur Sicherung der erreichten hohen Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität im Geltungsbereich werden mit der Gestaltungssatzung umfangreiche fachliche und gestalterische Hilfestellungen für zukünftige Bau- und Sanierungsmaßnahmen gegeben.

Die Festlegungen beziehen sich auf alle Veränderungen an bestehenden Gebäuden, um die bestehenden und schützenswerten städtebaulichen, architektonischen und gestalterischen Strukturen zu bewahren.

Bei Neubauten sollen die Festlegungen eine Einordnung in die Umgebung absichern.

Zur differenzierten Betrachtung werden drei Gebäudetypen unterschieden, die jeweils charakteristische Merkmale aufweisen und denen im weiteren jeweils bestimmte städtebauliche und architektonische Anforderungen zu ihrem Erhalt zugewiesen werden:

Eingeschossener sind überwiegend:

- Eingeschossige Kolonistenhäuser des 18. Jahrhundert
- Zweigeschossige Kolonistenhäuser des 19. Jahrhundert (Sekundärbauten)

Zweigeschossener sind überwiegend:

- Zweigeschossige Bauten ohne Drempelgeschoss
- Zweigeschossige Bauten mit Drempelgeschoss und reichhaltigem Schmuck

Mehrgeschosser sind überwiegend:

- Drei- bis viergeschossige Bauten aus der Gründerzeit oder dem Jugendstil überwiegend mit Schmuckelementen, Balkonen und Erkern.

Zu § 2 Sachlicher Geltungsreich

Zu § 2 (1) und (2)

Die Brandenburgische Bauordnung ermöglicht es nicht, in einer örtlichen Bauvorschrift eine Genehmigungspflicht für Vorhaben einzuführen, die nach § 61 BbgBO baugenehmigungsfrei sind. Es wird darauf hingewiesen, dass auch eine Erhaltungssatzung besteht, so dass diverse baugenehmigungsfreie Vorhaben der Genehmigungspflicht nach § 172 BauGB unterliegen.

Viele kleine Änderungen die Auswirkungen auf das städtebauliche Erscheinungsbild der Gebäude haben, sind baugenehmigungsfrei. So sind beispielsweise nach § 61 Abs. 11 BbgBO die Änderung von Fenstern und Türen, die Verkleidung, die Verblendung, der Verputz und der Anstrich baulicher Anlagen, die Errichtung oder Änderung von Bauteilen, die nicht tragend, aussteifend oder raumabschließend sein müssen und der Einbau liegender Dachflächenfenster baugenehmigungsfrei.

Zu § 2 (3), (4) und (5)

Dies dient zur Vermeidung von Unklarheiten und Konflikten zwischen unterschiedlichen Satzungen und Rechtsgebieten. Es wird damit auch klargestellt, dass nach § 61 BbgBO baugenehmigungsfreie Vorhaben ggf. nach §§ 144 und 172 BauGB genehmigungspflichtig sein können.

Zu § 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper

Grundsätzlich richtet sich die Zulässigkeit von Vorbauten wie Balkonen nach dem Bauplanungsrecht in Verbindung mit dem Bauordnungsrecht. Hier wird nur deren gestalterische Ausführung geregelt.

Zu § 3 (1)

Die gliedernden oder schmückenden Fassadendetails wie Putz- oder Stuckvorlagen, Gewände, Lisenen, Putznuten, Sichtmauerwerk und dgl. sind für die bestehenden Gebäude und Ensemble bestimmend. Sie tragen zur Ausprägung des „regional typi-

schen“ Erscheinungsbildes bei und sind aus der Fassadenstruktur heraus entwickelt worden. Ihre Erhaltung ist deshalb unbedingt erforderlich. Ihre Rekonstruktion ist wünschenswert, sofern anhand von Fotografien oder Zeichnungen der Zustand der Entstehungszeit (vgl. § 2) nachgewiesen werden kann.

Zu § 3 (2)

Die Abgrenzung der Fassade vom Dach durch ein Traufgesims, -balken oder -kasten bestimmt das Erscheinungsbild des Gebäudes. Dieses prägende Merkmal ist zu erhalten. Die Anbringung eines Giebelgesimses ist nicht möglich, da es ein für diese Region untypisches Gestaltungsmittel darstellt.

Zu § 3 (3)

Die gliedernden oder schmückenden Fassadendetails wie Putz- oder Stuckvorlagen, Gewände, Lisenen, Putznuten, Sichtmauerwerk, Gesimse und dgl. sind für die bestehenden Gebäude und Ensemble bestimmend. Sie tragen zur Ausprägung des „regional typischen“ Erscheinungsbildes bei und sind aus der Fassadenstruktur heraus entwickelt worden. Diese prägenden Merkmale sind zu erhalten und sollen nicht durch bauzeituntypische zusätzliche Vor- oder Kragdächer überdeckt oder gestört werden.

Zu § 3 (4)

Unter Drempeel wird der über das Niveau des Dachfußbodens hinausragende Teil der Umfassungswände eines Gebäudes verstanden. Die Dachkonstruktion liegt in der Regel beim hölzernen Dachstuhl auf diesen Umfassungswänden auf. Bei der Ausbildung des Drempeels ist die maßgebliche Festlegung abgeleitet aus den in diesem Gebiet vorherrschenden Bauten des 18./19. Jahrhunderts. Durch ein zu hohes Drempeelmaß zur max. Ausnutzung des Dachgeschosses ergeben sich zu hohe Traufsprünge, wodurch die Proportionen der Straßenfassaden nachteilig verändert würden. Bei Neubauten kann zudem die Ensemblewirkung beeinträchtigt werden.

Zu § 3 (5)

Balkonüberdachungen sind nicht charakteristisch für das Geltungsgebiet. Balkonüberdachungen als zusätzliches Element (bei Neubauten) müssen sich der Fassadengliederung unterordnen. Das neue Bauteil ist als Stahl-Glas-Konstruktion mit schlanken Profilen bei minimaler Konstruktionshöhe auszuführen.

Zu § 3 (6)

Die Zulässigkeit von Balkonen insgesamt sowie deren Größe beurteilt sich nach dem

Bauplanungsrecht.

Zu § 3 (6) bis (9)

Balkone und Erker wurden in der Entstehungszeit (vgl. § 2) im Zusammenhang mit der geplanten Fassadengliederung angeordnet. Sie sind für das jeweilige Gebäude prägend. Ihre Erhaltung bzw. Wiederherstellung ist deshalb im Sinne der Stadtbildpflege erforderlich.

Dasselbe gilt für Zwerchhäuser (unmittelbar auf der Traufe aufsitzender geschosshoher Dacherker in Fassadenflucht mit quer zum First des Haupthauses verlaufendem First). Eine nachträgliche Anbringung von Balkonen, Erkern oder Zwerchhäusern steht der beabsichtigten Erhaltung der gestalterischen Einheit entgegen.

Zu § 3 (8)

Die Festsetzung sorgt dafür, dass sich Erker besser an die Fassade des jeweiligen Gebäudes anpassen. Als Normalgeschoss ist hier ein oberirdisches Geschoss zu verstehen, welches sich mit seiner Deckenoberkante unterhalb der Traufe befindet.

Zu § 3 (9)

Durch die Festlegung wird gewährleistet, dass sich Zwerchhäuser bei Neubauten an die das Ortsbild prägende Anordnung von Zwerchhäusern anpassen.

Zu § 3 (10)

Freitreppen sind kein charakteristisches Element im Geltungsgebiet. Bei mehrgeschossigen Gebäuden mit herausgezogenem Kellergeschoss erfolgt die Erschließung überwiegend über die Anordnung von Stufen im Gebäudeinneren (Flur).

Zu § 4 Fassadenmaterialien und –farben

Zu § 4 (1)

Die Entscheidungen für bestimmte Putz- oder Materialstrukturen sind in der Vergangenheit immer gestalterische Vorgaben in Zusammenhang mit den gestalterischen und architektonischen Gesamtwirkungen der Gebäude gewesen. Die Erhaltung oder Rekonstruktion ist im Sinne der Stadtbildpflege des Gebietes und zur Bewahrung seines Erscheinungsbildes erforderlich. Sofern keine besonderen Strukturen oder Materialien verwendet wurden, erhielten die Gebäude einen glatten Außenputz. Diese Oberfläche bestimmt das Erscheinungsbild. Rau- oder Kratzputzfassa-

den stammen meist aus jüngerer Zeit. Diese Oberflächenstrukturen sind den Gebäuden und der Gebietstypik nicht angemessen. Sie ergeben auch Veränderungen des Licht-Schatten-Spiels an der Fassade. Verblend- und Sichtmauerwerk repräsentieren eigenständige gestalterische Qualitäten und wurden auch in der Vergangenheit als Alternative zur glatt geputzten Fassade angewendet. Dagegen sind Imitationen ausgeschlossen.

Zu § 4 (2)

Fassadenverkleidungen verfremden die Fassaden, wenn die Plastizität und die Gliederung der Fassaden überdeckt werden. Derartige Fassadenverkleidungen sind nicht kennzeichnend für das Stadtbild und stehen der Erhaltung des Stadtbildes entgegen. Sie müssen dann so gestaltet sein, dass die Ursprüngliche Fassadenstruktur erhalten bleibt und sich die Fassaden gestalterisch einfügen.

Zu § 4 (3)

Die Gebäude wurden in der Vergangenheit meist mit einem Sockel errichtet. Die Gliederung Sockel-Fassade-Dach ist prägend und auch künftig zu erhalten. Bei Gebäuden, deren Proportionen durch zu hohe Sockel gestört sind bzw. bei Materialien, die für diesen Bautyp unüblich waren, wird die Veränderung im Rahmen von Fassadenarbeiten empfohlen. Der sichtbare Gebäudesockel sollte die tatsächliche Sockelhöhe (Maß zwischen Oberkante Gelände bzw. Fußweg und Oberkante des Erdgeschossfußbodens) nicht überschreiten. Ausnahmen bilden die Kolonistenhäuser, bei denen eine Sockelausbildung aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) nicht nachweisbar ist, sowie Neubauten, bei denen die architektonische Gestaltung einen Sockel nicht vorsieht.

Zu § 4 (4)

Im Bestand sind überwiegend gemauerte Ziegelsteinsockel oder Glattputzsockel vorzufinden. Der Einsatz von Materialien mit glänzender, metallischer oder glasierter Oberfläche würde das Erscheinungsbild verfremden und den Straßenraum massiv verändern. Die Betonung von Fassadenabschnitten durch auffällige Materialien ist nicht im Sinne des historischen Erscheinungsbildes des Gebiets.

Zu § 4 (5)

Prägend für den Geltungsbereich sind Putz- oder Klinkerfassaden mit matter Oberfläche. Neubauten haben sich dahingehend in das Ortsbild einzufügen.

Zu § 4 (6)

Die Gestaltung der Fensterbänke steht in direktem Zusammenhang mit den Fenstertypen und somit der Fassadengestaltung. Maßgeblich ist die Erfüllung ihrer Funktion als technisch bedingtes Bauelement. Modernistische Lösungen, z.B. industriell gefertigte Kunststeinelemente und beschichtete Aluminiumprofile stehen nicht im Einklang mit den baugeschichtlich nachgewiesenen Formen und Materialien.

Zu § 4 (7)

Eingänge unterstreichen die Gliederung der Fassaden, unterteilen und gestalten zudem die Erdgeschosszone. Maßgeblich ist die Wahrung der Proportionen von Treppenlauf, Brüstung bzw. Geländer, Stufenbreite und Treppenpodest im Verhältnis zur Fassade. Ein wohlgestalteter Haupteingang unterstreicht die Ausgewogenheit einer Fassade. Diese Gestaltungsregelung gilt auch für rückwärtig erschlossene Gebäudetypen.

Zu § 4 (8)

Die farbige Gestaltung ist eine traditionelle Möglichkeit der äußeren Gestaltung von Fassaden und wurde auch im Geltungsgebiet dieser Gestaltungssatzung im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Materialien (Pigmente, Erdfarben und Bindemittel, Kalk bzw. Kasein) ausgeführt.

Hierin begründen sich die Festlegungen des Farbspektrums. Die farbige Differenzierung ist eine für diesen Ort charakteristische praktizierte Form der farbigen Gestaltung. Ziel ist, die Ensemblewirkung der Gebäude zu wahren und nicht das Einzelhaus aus dem Zusammenhang herausgelöst zu gestalten.

Zu § 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen

Zu § 5 (1)

Größe und Format der Fenster sind von der Bauweise und den verwendeten Materialien abhängig. Mit dem gemauerten Sturz konnten nur bestimmte Öffnungsbreiten überspannt werden. Die Fensterhöhe wurde bestimmt in Abhängigkeit von Raumhöhe, Nutzung und Fassadengestaltung. Über Jahrhunderte prägte das Fenster im stehenden Format die Fassaden. Aus diesem Grund betreffen die Festlegungen sowohl den Erhalt der für diesen Ort charakteristischen Anordnung und des Formates bei bestehenden Gebäuden als auch die Ausführung bei Neubauten.

Zu § 5 (2)

Bei Kolonistenhäusern und Sekundarbauten wurde ein Giebelöffnungssystem angewandt, welches abgesehen von der Belichtung der Dachgeschossräume bestimmend für die äußere Gestaltung des Gebäudes war. Bei Mehrgeschossern sind Giebelöffnungen untypisch und im Gebiet nicht vertreten.

Zu § 5 (3)

Französische Fenster: Fensteröffnungen, die bis zum Fußboden herabreichen, wobei die nach der geltenden Bauordnung geforderte Brüstungshöhe durch andere Vorrichtungen wie z.B. Geländer gewährleistet sein muss. Die rückseitige Zulässigkeit ermöglicht eine Aufwertung der Gebäude- und Wohnqualität. Die Festlegung bezüglich der Anzahl der Achsen gewährleistet den architektonischen Zusammenhang. Auswirkungen auf die städtebauliche Erscheinung des Gebäudes im öffentlichen Raum treten nicht auf, sofern die Hoffassaden bzw. Nebengebäude nicht oder kaum vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind. Bei Neubauten bestehen bei Berücksichtigung der Festlegungen und Beachtung der Proportionen der Fassaden keine Bedenken.

Anstelle von Balkonen ermöglichen französische Fenster eine adäquate Belichtung und Belüftung der Wohnräume.

Zu § 5 (4)

Zur Anpassung an das vorherrschende Fensterformat sollen die Fensterformate in vorgegebener Weise beschränkt werden.

Zu § 5 (5)

Bündig mit der Fassade angeordnete Fenster sind traditionell bei Fachwerk- und Speicher Gebäuden zu finden. Diese sind jedoch für Potsdam-Babelsberg untypisch. Beim Mauerwerksbau wurde das Fenster mit einem Anschlag versehen und hinter der Fassadenflucht zurückgesetzt angeordnet. Es entsteht die typische Fensterleibung sowie die Wechselwirkung von Licht und Schatten. Dieses charakteristische Erscheinungsbild ist im Sinne der Stadtbildpflege zu erhalten.

Zu § 5 (6) und (7)

Fensterteilungen und -proportionen sowie Zierelemente sind bei Altbaufenstern unverzichtbare und wesentliche Bestandteile der Fassadengestaltung. Sie spiegeln die Gestaltidee der Gesamtfassade wider. Die Teilung orientiert sich traditionell am „Goldenen Schnitt“. Dieser sollte auch bei neuen Fenstern berücksichtigt werden. Gleichzeitig sind die Fenster Beispiel handwerklichen Könnens

und Gestaltwillens. Traditionelles Material ist Holz, in unseren Breiten meist Kiefern- oder Eichenholz. Die Eigenschaften des Materials sowie handwerklich anspruchsvolle Verarbeitung haben über Jahrhunderte einen besonderen Gestaltreichtum und eine besondere Feingliedrigkeit bei gleichzeitiger Langlebigkeit geschaffen. Bis heute können schlanke Profile sowie die plastische Ornamentierung vieler bestehender Fenster originalgetreu nur in Holz hergestellt werden. Fensteröffnungen wurden in der Regel durch Kämpfer, Pfosten bzw. Stulp und Sprossen gegliedert. Diese Gliederungen entsprachen einerseits der Gesamtgestaltung der Fassade und andererseits waren sie Ausdruck der technischen Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang stehen auch die in der Regel vorhandenen Fensterläden bei ein- bzw. zweigeschossigen Gebäudetypen. Von diesem Gestaltungswillen abweichende Veränderungen an den Gebäuden beeinträchtigen das Erscheinungsbild. Dies betrifft auch die Nichtgliederung oder konstruktiv nicht nachvollziehbare Scheingliederung durch innenliegende oder zwischen den Scheiben angeordnete Sprossen.

Zu § 5 (8)

Die Festlegungen zur Gliederung, Form und Profilierung dienen der Bewahrung der gestalterischen Einheit des Gebäudes. Die angegebenen Maße für Rahmen, Pfosten/Stulp, Kämpfer und Sprossen resultieren aus der Analyse der Bestandsfenster. Das Ziel der Gebäudeplanung mit allen Detaillösungen ist die gestalterische und architektonische Einheit aller Gebäudeteile. Sichtbare Regenschienen beeinflussen das Erscheinungsbild, da ursprünglich Wetterschenkel verwendet wurden.

Zu § 5 (9)

Verspiegelte bzw. getönte Scheiben verändern erheblich die Gestalt des gesamten Gebäudes. Klarglasscheiben bleiben zurückhaltend in der Wirkung. Farbige Gläser sind bei Treppenhäuserfenstern und Eingangstüren recht häufig anzutreffen; sie sollen auch nur hier Verwendung finden. Ornament- oder Bleiverglasung sind kirchlichen oder öffentlichen Bauten vorbehalten bzw. als verspiegelte Gläser und Glasbausteine ein stilistisches Mittel moderner Architektur.

Zu § 5 (10)

Wintergärten unterliegen den gleichen gestalterischen Anforderungen wie andere Gestaltungselemente der Fassade. Sie dürfen die Ausgewogenheit des gesamten Gebäudekom-

plexes nicht zerstören. Im Bestand sind sie zumeist nur durch einen massiven Eingriff in die Bausubstanz umsetzbar. Ihre Zulässigkeit beschränkt sich daher auf Fassaden, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind.

Zu § 5 (11) und (12)

Sonderformate finden sich in der Regel bei Fenstern der Treppenhäuser sowie der Keller. Sowohl Treppenhaus- als auch Kellerfenster bilden einen wesentlichen Bestandteil der Fassadengliederung und spiegeln die Nutzung anhand der Aufteilung durch glasteilende Elemente wie Sprossen oder kleine, zu öffnende Flügel oder durch ihre Schlichtheit im Bereich des Untergeschosses wider. Kellerlichtschächte sind im öffentlichen Straßenland vom Straßenbaulastträger nicht erwünscht.

Zu § 5 (13)

Derartige Fensterbänder sind für das Gebiet nicht charakteristisch. Sie würden das Erscheinungsbild des Ensembles insgesamt verändern.

Zu § 5 (14)

Die Türen wurden immer in Übereinstimmung mit der Fassade und den anderen Bauteilen gestaltet und in Holz sowie in geringem Umfang auch in Stahl ausgeführt. Der hohe Aufwand und die Sorgfalt, auch bei der Detailgestaltung, sind noch heute bei Türen und Toren zu erkennen.

Zu § 5 (15)

Derartige Verglasungen stehen der angestrebten Erhaltung des charakteristischen

Erscheinungsbildes entgegen. Anhand von Fotos oder Zeichnungen nachgewiesene oder aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) erhaltene Farb- o- der/und Ornamentverglasungen können rekonstruiert oder erhalten werden.

Zu § 5 (16)

Diese Ausführung wird festgelegt, damit keine von der gebietstypischen Struktur abweichenden Ausführungen (z.B. Rolltore) verwendet werden können.

Zu § 5 (17)

Im Geltungsgebiet sind Schaufensteranlagen in den Obergeschossen nicht vorhanden. Die ausreichende Belichtung ist über „normale“ Fenster gegeben. Zur Wahrung vorhandener Fassadengliederungen ist daher der Einbau von Schaufensteranlagen in Obergeschossen nicht zulässig. Das querliegende Rechteck als Schaufensterformat widerspricht bei bestehenden Gebäuden der übergeordneten Fas-

sadenstruktur. Bei Neubauten ist dieses Format ausgeschlossen, da durch Abweichung von den ausgeprägten Strukturen und Proportionen des Stadtbildes eine Beeinträchtigung auftritt. Die genannten Ausnahmen sind zulässig, da sie sich in dieser Art und Weise als Gesamtlösung in die Fassadenstruktur einordnen.

Zu § 5 (18) bis (21)

Als Bestandteil der Fassade müssen sich Schaufenster der übergeordneten, durch die bestehenden Gebäude geprägten städtebaulich-architektonischen Gliederung anpassen. Mit den Festlegungen wird gewährleistet, dass Schaufenster eine Gliederung erhalten. Besonders bei großformatigen Schaufenstern, die z.B. zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeordnet wurden, muss deren gestalterische Detail- und Gesamtbildung ablesbar bleiben. Bezüge zur Fassade, zum Gebäude und zum städtebaulichen Raum müssen beachtet werden. Ungegliederte Schaufenster können zu unmaßstäblichen Gestaltungen führen (sog. „Aufreißen“ des Erdgeschosses). Der Einbau von Schaufenstern bündig mit der Außenfassade entspricht nicht der diesen Ort kennzeichnenden Ausführung und ist daher nur im Falle des baugeschichtlichen Nachweises, nicht jedoch bei späteren Um- oder Erweiterungsbauten zulässig. Die Festlegung der Pfeilerbreite begründet sich in den gängigen Mauerwerksmaßen. Die Schaufenstergliederung muss erfolgen, damit die Kleinteiligkeit und Proportion des Schaufensters in Bezug auf die Gesamtfassade gewahrt bleibt.

Zu § 5 (22)

Maßgeblich für diese Regelungen sind in erster Linie die unterschiedlichen Gebäudetypen und die vorherrschenden Gebäudehöhen im Geltungsbereich. Aus verschiedenen Gründen müssen Ladeneingangsstufen häufig zurückgesetzt werden. Die Festlegung soll großflächige und überproportionale Öffnungen verhindern, die aus der Fassadenebene hervor oder zurückspringen.

Zu § 5 (23)

Für die Fensterfarbigkeit standen historisch nur Farbtöne zur Verfügung, die in Verbindung mit organischen Bindemitteln zu deckenden Anstrichen verarbeitet wurden. Die Fenster des gesamten Gebäudes erhielten einen gleichfarbigen Anstrich. Dies unterstreicht die gestalterische Gesamtwirkung der Fassade. Der Nutzungswechsel zwischen dem Erdgeschoss und den Obergeschossen kann durch unterschiedliche Farbigkeit verdeutlicht werden. Fenster-

läden sind die historische Möglichkeit zur Fenstersicherung. Sie sind dazu ein Gestaltungselement, das die Fassade gliedert. Die regionale und zeittypische, auch farbliche Gestaltung von Fensterläden trägt im Zusammenwirken mit den Fenstern und Türen zum spezifischen Ortsbild bei. Die Farbigkeit der Hauseingangstüren und -tore wurde in der Vergangenheit so ausgeführt, dass die Materialtypik berücksichtigt wurde. Dies bedeutet, dass in der Regel dunkle Farbtöne oder Bierlasuren verwendet wurden, bei denen die Holzstruktur erhalten blieb.

Zu § 6 Dächer und Dachfenster

Zu § 6 (1) und (2)

Mit dieser Festlegung wird ein wesentliches Gestaltungsmerkmal von Gebäuden so bestimmt, dass keine Verfremdung der Gebäudeform auftritt. Die unterschiedlichen Trauf- und Firsthöhen ermöglichen häufig die gleichzeitige Wahrnehmung von zwei oder mehr Dachflächen. Sichtbare unterschiedliche Neigungswinkel der Dächer ergeben eine vom charakteristischen Erscheinungsbild dieses Ortes abweichende Dachlandschaft.

Zu § 6 (3)

Die Dacheindeckung erfolgte in der Vergangenheit mit in der Umgebung produzierten Dachsteinen. Dadurch prägten sie in Form und Farbe das regionale Erscheinungsbild der Dachlandschaft. Vorherrschend waren ziegelrote, selten dunklere (rotbraune) Tondachsteine. Diese Strukturen gilt es zu erhalten. Mit den Festlegungen wird ein Rahmen vorgegeben, der für neue Dachformen mit entsprechenden Eindeckungsmöglichkeiten offen ist. Sofern tradi-

tionelle Dachformen ausgeführt werden, muss auch die Dacheindeckung traditionell sein.

Zu § 6 (4)

Regenschutzanlagen sind traditionell im Gebiet in Zinkblech vorhanden. Die Ausführung in Kupfer war aufgrund der höheren Kosten früher den öffentlichen oder sakralen Bauten vorbehalten. Neuere Materialien, z.B. industriell vorgefertigtes Aluminium, erzeugen eine andere optische Wirkung, welche sich nicht in die traditionelle, durch Handwerkskunst geprägte Gestaltung des Gebietes einfügen.

Zu § 6 (5)

Ortgangziegel sind ein fremdes Baudetail in einem Umfeld, das durch traditionelle Detaillö-

sungen geprägt ist. Anstelle einer Abdeckung erfolgte bei niedrigen Gebäuden der Anschluss durch Anputzen, bei höheren Gebäuden zum Teil durch eine Zinkabdeckung. Durch die Verwendung von Ortgangsteinen und Verblendungen wie Zinkverwahrungen, Holzverschalungen usw. würde die Giebelansicht in einer für diese Bebauung untypischen Art und Weise verändert.

Zu § 6 (6)

Dachüberstände bestimmen wesentlich das äußere Erscheinungsbild eines Gebäudes. Das Maß wird entsprechend der Gebäudehöhen zur Wahrung der Proportionen der Fassade ausgebildet. Bei der Mehrzahl der Gebäude sind straßen- und hofseitig Dachüberstände von bis zu 0,30 m die Regel, giebelseitig hingegen gab es keine Überstände, die Anschlüsse an die Dachziegel wurden geputzt. Kennzeichnend ist der horizontale Verlauf der Traufkante, Versprünge der Traufhöhen innerhalb der Fassadenabschnitte sind bei Ein- und Zweigeschossern unüblich. Vereinzelt sind bei aufwändig gestalteten Mehrgeschossern größere Überstände im Bereich von Erkern bzw. Balkonen vorzufinden.

Zu § 6 (7)

Blechverwahrungen sind abhängig von der gewählten Dacheindeckung in der Regel konstruktiv zwingend erforderlich. Die konstruktiven Erfordernisse müssen jedoch immer in Übereinstimmung mit gestalterischen Anforderungen realisiert werden.

Zu § 6 (8)

An bestehenden Gebäuden sind oft Gauben vorhanden. Die bestimmende äußere Form ist das stehende Format. Abschleppungen, die über das konstruktiv notwendige Maß zur Wasserableitung hinausgehen oder andere Formen, wie z.B. Walm- oder Fledermausgauben, sind für das Geltungsgebiet nicht charakteristisch; soweit im Bestand vorhanden, sind diese Sonderformen jedoch zu erhalten.

Zu § 6 (9) und (10)

Die gestalterische und architektonische Einheit des Gebäudes ist die Voraussetzung für die Zulässigkeit von Gauben. Dementsprechend sind Gauben in Übereinstimmung mit der Fassadengliederung anzuordnen. Die max. zulässige Breite der Gauben ist abhängig von den Gebäudeproportionen und dem Gebäudetyp, insbesondere von Geschossigkeit, Gebäudebreite und Anzahl der Fensterachsen.

Eine Breitenreduzierung erfolgt, um dem

Eindruck eines zusätzlichen Geschosses entgegenzuwirken. Insgesamt muss sich das Dachgeschoss in seiner Wertigkeit den Normalgeschossen unterordnen. Der vorgeschriebene Abstand der Gauben zur Traufe entspricht in der Regel drei Reihen Dachziegel. Die Festlegungen zur Größe orientieren sich an örtlichen Traditionen und gewährleisten, dass die gewachsene Dachlandschaft auch bei einem Dachausbau, erhalten bleibt. Bei Dachkonstruktionen der vorhandenen Mansarddächer sind Abweichungen zur Festlegung erlaubt, sofern Aufbauten geringere Traufabstände erfordern.

Zu § 6 (11)

Die gestalterische Gesamtwirkung des Gebäudes ist übergeordnet. Dieser Forderung muss auch bei Detaillösungen entsprochen werden. Dies trifft in gleichem Maße auf Gaubenfenster zu.

Zu § 6 (12)

Die zulässige Gestaltung der Seitenwände von Gauben entspricht den traditionellen Möglichkeiten.

Glas als moderne Version hat sich bewährt, da damit besonders filigrane und elegante Gaubenkonstruktionen ermöglicht werden. Gauben als Stahl-Glas-Konstruktionen setzen sich als modernes architektonisches Element von den Bestandsgebäuden ab, überlagern jedoch nicht die vorhandene Dachstruktur. Durch die filigrane Bauweise der Gauben werden sie bewusst als sichtbar neues Bauteil abgesetzt, jedoch gleichermaßen in die vorhandene Dachlandschaft integriert, ohne störenden Einfluss zu nehmen. Schlanke Stahlprofile mit hohem Glasanteil ermöglichen eine optimale Belichtung der Dachgeschosse bei geringem Eingriff in die Gestaltung des Gebäudes. Im Vergleich zu herkömmlichen Gauben, die als schwere konstruktive Aufbauten wirken, stellen sie eine behutsame Lösung und eine Bereicherung der Formen bei größtmöglicher Belichtung der Wohnräume dar.

Zu § 6 (13)

Dachflächenfenster mit einer Fläche über 0,25 m² und Dacheinschnitte unterbrechen die typischen, geschlossenen Dachflächen und weichen vom Erscheinungsbild bestehender Gebäudetypen ab. Alle vom öffentlichen Straßenraum einsehbaren Bereiche werden durch solche Veränderungen der Dachlandschaften negativ beeinträchtigt. In Hofbereichen und bei Dachflächen von Mehrgeschossern, die vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sind, bestehen diese Beeinträchtigungen des städtebaulichen Raumes nicht in diesem Maß. Die Straßenräume sind oftmals

zu eng, als dass die Dachflächen höherer Gebäude einsehbar sind. Hier stellen Dachflächenfenster mitunter eine geringere Beeinträchtigung als Gauben dar. Somit kann in diesen Fällen sowohl hofseitig als auch bei drei und mehr Geschossen straßenseitig der Belichtung Vorzug gegenüber gestalterischen Aspekten eingeräumt und damit die Nutzung der Dachräume abgesichert werden.

Zu § 6 (14)

Firstverglasungen stellen eine weitere Möglichkeit dar, Nutzungen zuzulassen, die besondere Anforderungen an die Belichtung stellen. Moderne Grundrisslösungen, die eine Erweiterung der Räume ermöglichen, können durch direktes Tageslicht deutlich aufgewertet werden. Die Bereicherung des Innenraums ist jedoch sorgsam auf die Auswirkungen auf das gesamte Erscheinungsbild des Gebäudes bzw. der angrenzenden Bebauung zu überprüfen.

Zu § 6 (15)

Nutzungsänderungen, wachsende Ansprüche an Komfort oder technische Neuerungen bringen unter Umständen neue Formen in das Stadtbild. Eine Beeinflussung liegt vor, falls diese Maßnahmen von den im Ort charakteristischen Strukturen und Maßverhältnissen, Formen oder Farben des Gebäudes oder Ensembles abweichen. Schornsteine aus gelben Ziegelsteinen bestimmten die Dachlandschaft, da das Material aus umliegenden Tongruben gewonnen und in umliegenden Ziegeleien gebrannt wurde. Vereinzelt sind auch Schornsteine aus roten Ziegelsteinen, hauptsächlich bei Mehrgeschossern aus dem 19. und 20. Jahrhundert, vorzufinden. Abweichungen im Erscheinungsbild, hervorgerufen durch veränderte Farben, Formen oder Proportionen beeinträchtigen das traditionelle Erscheinungsbild.

Zu § 6 (16)

Der räumliche Geltungsbereich der Gestaltungssatzung Babelsberg Nord ist aus städtebaulicher Sicht ein sehr sensibles Gebiet, welches durch die Erhaltungssatzung und in überwiegenden Bereichen auch durch die Denkmalbereichssatzung geschützt und in seiner städtebaulichen Eigenart zu bewahren ist. Dazu gehören auch die Dachlandschaften, welche größtenteils durch rote Dachziegel geprägt sind. Die Dachflächen sind ein wesentliches Gestaltungsmerkmal der Gebäude, daher sollen diese zumindest in den vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Bereichen, als möglichst geschlossene Flächen mit einem einheitlichen Dachdeckungsmaterial und frei

von störenden Dachaufbauten wahrnehmbar bleiben. In den Bereichen der Dächer, welche vom öffentlichen Straßenraum nicht sichtbar sind, soll es aber die Möglichkeit geben Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) zu installieren. Die Energieeinsparverordnung bietet in sensiblen Gebieten (Sanierungsgebiet bzw. Denkmalbereich) die Möglichkeit Ausnahmen von der Einhaltung der Energieeinsparverordnung zuzulassen. Damit hat auch der Gesetzgeber im Sinne einer Abwägung zwischen den Zielen des Klimaschutzes und dem Schutz der historischen Gestaltung städtebaulich sensibler Gebiete wie Babelsberg Nord Rechnung getragen.

Die Beurteilungskriterien für Firstverglasungen im Bestand und bei Neubauten im Geltungsbereich (vgl. Begründung zu Absatz 14) gelten in übertragenem Sinne gleichermaßen für Anlagen zur Energiegewinnung, d.h. auch bei Planung und Realisierung von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen. Demnach können bei Drei- und Mehrgeschossern auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, Anlagen zur Energiegewinnung innerhalb der Dachfläche gestattet werden, wenn die Festlegungen in Absatz 14 (Firstverglasungen) eingehalten werden.

Die Festlegungen in Absatz 16 gelten auch für Neubauten. Künftige innovative technische Entwicklungen bei Anlagen zur Energiegewinnung, wie beispielsweise Solarziegel, sollen bei den Abwägungen berücksichtigt werden. Sofern sich diese innovativen Anlagen zur Energiegewinnung im Hinblick auf Form, Größe, Materialität, Gestaltung und in den Proportionen in die Dachflächen und die städtebauliche Eigenart der Umgebung einfügen, sollen unter Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes Ausnahmen auch für die vom öffentlichen Straßenraum einsehbaren Dachflächen möglich sein.

Zu § 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen

Zu § 7 (1) bis (5)

Markisen sind zusätzlich an der Fassade angebrachte Gestaltungselemente, die in dieser Region nicht signifikant für die Entstehungszeit (vgl. § 2) der Gebäude waren, sondern eine Entwicklung neuerer Zeit darstellen. Die ursprüngliche Funktion eines aufrollbaren Sonnendaches wird zunehmend durch die Funktion des Werbeträgers für unterschiedliche Nutzungen ersetzt. Markisen sind in Form, Farbe und Ausführung der Struktur, der Gliederung und der Gestaltung der Gebäude und Straßenräume anzupassen und unterzuordnen. Ihre Anordnung und Gestaltung ist so zu wählen, dass die Beeinträchtigung der städtebaulichen, architektonischen und gestalterischen Wirkung von Gebäude und Straßenraum reduziert wird. Gezielt eingesetzt können Markisen neben der Akzentuierung bestimmter Nutzungen (z.B. Straßencafés, Restaurants usw.) zur Belebung des Straßenraums und zur Gestaltung von Plätzen beitragen.

Zu § 7 (6) bis (12)

Überdachungen (Sonnenschirme, Sonnensegel usw.) erfüllen zum Schutz der Waren vor Sonneneinstrahlung oder zur Verschattung gastronomisch genutzter Freiflächen eine wichtige Funktion. Überdachungen können bei gehäuften und in Form und Farbe vielgestaltigem Erscheinungsbild das Straßenbild erheblich beeinflussen. Überdachungen dürfen daher das Stadtbild bezüglich der Zahl und Gestalt nicht dominieren und die Maßgeblichkeit der Haus- und

Straßenstruktur nicht beeinträchtigen. Überdachungen sind nur im Zusammenhang mit Außenmobiliar und Waren auslagen zu verwenden. Gestalt und Farbe der Überdachungen müssen innerhalb eines Betriebs einheitlich sein. Sie sind so anzuordnen, dass sie den Eindruck eines geschlossenen Daches vermeiden. Überdachungen sind stets in betriebssicherem und intaktem Zustand zu halten. Die Benutzung dieser Elemente für zusätzliche, z.T. grelle Werbung trägt außerdem zu einer Überfrachtung des Straßen- und Platzraumes bei. Der Ausschluss greller Farben und die Beschränkung der Breiten- und Tiefenausdehnung von Überdachungen zielen auf eine dezente Erscheinung, die eine deutliche Präsenz ermöglicht ohne in Konkurrenz zu

den vielfach historischen Gebäudefassaden zu treten. Die Frage, ob und in welcher Form Werbung auf einer Überdachung zulässig ist, richtet sich nach der Werbesatzung.

Zu § 7 (13)

Fensterläden sind die historische Möglichkeit zur Fenstersicherung. Sie sind ein Gestaltungselement, das die Fassade gliedert. Die regionale und zeittypische Gestaltung von Fensterläden trägt im Zusammenwirken mit den Fenstern und Türen zum spezifischen Ortsbild bei.

Zu § 7 (14) bis (17)

Das Verhältnis von Wandfläche und Fensteröffnung sowie die Fassadenplastizität tragen wesentlich zur Ausprägung des Erscheinungsbildes des Ortes bei. Die Plastizität und die Proportion der Fenster werden durch von Rollläden oder Sonnenschutzanlagen verdeckte Leibungen und Öffnungen beeinträchtigt. Durch farblich einheitlich und baugleich ausgeführte Rollläden und Sonnenschutzanlagen wird die Gesamtgestaltung der Fassade unterstützt. Schürzen als gestalterisches Element sind für dieses Gebiet kennzeichnend, jedoch nur noch vereinzelt vorhanden. Der Erhalt wird dringend empfohlen. Sonnenschutzanlagen in Form von Holzjalousetten sind im Gebiet typisch gewesen, jedoch im Zuge von Sanierungsmaßnahmen oftmals ersatzlos entfernt worden. Dem immer stärker werdenden Bedürfnis und Erfordernis nach einem angemessenen sommerlichen Wärmeschutz entsprechend, werden diese typischen Bauteile ebenso zugelassen wie moderne Versionen, z.B. aus Stoff. Stoffelemente sind filigran und lassen sich, im Farbton der Fassade ausgeführt, gut kaschieren und ordnen sich somit der Gesamtgestaltung der Fassade unter. Hofseitig sind auch Sonnenschutzelemente aus Leichtmetall zulässig. Dieses für das Gebiet eigentlich untypische Material beeinträchtigt das städtebauliche Gesamterscheinungsbild hofseitig nicht so stark.

Zu § 7 (18)

Vordächer, Kragdächer und dgl. sind zusätzlich angeordnete Elemente. Sie trennen die Geschosse voneinander, überdecken Bauteile oder unterbrechen Bezugslinien. Sie fügen sich nicht in die Struktur, Gliederung und Gestaltung der Gebäude und Straßenräume ein. Damit stehen sie der Erhaltung der architektonisch-gestalterischen Gesamtwirkung entgegen. Rückseitige Eingangsüberdachungen haben keine Auswirkungen auf das städtebauliche Erscheinungsbild.

Zu § 7 (19)

Antennen sind im Zuge des wachsenden Informationsbedürfnisses notwendig. Seit mehreren Jahrzehnten beeinträchtigen sie besonders die Dachlandschaft bzw. zunehmend die Straßenfassaden der Innenstädte. Auch ihre Anordnung erfolgte vielfach ohne Rücksicht auf das Stadtbild. Durch die Festlegungen soll das Stadtbild vor weiterer Verunstaltung geschützt werden.

Zu § 7 (20) bis (21)

Derartige Installationen beeinträchtigen das Erscheinungsbild.

Zu § 8 Außenanlagen, Nebenanlage, Garagen, Carports und Einfriedungen

Zu § 8 (1)

Mauerwerk ist das typische Material älterer Garagen. Garagen aus Beton sind auch zulässig, da man sie, bei einem entsprechenden Verputzen nicht von gemauerten Garagen unterscheiden kann. Garagen aus Metall oder anderen Materialien sind untypisch und sollen nicht vom öffentlich Raum aus sichtbar sein.

Zu § 8 (2)

Es soll vermieden werden, dass die gestalterisch zumeist wenig ansprechenden Kunststoffelemente verwendet werden.

Zu § 8 (3)

Sichtbar auf den Grundstücken stehende Müllbehälter beeinträchtigen das Erscheinungsbild. Da sie erforderlich sind, kann man sie nur optisch durch Begrünungen oder Einhausungen verstecken.

Zu § 8 (4)

Je nach Farbe, Größe und Anbringungsort können auch Briefkasten- und Klingelanlagen das Erscheinungsbild eines Gebäudes oder Grundstücks stören. Mit den Vorgaben wird dies soweit wie möglich reduziert.

Zu § 8 (5) und (6)

Die privaten Freiflächen sollen öffentliche Freiflächen nicht nur funktionell, sondern auch optisch ergänzen. Die Art der Einfriedung muss deshalb standortgerecht sein. Damit werden sie als bauliche Anlagen zum Bestandteil des Stadtbildes. Die zulässigen Ausführungen werden durch das Erscheinungsbild der vorhandenen ortstypischen Einfriedungen bestimmt. Diese wurden im formalen und gestalterischen Zusammenhang mit der Bebauung eingeordnet. Die

Festlegungen der Höhe der Einfriedungen gewährleistet, dass die städtebauliche Struktur und die Freiraumgestaltung in der typischen Form erlebbar bleibt und durch Einfriedungen keine neuen von der vorherrschenden städtebaulichen Struktur abweichenden Raumkanten gebildet werden. Vorgärten sollen vom öffentlichen Raum erlebbar sein, daher wird die Art der Einfriedung als offene Einfriedung und die Höhe vorgegeben. Abgesehen von den Einfriedungen der Vorgärten sind die Grundstücke im Gebiet hauptsächlich durch Mauern und Holzlattenzäune eingefriedet. Diese typischen Einfriedungen sollen auch weiterhin erhalten bleiben, bzw. fortgeführt werden. Bei der Herstellung von Einfriedungen ist darüber hinaus auch das Nachbarrechtsgesetz des Landes Brandenburg zu beachten. Hecken sind als Einfriedungen auch zulässig. Da es sich bei Hecken aber nicht um bauliche Anlagen handelt, dürfen diese Mangels Rechtsgrundlage nicht in einer Gestaltungssatzung geregelt werden.

Zu § 8 (5)

Die Vorgärten mit den schmiedeeisernen Einzäunungen gehören zu den gebietsbestimmenden Gestaltungsmerkmalen, sie prägen nicht nur den öffentlichen Straßenraum, sondern sind auch Bestandteil der gründerzeitlichen Bebauungsstruktur.

Zu § 8 (6)

Das Einrücken von Grundstückseinfriedungen verfälscht die historische Parzellenstruktur und somit die Trennung von öffentlichen und privaten Flächen und stört dadurch den Gebietscharakter in nicht vertretbarem Maße.

Zu § 9 Abweichungen

Zu § 9 (1) bis (3)

Damit wird die Möglichkeit der Realisierung innovativer Lösungen sowie die Entwicklung neuer Planungs- und Gestaltungsansätze eingeräumt. Befreiungen können unter Berücksichtigung einer erhaltenden Stadterneuerung und im Interesse der Stadtbildpflege zulässig sein.

Zu § 9 (4)

Für Bauteile und Gebäudeteile, die weniger sichtbar sind, wird die Möglichkeit eröffnet, alternative Materialien zu verwenden.

Rechtsgrundlagen:

Brandenburgische Bauordnung vom 15.

November 2018 (GVBl. I/18, Nr. 39).

Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ der Landeshauptstadt Potsdam

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat in ihrer öffentlichen Sitzung am die folgende Satzung beschlossen:

Rechtsgrundlagen:

- § 87 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 8 und Abs. 10 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GVBl. I/21, [Nr. 5])
- § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I/19, [Nr. 38], S. 1).

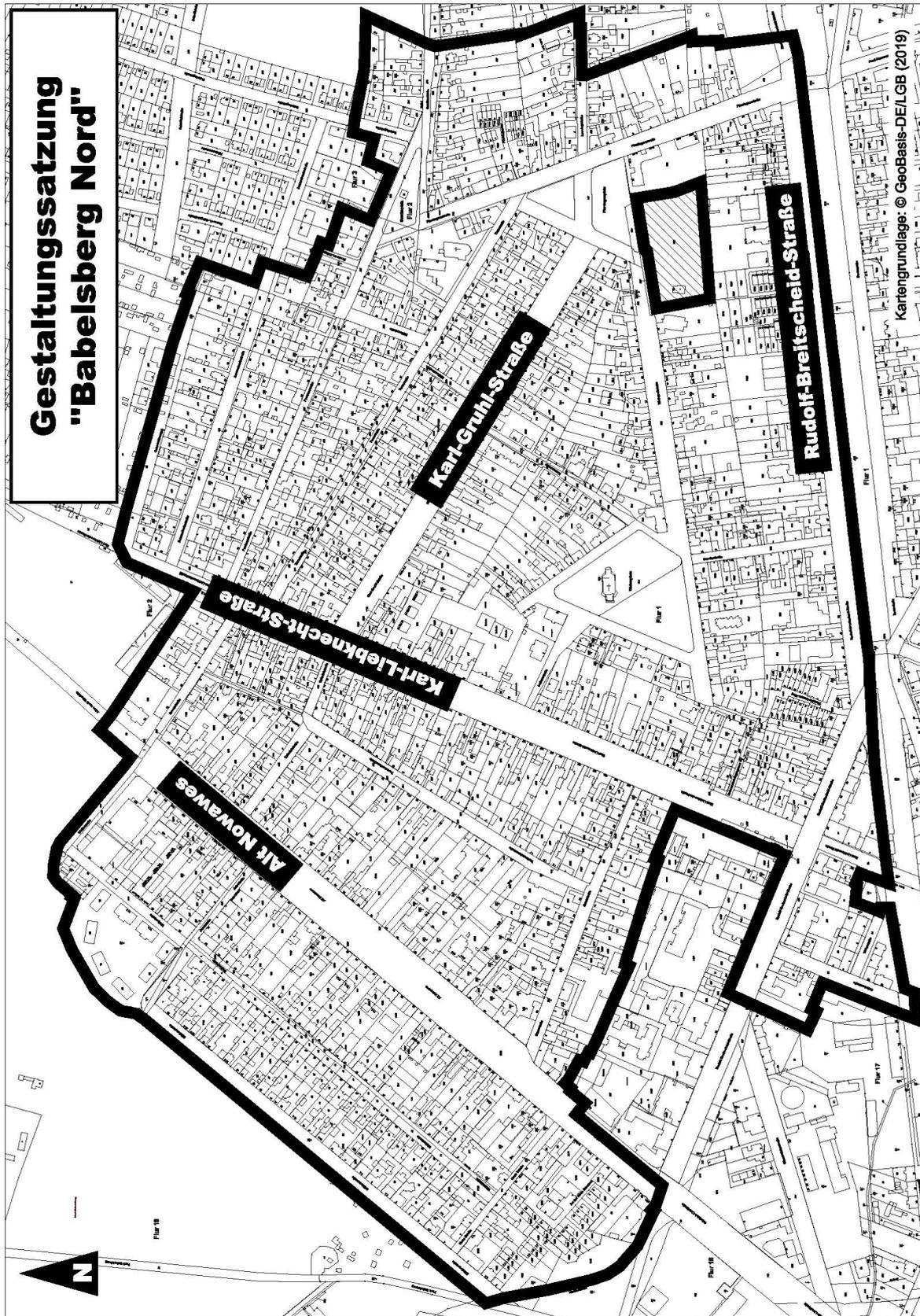
§ 1 Geltungsbereich

(1) Die Satzung gilt für den in der Karte 'Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“' markierten, nördlich der Bahnlinie gelegenen Teil von Babelsberg und umfasst die folgenden Straßen:

Alt Nowawes 22-130 gerade, 39-107 ungerade
Behringstraße 1-5b ungerade
Bendastraße
Bruno-H.-Bürgel-Straße 1
Concordiaweg 60
Daimlerstraße 1, 4-12 gerade
Goetheplatz
Goethestraße 2-10 gerade, 1-25 ungerade
Grenzstraße
Jutestraße
Karl-Gruhl-Straße
Karl-Liebknecht-Straße 4-47, 91, 91a, 91b-127, 136-137
Kreuzstraße
Lessingstraße 1-5 ungerade, 2-16 gerade
Lutherstraße
Mühlenstraße 1-24 Müllerstraße
Neue Straße
Pasteurstraße 1-23 (ohne 23 A-C), 25-44
Plantagenhof
Plantagenplatz
Plantagenstraße
Rudolf-Breitscheid-Straße 15-37 ungerade, 32-38 gerade, 39-85 alle
Schornsteinfegergasse
Semmelweisstraße 1-40
Spindelstraße
Theodor-Hoppe-Weg Tuchmacherstraße Turnstraße
Voltastraße 2-7
Weberplatz
Wichgrafstraße 1-28, 30
Wollestraße

(2) Die Karte Gestaltungssatzung „Babelsberg Nord“ ist Bestandteil der Satzung. Im Zweifelsfall gilt die Darstellung der Karte.

Karte Geltungsbereich Babelsberg Nord



§ 2 Sachlicher Geltungsbereich

(1) Vom Geltungsbereich dieser Satzung sind alle Grundstücke, samt Gebäuden, baulichen Anlagen und Freiflächen erfasst. Hinsichtlich der Entstehungszeit wird unter anderem nach den folgenden Haustypen unterschieden:

- die Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (mit ihren späteren Anbauten)
- die Bauten des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild der Kolonistenhäuser des 18. Jahrhunderts (s.g. Sekundärbauten)
- die spätklassizistischen Wohnhäuser
- die gründerzeitlichen Wohn-/ Mietshäuser
- Bauten aus den 20iger und 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts
- einzelne bedeutende Bauten für die geschichtliche Entwicklung von Nowawes (wie z.B. Friedrichskirche, Bahnhof Babelsberg, die Schulbauten, der Friedhof)
- die Gebäude der Nachkriegszeit bis 1990 (z.B. Wohnkomplex Wollestr. 64-74)
- Nachwendebauten (z.B. Weberpark, Theodor-Hoppe-Weg)

(2) Alle Veränderungen, Umbauten und Erweiterungen bestehender baulicher Anlagen, sowie bauliche Neuanlagen und Wiederaufbauten, die das äußere Erscheinungsbild und die Gestaltung betreffen, unterliegen den Festsetzungen dieser Satzung.

(3) Nach § 59 Abs. 2 BbgBO gelten die Festsetzungen dieser Satzung unabhängig davon, ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen ist.

(4) Gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen, die sich mit dem räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung überschneiden haben Vorrang vor den Festsetzungen dieser Satzung. Über gestalterische Festsetzungen in Bebauungsplänen hinaus gelten die Festsetzungen dieser Satzung.

(5) Die Bestimmungen des Denkmalschutzes bleiben von dieser Satzung unberührt.

§ 3 Fassadengliederung und Vorbauten, neue Baukörper

(1) Gliedernde oder schmückende Fassadendetails sind, soweit im Bestand vorhanden, zu erhalten. Sind nicht mehr vorhandene Fassadengliederungen anhand von Planunterlagen oder Fotos nachweisbar, so ist die Rekonstruktion zulässig. Ursprünglich vorhandene Fassadenelemente wie Gesimse, Stuckornamente, Fenstereinfassungen und Mauervorlagen sind bei Erneuerung und Instandsetzung in ihrer ursprünglichen Art zu gestalten.

(2) Die Straßenfassaden müssen durch eine durchlaufende, horizontale Gliederung wie Dachgesims, Traufbalken, Traufgesims oder –kasten vom Dach getrennt werden, so dass ein Vorsprung von 0,10 bis 0,20 m entsteht. Die Ausbildung eines Giebelgesimses ist nicht zulässig.

(3) Gliederungselemente einer Fassade dürfen nicht durch Vordächer oder Kragdächer überdeckt werden. Gleiches gilt für gestaltbildende Zierelemente.

(4) Vom öffentlichen Straßenraum einsehbare Drepel im Bestand sind zu erhalten. Neue Drepel sind bei Gebäuden mit mind. drei Vollgeschossen bis zu einer Höhe von 0,50 m zulässig.

(5) Balkonüberdachungen sind als leichte Stahl-Glas-Konstruktionen nur hofseitig bei Neubauten zulässig. Rekonstruktionen nachgewiesener Balkonüberdachungen sind zulässig.

(6) Straßenseitig sind Balkone nur einzeln auskragend zulässig. Altane (aufgeständerte Balkone) sind straßenseitig unzulässig.

(7) Zur Einfassung von Balkonen und Loggien sind nur durchsehbare filigrane Stahlgeländer und massive Mauerwerksbrüstungen in der Oberflächengestaltung der Fassade (Putz oder Klinker) zulässig.

(8) Erkerfenster dürfen die Brüstungs- und Sturzhöhen der angrenzenden Fenster nicht über- und unterschreiten. Erker müssen unterhalb der Traufe enden. Sie können mit einem Balkon im obersten Normalgeschoss oder mit einem Dach abgeschlossen werden. Erker und Balkone als Übereckkonstruktionen mit Kragelementen, die sich auf die Giebelfassaden erstrecken, sind nicht zulässig.

(9) Zwerchhäuser sind bei Gebäuden straßenseitig zulässig, bei denen sich zwei oder mehr Geschosse unterhalb der Traufe befinden. Pro Gebäude ist jedoch höchstens ein Zwerchhaus zulässig, das entweder mittig oder seitlich am Gebäudeabschluss anzuordnen ist.

(10) Freitreppen sind mit historischen Materialien wie Naturstein, Ziegeln oder Stahl auszuführen.

(11) An der Fassade oder im Bereich der Dachflächen angebrachte außenliegende Klimageräte sind nur hofseitig zulässig und dürfen vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sein.

§ 4 Fassadenmaterialien und –farben

(1) Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) erhaltene bzw. analog zu vergleichbaren Bautypen nachweisbare Putz-, Materialstrukturen und Farbgebungen sind straßenseitig und an Giebelflächen, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, aufzuarbeiten oder bei Erneuerung in gleicher Art herzustellen. Die vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fassadenflächen sind mit Glattputz zu versehen, insbesondere wenn die ursprüngliche Putzstruktur nicht erhalten bzw. nicht nachzuweisen ist.

(2) Das nachträgliche Verkleiden von vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbaren Putzfassaden ist nur ausnahmsweise nach Prüfung im Einzelfall zulässig, wenn abschließend die ursprüngliche Putzstruktur bzw. ein Glattputz ausgebildet wird.

Nicht zulässig sind:

- Baustoffe, deren Erscheinungsbild ein anderes Material vortäuscht,
- Materialien, die ein glänzendes, metallisches, reflektierendes oder gläsernes Erscheinungsbild aufweisen.

(3) Sockel aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) der Gebäude sind zu erhalten, die Rekonstruktion ist zulässig. Rücksprünge bezogen auf das Fassadenniveau sind nicht zulässig. Im Bestand vorhandene Versprünge zur Ziegelsteinvorlage sind zu erhalten. Bei Erneuerung ist Putz in einer bündigen Ausführung zur Gesamtfassade vorzusehen.

(4) Für den Sockelbereich sind geputzte Flächen sowie gemauerte Ziegelflächen zulässig. Hierzu gehören auch Spaltklinker und Klinkerriemchen. Verkleidungen und Bekleidungen mit Fliesen, polierten Materialien wie Naturstein, Marmor, Spiegelflächen und Stahlplatten sind unzulässig. In Ausnahmefällen sind Naturstein- und Kunststeinsockel mit rauer und matter Oberflächenstruktur zulässig.

(5) Alle mineralischen Oberflächen müssen nach Abschluss der Baumaßnahme ein mattes Erscheinungsbild aufweisen. Die Fassade von Neubauten ist in Putz oder Klinker mit matter Oberflächenstruktur auszuführen.

(6) Sohlbankabdeckungen sind aus Zinkblech oder wenn im Bestand vorhanden auch aus Klinker oder Ziegel auszuführen. Bei Holzkastenfenstern mit Klappläden an Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind nur Holzfensterbänke zulässig. Andere Sohlbankausbildungen können, soweit aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes nachweisbar, gestattet werden.

(7) Eingangsstufen im Bereich der Hauseingangstüren und Ladeneingängen sind aus Naturstein, Ziegel, Terrazzo und Metall zulässig. Die Materialien sind so auszuwählen, bzw. so zu behandeln, dass matte Oberflächen entstehen.

(8) Verputzte oder gestrichene Fassaden sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Gelb bis Gelbrot:

S1005-Y bis S1005-Y30R
S1010-Y bis S1010-Y50R
S1020-Ybis S1020-Y40R
S2020-Y10R.....bis S2020-Y50R
S2030-Y10R...bis S2030-Y50R
S3010-Y bis S3010-Y40R
S3020-Y bis S3020-Y50R

Grau:

S2010-Y bis S2010-Y50R
S2005-Y.....bis S2005-Y50R
S1005-Y20R.....bis S3005-Y20R
S1005-G80Y.....bis S3005-G80Y
S1002-Y bis S2502-Y

Grün bis Grüngelb:

S2005-G40Y.....bis S2005-G90Y
S2010-G40Y.....bis S2010-G90Y
S3010-G60Y bis S3010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzung oder bei Einzeldenkmälern können abweichend verputzte oder gestrichene Fassaden entsprechend der nachgewiesenen Farbtöne einer restauratorischen Befunduntersuchung ausgeführt werden.

§ 5 Fassadenöffnungen, Fenster und Türen

(1) Bei Fassaden von bestehenden Gebäuden ist straßen-, giebel- und hofseitig die Anordnung, das Format und die Größe der Wandöffnungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zu erhalten oder wiederherzustellen. Aufgrund mangelnder Belichtung können Ausnahmen zugelassen werden. Notwendige Be- und Entlüftungsöffnungen in der Fassade sind so anzuordnen, dass diese vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Die Brüstungshöhe der Fenster hat abgesehen von Schaufenstern im Erdgeschoss mindestens 80 cm zu betragen.

(2) Im gesamten Geltungsgebiet sind giebelseitige Fensteröffnungen bei Mehrgeschossern, die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig. Aus Gründen mangelnder Belichtung können Ausnahmen gestattet werden. Beim Gebäudetypus der eingeschossigen Kolonistenhäuser (Weberhäuser) sind giebelseitige Fensteröffnungen nur unter Bezugnahme auf das Vorbild aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) zulässig. Anordnung, Öffnungsmaße und Fensterformate, insbesondere der s.g.

Traufkammerfenster, sind verbindlich einzuhalten. Zusätzliche giebelseitige Öffnungen sind nicht zulässig, Ausnahmen aufgrund denkmalpflegerischer Forderungen sind zulässig.

(3) Abweichend von Abs. 1 sind im Bereich der Hoffassaden und bei Nebengebäuden französische Fenster an max. zwei Achsen erlaubt.

(4) Fenster dürfen nur als Einzelfenster bzw. Fenstergruppen von zwei und drei Fenstern im stehenden Rechteckformat mit geradem Sturz oder einem Segmentbogen ausgebildet werden. Eine Fenstergruppe muss insgesamt ein stehendes Format haben.

(5) Die Fenster sind mind. 0,10 m bis max. 0,20 m von der äußeren Fassadenebene zurückzusetzen, so dass eine ausreichende Leibungtiefe entsteht.

(6) Fenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind zu erhalten, bei Erneuerung sind die Fenster in Anlehnung an historische Vorbilder in Holz auszuführen. Andere Materialien sind, soweit sie aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes vorhanden bzw. nachweisbar sind, zulässig. Kunststoff und Aluminium sind als Materialien für die Fenster im gesamten Geltungsbereich ausgeschlossen; dies gilt auch für Neubauten.

(7) Jegliche Fensterteilung durch Kämpfer, Stulp oder Pfosten ist als konstruktive und funktionelle Teilung auszuführen. Soweit vorhanden oder nachweisbar sind straßenseitige Kastenfenster mit Fensterläden entsprechend dem historischen Vorbild auszustatten. Wenn erforderlich, sind Öffnungen für eine Zwangsentlüftung in Fenstern nicht sichtbar (z.B. in einer Aussparung der Wetterschenkel) einzufügen.

(8) Für von außen sichtbare Rahmen, Pfosten, Stulp, Kämpfer und Sprossen werden folgende Breitenmaße einschließlich der jeweiligen Falze festgelegt:

- für den äußeren Rahmen incl. Fensterflügel max. 5,50 cm
- für den unteren Querrahmen bis 9,50 cm
- für den Stulp incl. Rahmen der Fensterflügel 10,00 – 13,00 cm
- für den Pfosten incl. Rahmen der Fensterflügel sowie Stulp desselben Fensters 12,50 – 16,00 cm
- für den Kämpfer incl. Rahmen der Fensterflügel 12,00 – 17,00 cm
- für die Sprossen 2,00 – 3,50 cm.

Dabei ist ein Kämpfer breiter als ein Pfosten bzw. Stulp auszuführen. Beim Nachbau noch vorhandener Originalfenster aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes sind abweichende Maße zulässig. Regenschienen dürfen von außen nicht sichtbar sein. Die energetische Ertüchtigung sowie den Schallschutz verbessernde Maßnahmen an Bestandfenstern, sind durch den Einbau einer zusätzlichen Fensterebene, welche im Inneren der Gebäude angeordnet wird, zulässig.

(9) Verspiegelte Glasflächen und Fensterscheiben sind nicht zulässig. Bleiverglasungen, Ornamentverglasungen und farbige bzw. getönte Gläser der Fenster- und Türscheiben sind nicht zulässig. Ausnahmen bilden Fenster, für die eine derartige Ausführung baugeschichtlich nachweisbar ist. Glasbausteine sind nur an nicht vom öffentlichen Straßenraum sichtbaren Fenstern zulässig. Bei Einbau von Wärmeschutzverglasung ist nur transparente, neutralfarbene Beschichtung gestattet.

(10) Großflächige Verglasungen, wie verglaste Loggien und Wintergärten sind straßenseitig und in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, nicht zulässig. Kunststoff ist auch bei diesen großflächigen Verglasungen unzulässig.

(11) Treppenhausfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. in Anlehnung an die Fenster aus der jeweiligen Entstehungszeit (vgl. §2) wiederherzustellen. Die diesen Fenstertyp

kennzeichnende Fensteraufteilung ist beizubehalten.

(12) Kellerfenster sind im Bestand zu erhalten bzw. nach vorhandenem Vorbild in Holz oder Stahl zu erneuern. Straßenseitige Lichtschächte sind bei Erneuerung in Mauerwerk oder Beton auszuführen.

(13) Horizontale und vertikale Fensterbänder sind nicht zulässig.

(14) Tore und Hauseingangstüren aus dem Bestand sind zu erhalten. Bei Erneuerung oder Ersatz sind sie diesem Erscheinungsbild anzugleichen und in Holz oder Stahl auszuführen. Die Leibungstiefe muss mind. 0,10 m betragen.

(15) An Toren und Hauseingangstüren sind gewölbtes, farbiges oder Ornamentglas nicht zulässig. Aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene oder nachgewiesene, derartige Verglasungen sind zulässig. Bauzeitliche Gläser sind zu erhalten oder entsprechend dem vorhandenen Bestand zu ergänzen.

(16) Durchfahrtstore und Garagentore sind mit zwei flügeligen Holz- oder Stahltores, in Angleichung an die im Gebiet bauzeitlich nachweisbare Ausführung, vollkommen zu schließen.

(17) Wandöffnungen im Sinne von Schaufenstern sind im Erdgeschoss nur bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe zulässig. Der Ladeneingang und ein benachbartes Schaufenster können auch als gestalterische Einheit ausgeführt werden. Schaufenster müssen ein stehendes Rechteckformat oder ein quadratisches Format mit geradem Sturz aufweisen. Davon abweichende, aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes erhaltene oder nachgewiesene Schaufenster sowie die nachträgliche Anpassung an den Sturz der übrigen Wandöffnungen des Erdgeschosses sind zulässig.

(18) Benachbarte Schaufenster sind durch einen Pfeiler mit einer Mindestbreite von 0,50 m zu trennen.

(19) Schaufenster sind so anzuordnen, dass der gestalterische und architektonische Zusammenhang mit den Fenstern der Obergeschosse auf der Grundlage folgender Festlegungen gewahrt bleibt:

- Schaufenster sind axial zu den darüber liegenden Fenstern der Obergeschosse anzuordnen. Die seitlichen Bezugslinien dieser Fenster dürfen nur so weit überschritten werden, dass die Symmetrie gewahrt bleibt.
- Abweichend davon können Schaufenster zwischen den äußeren seitlichen Bezugslinien zweier darüber liegender Fensterachsen angeordnet sein.

(20) Schaufensteranlagen sind in Holz oder Metall auszuführen. Schaufenster sind 0,10 m bis 0,20 m von der Fassadenfläche zurückgesetzt anzuordnen. Vorhandene Fensteranlagen in bündiger Anordnung sind entsprechend dem baugeschichtlichen Ursprung des Gebäudes zu erhalten.

(21) Schaufenster mit einer Breite über 3,00 m sind durch glasteilende Pfosten mit einer Breite zwischen 0,05 m und 0,15 m in Abschnitte zu gliedern. Die größte Glasfläche darf dabei max. 2,50 m in der Breite betragen. Stützen hinter Glasfronten gelten nicht als gliedernde Elemente.

(22) Bei Eingeschossern sind zurückgesetzte Ladeneingänge nicht zulässig. Bei Zwei- und Mehrgeschossern sind erschließungs- bedingte Einschnitte für Ladeneingänge in Abhängigkeit von Treppenpodest und -lauf zulässig. Aus der Fassadenflucht herausragende Schaufenster sind nicht zulässig.

(23) Fenster, Schaufenster, Fensterläden, Türen und Tore sind in einem Farbton aus dem nachfolgend genannten Spektrum des Natural Color System (NCS) 2. Edition auszuführen:

Brauntöne:

S4010-Y10R.....	bis S4010-Y50R
S4020-Y	bis S4020-Y40R
S4030-Y	bis S4030-Y40R
S5010-Y10R	bis S5010-Y50R
S5020-Y	bis S5020-Y60R
S5030-Y	bis S5030-Y60R
S5040-Y10R	bis S5040-Y90R
S6010-Y10R	bis S6010-Y90R
S6020-Y	bis S6020-Y90R
S6030-Y10R	bis S6030-Y90R
S7010-Y10R	bis S7010-Y90R

Grautöne / Gebrochenes Weiß:

S3010-Y	bis S3010-Y30R
S2005-Y	bis S2005-Y30R
S0505-Y20R	bis S4005-Y20R

Grüntöne:

S5010-G10Y	bis S5010-G90Y
S5020-G30Y	bis S5020-G70Y
S6010-G10Y	bis S6010-G90Y

Im Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzung oder bei Einzeldenkmälern können abweichend Farbtöne verwendet werden, die im Rahmen einer restauratorischen Befunduntersuchung nachgewiesen sind.

§ 6 Dächer und Dachfenster

(1) Die Dachform und die Dachneigung bestehender Gebäude sind zu erhalten oder bei Umbau dem Zustand aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes anzupassen. Die Neigungswinkel der Dachflächen auf Vorder- und Rückseite des Gebäudes müssen gleich sein (symmetrische Dachneigung). Im Bestand vorhandene Mansarddächer mit unterschiedlichen Neigungswinkeln sind zu erhalten. Unterschiedliche Neigungswinkel sind zulässig, wenn die rückseitigen, seitlichen Dachflächen oder die seitlichen Giebelflächen nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind.

(2) Die Dächer der an den Straßen gelegenen Gebäude sind als Satteldächer, Mansarddächer, Berliner Dächer, Walm- oder Krüppelwalmdächer auszuführen. Tonnendächer, Pultdächer und reine Flachdächer sind unzulässig. Pult- und Flachdächer sind nur bei untergeordneten Gebäuden bzw. Gebäudeteilen zulässig. Die Ausbildung von Staffelgeschossen ist bei Gebäuden die vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind, nicht zulässig.

(3) Die Dacheindeckung ist einheitlich auf der gesamten Dachfläche auszuführen. Bei vorhandenen Mansarddächern dürfen auf Teilflächen mit unterschiedlicher Dachneigung verschiedene Materialien verwendet werden. Bei Vorderhäusern mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe mit geneigten Dächern sind Biberschwanzziegel zu verwenden. Abhängig von der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes (18. bzw. 19. Jahrhundert) sind die Dachflächen als Doppel- oder Kronendeckung in ziegelroter Farbgebung (unglasiert, nicht engobiert) auszubilden. Bei rückwärtigen Gebäuden sind auch andere keramische Dacheindeckungen möglich. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der

Traufe sind geneigte Dachflächen entweder mit keramischen Dacheindeckungen (Biberschwanz- oder Falzziegel) in ziegelroter bis rotbrauner Farbigkeit oder mit Naturschieferplatten einzudecken. Dacheindeckungen bzw. Dachabdichtungen aus anthrazitfarbenem Bitumen bzw. Gründächer sind nur bei flach geneigten Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Bei allen Gebäudetypen sind vorhandene, nachgewiesene oder sonstige Dacheindeckungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes bei Erneuerung zulässig. Die Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.

(4) Sämtliche notwendigen Verblechungen auf dem Dach sind in Zinkblech auszuführen. Wenn aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes ein anderes Material (z.B. Kupfer) nachgewiesen werden kann, ist auch dieses zulässig.

(5) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten sind die Abschlussziegel ohne Holzverlattung anzuputzen. Ortgangziegel oder Windleisten aus Zinkblech sind nicht zulässig. Bei anderen Haustypen können auch Windleisten aus Zinkblech von max. 0,10 m Höhe verwendet werden. Diese Festlegungen gelten ebenso für entsprechende Dachaufbauten wie z.B. Gauben.

(6) Bei allen Gebäudetypen dürfen traufseitig Dachüberstände nicht mehr als 0,30 m, giebelseitig nicht mehr als 0,08 m in Bezug auf die Fassadenfläche vorspringen. Straßenseitig sind Traufgesimse, -balken oder -kästen auf eine max. Ausladung von 0,10- 0,20 m zu begrenzen. Die Dachkonstruktion inkl. Eindeckung darf die Traufausbildung nur max. 0,08 m überragen. Soweit im Bestand vorhanden bzw. nachweisbar, ist ein Dachüberstand bis max. 0,60 m zulässig. Bei allen Gebäudetypen sind abweichende Dach- und Gesimsüberstände, die anhand der bauzeitlichen Bestandspläne nachgewiesen werden, zu erhalten bzw. zu rekonstruieren.

(7) Dachkehlen sind mit dem Dacheindeckungsmaterial einzudecken oder soweit zu überdecken, dass konstruktiv unvermeidbare Blechverwahrungen nicht mehr sichtbar sind.

(8) Gaubenkonstruktionen sind mit Fenstern im stehenden Format auszuführen. Die Neigung der Abschleppungen darf bei Einzelgauben max. 7° betragen. Die Ausführung ist als Pult- oder Satteldach in Zink ggf. auch mit anthrazitfarbener Dachpappe zulässig. Bei breiteren Gauben mit Satteldach ist eine Neigung bis max. 12° zulässig. Fledermausgauben sind ausnahme- weise zulässig.

(9) Gauben sind in Beziehung zu den jeweiligen Fensterachsen der Fassade anzuordnen. Die Summe der Breiten der einzelnen Dachaufbauten darf die Hälfte der Gebäudebreite bzw. des Fassadenabschnittes nicht überschreiten. Abhängig von der Anzahl der Fensterachsen kann die Anordnung über den Fensterachsen, mittig zwischen zwei Fensterachsen oder als eigenständiges System auf der Dachfläche gestattet werden. Dabei ist eine Ordnung bezogen auf die Dachfläche und/oder die Fassadengliederung einzuhalten. Vor Gauben muss die Dachfläche in einer Breite von mind. 0,90 m durchlaufen. Der Abstand zum First hat das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Gauben sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Sind aus dem Bestand abweichende Maße für die Gauben nachweisbar, so sind die Gauben bei allen Gebäudetypen, entsprechend den überlieferten Plänen oder historischen Fotos zu rekonstruieren.

(10) Bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Einzelgauben mit einer max. Breite von 1,30 m zulässig. Breitere Gauben sind mit einer max. Breite von 2,00 m zulässig, sofern sie vom öffentlichen Straßenraum aus nicht einsehbar sind. Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe sind Dachgauben als Einzelgauben mit einer Ansichtsfläche bis 2,50 m² zulässig. Eine Gaube mit zwei bis drei

nebeneinanderliegenden Fenstern und einer Gesamtbreite bis max. 3,00 m ist über betonten Fassadenabschnitten im Bereich der Dachfläche zulässig.

(11) Die vorderen Ansichtsflächen von Gauben sind als Fenster auszuführen und müssen bei einer Fläche zwischen 0,30 m² und 1,00 m² eine senkrechte Teilung erhalten. Größere Gaubenfenster sind wie die Fenster der Normalgeschosse zu gliedern; ein Kämpfer ist ab einer Fensterrahmenhöhe von 1,50 m auszubilden. Die Höhe der Gaubenfenster ist in Abhängigkeit von den Proportionen der Gaube festzulegen. Der Fensterrahmen bei Einzelgauben darf bei Gebäuden mit nur einem Geschoss unterhalb der Traufe eine Höhe von max. 1,30 m und bei allen anderen Gebäuden eine Höhe von max. 1,50 m, bei breiteren Gauben eine Höhe bis zu 2,00 m betragen. Abweichungen sind in Bezug auf Fensterabmessungen und Fensterteilungen bei Fluchtfenstern unter Beachtung der erforderlichen lichten Öffnungsmaße (0,90 m x 1,20 m) zulässig.

(12) Bei Kolonistenhäusern und Sekundärbauten ist die äußere Seitenfläche der Gauben mit Holz zu verkleiden. Bei anderen Gebäuden müssen die Seitenwände der Gauben bei keramischer Dacheindeckung mit Holz oder Zinkblech, bei Schiefereindeckung der Dachflächen mit Schiefer oder Zinkblech verkleidet werden. Bei allen Gebäudetypen können die Seitenwände der Gauben auch als Fenster bzw. Festverglasungen ausgebildet werden. Bei allen Gebäudetypen ist die Ausbildung von Gauben als Stahl- Glas-Konstruktion, bestehend aus schlanken Stahlprofilen (sichtbare Konstruktion incl. Flügel max. 0,12 m) mit einem hohen Glasflächenanteil mit seitlicher und/oder oberer Verglasung zulässig. Zusätzliche Aufbauten für außenliegende Verschattungselemente dürfen nicht angebracht werden. Die Ausbildung von Fensterteilungen, insbesondere des Kämpfers ist bei Stahl-Glas-Gauben nicht erforderlich.

(13) Bei Vorderhäusern sind Dachflächenfenster mit einer Fläche über 0,25 m² nur auf Dachflächen zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar sind. Der Einbau der Dachflächenfenster muss bündig mit der Dacheindeckung erfolgen. Konstruktionsbedingte Überstände, insbesondere für außenliegende Verschattungselemente etc. sind nicht erlaubt. Dacheinschnitte für Terrassen sind straßenseitig unzulässig. Sie können hofseitig innerhalb der Dachfläche zugelassen werden. Dabei darf der Abstand zum First das Maß von 1,00 m nicht zu unterschreiten. Zwischen den Seitenwänden benachbarter Dachterrassen sowie zu Dachrandbereichen, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss ein Mindestabstand von 1,25 m bestehen. Alle Maßangaben sind bezogen auf die geneigte Dachfläche. Abweichend davon können zusätzlich Öffnungen bzw. Fenster gestattet werden, die als notwendiger Dachausstieg bzw. der Entrauchung des Treppenhauses dienen.

(14) Bei Gebäuden mit mehr als einem Geschoss unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, zusammenhängende Firstverglasungen innerhalb der Dachfläche gestattet werden. In begründeten Ausnahmefällen ist die Unterteilung der Firstverglasung zulässig. Die Aneinanderreihung von einzelnen Fensterelementen ist nicht zulässig. Der Einbau ist bündig zur Dacheindeckung bzw. mit max. Überstand von 0,10 m herzustellen. Die Verglasung darf eine max. Höhe von 1,50 m bezogen auf die geneigte Dachfläche nicht überschreiten. Der seitliche Abstand zu Dachrandbreiten, Brandwänden bzw. angrenzenden Bauteilen muss mind. 1,25 m betragen.

(15) Technisch notwendige Dachaufbauten sind auf der vom öffentlichen Verkehrsraum und von öffentlichen Grünflächen abgewandten Gebäudeseite anzuordnen. Sie dürfen das Erscheinungsbild des jeweiligen Gebäudes nicht mehr als unvermeidbar beeinflussen. Die Schornsteinköpfe der Kolonistenhäuser sind zu erhalten.

(16) Anlagen zur Energiegewinnung (wie Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen) sind abweichend von Absatz 3 zulässig, sofern sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Für die Anlagen gilt: Die Oberflächen sollen matt und nicht reflektierend sein. Auf

Dachflächen über 15° Dachneigung muss eine technisch notwendige konstruktive Aufständering parallel zur Dachfläche erfolgen. Auf Dachflächen mit einer Dachneigung weniger als 15° kann die technisch notwendige konstruktive Aufständering auch mit einem Anstellwinkel größer als 15° gestattet werden. Bei Flachdächern können abweichend davon Ausnahmen zugelassen werden. Bei Gebäuden mit zwei oder mehr Geschossen unterhalb der Traufe können auch in Bereichen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind entsprechend den Regelungen in Absatz 14 (Firstverglasungen) Anlagen zur Energiegewinnung gestattet werden. Die Festlegungen gelten auch für Neubauten. Ausnahmen sind für innovative Lösungen von Anlagen zur Energiegewinnung möglich (beispielsweise Solarziegel), wenn sich diese in Form, Größe, Materialität, Gestaltung und in den Proportionen in die städtebauliche Eigenart der Umgebung einfügen.

§ 7 Markisen, Überdachungen, Fensterläden, Rollläden, Kragdächer, Antennen

(1) Die Anbringung von Markisen an der Fassade ist straßenseitig nur bei Schaufenstern im Erdgeschoss zulässig.

(2) Die Markisen sind als bewegliche Markisen auszuführen. Die Halterungen, Konstruktionen und Verwahrungen von Markisen dürfen bei geschlossenem Zustand der Markise nicht über das äußere Maß der Fassadengliederungen hinausragen.

(3) Markisen sind als Einzelmarkisen bezogen auf die jeweilige Breite des Schaufensters bzw. der Schaufenstergliederung auszubilden. Durchlaufende Markisen über mehrere Fenster- bzw. Türachsen sind nicht zulässig. Der Ladeneingang und ein unmittelbar benachbartes Schaufenster können mit einer Markise überdacht werden, wenn Eingang und Schaufenster eine gestalterische Einheit bilden.

(4) Markisen dürfen die Fassadengliederung nicht unterbrechen. Die Markise ist in der Form des Sturzes auszuführen. Korbmarkisen sind nur möglich, wenn vorherrschende Gestaltungselemente wie z.B. ein Rundbogenfenster diese Markisenform erfordern.

(5) Hinweis: Markisen, Überdachungen etc., die mit Werbung versehen sind, unterliegen der jeweils aktuellen Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam und sind erlaubnispflichtig.

(6) Überdachungen die dem Sonnen- bzw. Witterungsschutz dienen sind nur als freistehende oder mobile Konstruktionen zulässig. Als Überdachung gelten Sonnenschirme, Sonnensegel, freistehende Markisenanlagen, Zelte und Pavillons etc. Abweichungen sind in Paragraph 9 geregelt.

(7) Pro Einzelhandels- bzw. Gastronomiebetrieb ist nur eine Art/Typ Überdachung bzgl. Form, Material, Größe und Farbe zulässig. Freistehende Überdachungen dürfen nur direkt über der Nutzungsfläche aufgestellt werden. So genannte Ampelschirme sind nicht zulässig.

(8) Bei der Materialwahl der Überdachungen ist die Bespannung nur in textilem Material in gedeckten Farben zulässig. Bei der Farbgestaltung der Überdachungen sind grelle Farben unzulässig. Folien aller Art sind unzulässig. Fremdwerbung auf den Überdachungen ist unzulässig. Eine dezente Eigenwerbung am Randbereich der Überdachung kann zugelassen werden.

(9) Überdachungen dürfen eine max. Höhe im geöffneten Zustand von 3,00 m nicht überschreiten. Überdachungen dürfen eine max. Kantenlänge bzw. einen Durchmesser von 4,00 m nicht überschreiten.

(10) Für eine Überdachung darf nur die öffentliche Fläche in Anspruch genommen werden, die der Breite der Straßenfront des dazugehörigen Einzelhandels- bzw. Gastronomiebetriebes entspricht.

(11) An Überdachungen, ebenso wie an Vordächern, Balkonen, etc. dürfen keine Waren aufgehängt werden.

(12) Überdachungen dürfen nur in Bodenhülsen befestigt werden. Ortsfeste Verankerungen (Bodenhülsen etc.) sind nur unter Berücksichtigung stadtgestalterischer, tiefbautechnischer und verkehrlicher Belange zulässig. In Bereichen, in denen es nicht möglich ist, Bodenhülsen für Überdachungen in den Boden einzulassen (Untertunnelung, oberflächennahe Ver- und Entsorgungsleitungen, Fundamente, Kellerdecken etc.) dürfen ausnahmsweise mobile Befestigungen/Schirmständer verwendet werden.

(13) Fensterläden und Fensterkästen sind zu erhalten. Bei Erneuerung sind sowohl Fensterläden, als auch Fensterkästen baugleich bzw. in Anlehnung an die nachgewiesenen Muster zu rekonstruieren. Nach der im Geltungsbereich weit verbreiteten Ausführung sind die Scharniere der Fensterläden am äußeren Holzrahmen des Holzkastenfensters soweit vorhanden, ohne seitlichen Abstand anzubringen.

(14) Rollläden für Fenster, die vom öffentlichen Raum aus sichtbar sind, sind ausschließlich in Holz zulässig. Rollläden für Schaufenster sind in Holz oder Leichtmetall auszuführen.

(15) Vom öffentlichen Raum aus sichtbare Rollläden müssen mind. 0,10 m hinter der Fassadenebene liegen und dürfen im geöffneten Zustand nicht sichtbar sein. Der nachträgliche Einbau von Rollläden darf die Dimension oder Proportion des Fensters nicht verändern. Außenliegende aufgesetzte Rollladenkästen sind nicht zulässig. Laufschiene sind so im Putz bzw. Mauerwerk einzulassen, dass die straßen- und giebelseitig nicht sichtbar sind. Die Schürzen sind, soweit vorhanden, zu erhalten.

(16) Sonnenschutzanlagen an den Fenstern können straßenseitig als Holzjalousetten oder Stoffbahnen, hofseitig auch in Leichtmetall ausgeführt werden.

(17) Rollläden der Fenster bzw. Sonnenschutzanlagen müssen auf der gesamten Fassade bzw. den Fassadenabschnitten farbig einheitlich und baugleich ausgeführt werden. Rollladenkästen und Sonnenschutzanlagen dürfen nicht außenliegend angebracht werden, sondern müssen innerhalb der Fensteröffnungen liegen.

(18) Vordächer, Kragdächer oder andere den Zusammenhang zwischen den Geschossen unterbrechende Bauglieder sind nicht zulässig. Ausnahmen bestehen bei der Überdachung des rückwärtigen bzw. Hofeinganges mit einem Kragdach.

(19) Antennen- und Satellitenempfangsanlagen, nachfolgend Antennen genannt, sind als Unterdachantenne auszuführen, sofern dies die örtliche Empfangssituation und die Konstruktion des Dachraumes zulassen. Bei notwendiger äußerer Anbringung ist bei Flachdächern ein Standort im rückwärtigen Viertel der Dachfläche und bei geneigten Dachflächen ein Standort auf der zur erschließenden Straße abgewandten Seite der Dachfläche zu wählen. Bei geneigten Dachflächen darf die Antenne nicht mehr als 1,00 m über den höchsten Punkt der Dachfläche hinausragen. Die Anordnung von Antennen an Fassaden oder Balkonen, die vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind, sowie Antennen im Bereich von Vorgärten sind nicht zulässig.

(20) Kabel, Befestigungen, Leitungen, Rohre und dergleichen sind auf straßenseitigen und seitlichen Dach-, Fassaden- oder sonstigen Außenwandflächen nicht zulässig. Ausnahmen bestehen für Sicherheitsleitern auf Dachflächen, für Dachrinnen und Fallrohre sowie für Schneefanggitter.

§ 8 Außenanlagen, Nebenanlagen, Garagen, Carports und Einfriedungen

- (1) Vom Straßenraum sichtbare Garagen sind ausschließlich aus Mauerwerk oder Beton mit Glattputz zulässig.
- (2) Carports, Fahrradabstellanlagen einschließlich ihre Überdachungen sowie Garten- und Gerätehäuser dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (3) Einfriedungen und Einhausungen von Abfallbehältern und Müllcontainern dürfen in Holz, Metall oder Stein ausgeführt werden. Sie dürfen auch eingegrünt werden.
- (4) Briefkästen und Klingelanlagen können in Holzlattenzäune und Mauern bündig integriert werden. Die Integration in schmiedeeiserne Zäune ist nicht möglich.
- (5) Straßenseitige Einfriedungen sind als blickdichte Holzlattenzäune bzw. -tore, in Sichtmauerwerk bzw. verputztem Mauerwerk in Verbindung mit Holzlattentoren oder als metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinkern oder Beton auszuführen. Die Verwendung von Stacheldraht, Maschendraht oder Stabmattenzäunen als sichtbare Eingrenzung ist nicht zulässig.
- (6) Holzlattenzäune und Mauern sind in einer Höhe bis maximal 1,80 m auszuführen. Metallene Einfriedungen dürfen straßen- seitig eine mittlere Höhe bis zu 1,40 m aufweisen. Diese Festlegung gilt nicht, soweit es sich um die Rekonstruktion von Einfriedungen aus der Entstehungszeit (vgl. § 2) des Gebäudes handelt.
- (7) Vorgärten sind mit offenen Zäunen (metallene Gitter auf einem Sockel aus Klinker oder Beton) einzufrieden.
- (8) Straßenseitige Grundstückseinfriedungen sind direkt an die Grundstücksgrenze zu setzen und dürfen nicht eingerückt auf dem Grundstück angeordnet werden.

§ 9 Abweichungen

- (1) Abweichungen sind zulässig zu den Festlegungen der §§ 3, 4, 5, 6, 7 und 8.
- (2) Abweichungen sind schriftlich zu beantragen und zu begründen
- (3) Abweichungen werden genehmigt, wenn sie aus Gründen des Brandschutzes, der Barrierefreiheit oder anderen rechtlichen Anforderungen erforderlich sind.
- (4) Bei Neubauten werden Abweichungen hinsichtlich der Materialien von Bauteilen und Gebäudeteilen genehmigt, wenn sie nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind.
- (5) Die Abweichung ist zu genehmigen, wenn städtebaulich gleichwertige Lösungen beantragt sind, welche hinsichtlich des verwendeten Materials und des Erscheinungsbilds ortstypisch sind und sich einfügen oder auf Grundlage von denkmalpflegerischen Befunden.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 85 Abs. 1 Nr. 1 BbgBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- entgegen den Anforderungen in § 3 Fassadengliederungen ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen § 3 Balkone, Erker, Loggien oder Zwerchhäuser errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 4 Fassaden, Tore, Türen und Fenster farbig gestaltet;
- entgegen den Anforderungen in § 5 Fenster und Türen erneuert, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 6 Dacheindeckungen mit anderen Materialien vornimmt bzw. Dachausbauten errichtet, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 7 Sicht- und Sonnenschutzelemente ausführt, ändert oder beseitigt;
- entgegen den Anforderungen in § 8 Vorgartengestaltungen und Einfriedungen errichtet, ändert oder beseitigt.

Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 85 Abs. 3 BbgBO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

§ 11 In-Kraft-Treten

(1) Die Gestaltungssatzung tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Potsdam, den

Mike Schubert
Oberbürgermeister